Heft 2 Februar 1988 6,– DM C 4143 E

Konkret

Politik & Kultur

- Stalin trifft Nietzsche
- Atomare Adressen
- Ganz neue Prognose 88: 3 Arbeitslose
- Aufstand in Palästina
- § 129 a: Terror überall
- Alice Schwarzer: Wie links ist Porno?

in konkret Februar 1988

von konkret

an konkret

Wesen (dtsch.) von Hermann L. Gremliza

Ein Grundrecht im Kessel von Oliver Tolmein

»Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.« So steht es im Grundgesetz. Wer das Recht wahrnehmen will, blickt in die Mündungen von MPs, wird mit Wasser und Gas beschossen, von Polizei eingekesselt, fotografiert und erfaßt. Gesetzgeber, Exekutive und Justiz machen ein Grundrecht hin

Buch des Monats: A wie Abbrand, Z wie Zweizweckreaktor von Leo A. Müller

AG Atomindustrie, Postfach 310369, 1 Berlin 31 Wer mit Wem in Atomstaat und Großindustrie, Verlag 2001, 630 Seiten, 22 Mark

Zwangsnuklear von Detlef zum Winkel

Die öffentliche Empörung über die Geschäftspraktiken des bundesdeutschen Atommanagements folgt den Interessen der Nuklearindustrie. Schon Abfolge und Inhalt der zum Skandal jeweils präparierten Enthüllungen zeigen, daß hier vom Eigentlichen abgelenkt werden soll: von der bundesdeutschen Option auf die eigene Bombe. Allein damit erklärt sich auch der Clou sozialdemokratischer Aufklärungsarbeit: der Wunsch nach Ausschluß der Öffentlichkeit

»Kinder, wie die Zeit vergeht...« von Diedrich Diederichsen

Die geistig moralische Wende hat tatsächlich stattgefunden: vor ein paar Wochen, im Fernsehen

Aufstand in Palästina von Jörg Lang

Seit Wochen werden sie uns als steineschmeißende Chaoten präsentiert: die in den von Israel besetzten Gebieten demonstrierenden und streikenden Palästinenser. Tatsächlich wehren sie sich gegen einen Terror, der sie zu »Gastarbeitern« im eigenen Land degradiert

Kleine Anfrage von Winfried Wolf

Jedes Jahr gibt die Bundesregierung Millionen für wirtschaftswissenschaftliche Prognosen aus, auf die man sich nur in einem Punkt verlassen kann: daß sie sich als grotesk erweisen werden. Wir haben dazu eine Anfrage on die Bundesregierung formuliert, deren sich die Fraktionen der SPD und der Grünen gern bedienen dürfen

nachrichten

Die Dritte Welt in der Ersten von Pit Wuhrer

Seit Jahrzehnten wartet Irland jetzt schon auf das Eintreffen des Fortschritts. Gekommen sind die ausländischen Investoren, gewachsen ist die Verschuldung geblieben ist das Elend, dem sich die jungen Iren durch Emigration zu entziehen suchen Zu wenig Bäume, um sich zu erhängen, zu wenig Wasser, um sich zu ersaufen, zu wenig Erde, um einen Man zu begraben Schlimmer als daheim kann es anderswo auch nicht sein

Gorbat-Show-Business von Detlef zum Winkel

Franz Josef fliegt nach Moskau, die Deutsche Bank sitzt im Friedensforum, die Amerikaner nennen den Generalsekretär einfach Mike, und nun ist er auch noch

Mann des Jahres. Dürfen die das? Wenn ja, warum nicht?

Konkret-StreitgesprächWie links ist Porno? von Alice Schwarzer; Hermann L. Gremliza

Kampagne gegen Pornografie: In der Kölner "Emma"-Redaktion trafen sich Alice Schwarzer und Hermann L. Gremliza. Was als Streit geplant war, wurde zum Interview, in dem die "Emma"-Herausgeberin ihre Position klärt und auf Einwände antwortet

Die Konsequenz des Gedankens von Hans-Joachim Lenger

Antwort an Jan Philipp Reemtsma

Stalin meets Nietzsche von Wolfgang Schneider

Als Wolfgang Harich wegen antistalinistischer Umtriebe in Bautzen saß, schrieb Stephan Hermlin Oden auf Stalin. Heute schimpft Hermlin, Harich einen Stalinisten. Anlaß ist die Frage, ob Sozialisten Nietzsche brauchen

Figaros Scheidung von Wolfgang Pohrt

Seit Henryk M. Broder sich nach Jerusalem verabschiedet hat, ist er erst richtig hier – auf allen Kanälen. Und ärgert die Leute, die Bösen wie die Guten. Das freut den Rezensenten

ich habe gesehen: Die Freddy Kruegers kommen von Dietrich Kuhlbrodt

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

ich habe gelesen von Mathias Bröckers

»Kann ich Ihnen leider nicht dienen...« von Jörg Lang

Am 3. Dezember 1987 meldete die »Bild«-Zeitung »Einer der Väter unseres Wirtschaftswunders ist tot.« Gemeint war Helmut Horten, der seinen Reichtum der»Arisierung« jüdischer Geschäfte zur Hitlerzeit verdankte – wie viele »Väter« unseres Wirtschaftswunders (Flick, Neckermann, Schickedanz). Horten hinterließ ein Vermögen von vier Milliarden Mark. Aber auch viele Unbekannte sind beim »Arisieren« reich geworden und schamlos geblieben

Auf die Bäume, ihr Historiker! von Otto Köhler

Im Feuilleton ist der »Historikerstreit« bloß ein Kampf feiner Wissenschaftler, an den historischen Forschungsinstituten wird mit härteren Bandagen zugeschlagen: Das Kommando Nolte/Hildebrand/Stürmer erobert freie Stellen für den eigenen Nachwuchs und schaltet angesehene Kritiker aus. In einem Institut steht die Aufsicht über die Forschung bereits unter dem Kommando eines Viersterne-Generals, der immer sein Geld wert ist

Zur Feier einer Niederlage? von Klaus Hübotter; Hermann L. Gremliza

Gremlizas Kolumne zur Reaktion der bundesdeutschen Friedensbewegung auf den INF-Vertrag hat scharfe Reaktionen ausgelöst. Auch bei Klaus Hübotter, dem Gründer des "Studentenkuriers" - Vorläufer von KONKRET. Hübotter (geb. 1930, KPD-Mitglied 1950, 18 Monate Gefängnis wegen FDJ-Rädelsführerschaft 1955, Mitinhaber des alten KONKRET-Verlags 1973, einer der ersten Unterzeichner des Krefelder Appels 1979) liest Gremliza die Leviten, der antwortet - und so fort:

Gewitter über dem Elsass (südl. Abschnitt) von Erwin Koch

Wie eine Gruppe ewigverschonter Schweizer ihr Musterland verließ, um in 14 Stunden die Schrecken der Weltkriege zu erfahren. Bei einer Kaffeefahrt ins Französische, einer Busfahrt in den Krieg, bewaffnet mit Reisepaß, Feldstecher und Fotoapparat. Geboten wurde allerhand. Geröstete Rippchen, zerschossene Bunker, elsässischer Gewürztraminer, wunde Ärsche, Infanteriewetter, 68.000 Tote und ein echter elsässer Soldatenfuß

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/88, S. 4

von konkret

Am Telefon Wernar Dähnhardt, laut Hausmitteilung des Blattes »Spezialist für Medienpolitik im Deutschland-Ressort« des »Spiegel«: Er recherchiere eine Geschichte über die »Turbulenzen um KONKRET« und bitte um einen Termin.

Woher weiß er? Kann er Schwedisch? Dann kennt er vielleicht den Artikel »Författaridentiteten i vagskalen – Det stormar kring Wallraff« aus dem finnischen »Hufvudstadsbladet«. Oder Englisch? »Germany's great exposer is unmasked as a fake«, ein Zweispalter in der »South China Morning Post« (Hongkong). Österreichisch gewiß: »Ein krauser H.L. Gremliza« (»Volksstimme«, Zeitung der KPÖ) oder »Gremliza auf dem Weg zum Sektenführer« (»Neue AZ«, Zeitung der SPÖ, die sich aber schon echte Sorgen macht: »Gremliza ist eine zentrale Figur der oppositionellen Szene, auch in Österreich. Unter kritischen Zeitgenossen hat seine Meinung Gewicht. Aber jetzt? Dreht er durch? Wird er zum journalistischen Amokläufer, zum linken Herostrat? Ein bißchen schaut es so aus... Ihn selbst drängt diese radikale Abgrenzung von der Kulturindustrie offenbar in eine Isolation, die sich nur mehr in schreibtischterroristischen Rundumschlägen Luft machen kann.«) Das Wiener »Forum« geißelt an Gremliza die »geübte Mimikri des fleischgewordenen Schreibgeräts«. Und erst in Deutsch, da geht's drunter und drüber: Die »Süddeutsche« sieht in Gremliza die »Reinkarnation von Theo Sommer«, und was zwischen »Vorwärts«, der »Feder«, »UZ«, »Commune«, »Revier«, NDR, »Titanic«, Radio 107, »Zeit« und »Stern« (Ankündigung von Wallraffs TV-Predigt: »Diesmal wohl nicht mit Gremlizas, sondern mit Gottes Hilfe«) slles los ist, geht auf keine Kanzel und auf diese Seite schon gar nicht.

Worum geht's? Einmal, immer noch, um den Fall Wallraff. Dann um die Kolumne »Zur Feier einer Niederlage« (1/88), die einige Friedensfreunde schockiert hat (siehe Seite 68). Dann um »Kroetz, den Musenficker« (von Wolfgang Schneider, 1/88). Dann um die Reduzierung der KONKRET-Redaktion. Und schließlich um eine Autorin: »Hamburgs Vorzeige-Linke flog bei KONKRET raus« (»Hamburger Morgenpost«) oder »Hauskrach bei KONKRET: Peggy Parnass gefeuert« (»Vorwärts«). Tatsächlich ist einigen Reportern aufgefallen (worden), daß der Name Parnass im Autorenverzeichnis von Heft 1/88 fehlt. Nicht aufgefallen ist ihnen, daß Peggy Parnass seit 1985 nur noch ein Mal für KONKRET schrieb (April 87), weil ihr das angebotene Honorar von 1.500 Mark pro Beitrag zu wenig war.

Seit dem l8. Dezember sitzt die KONKRET-Autorin und frühere »Emma-Redakteurin« Ingrid Strobl in Isolationshaft. Sie wird von der Bundesanwaltschaft verdächtigt, einen Wecker gekauft zu haben, der bei einem Anschlag auf ein Lufthansa-Gebäude verwandt worden sein soll. Aus der Haftanstalt München-Neudeck hat sie KONKRET folgende Erklärung zugeschickt:

Die Vorwürfe, die die Bundesanwaltschaft gegen mich erhebt, sind lächerlich und an den Haaren herbeigezogen. Man versucht, mich und meine Arbeit zu kriminalisieren und dies umso mehr, als BKA und BA W glauben, sie hätten endlich jemanden von den Revolutionären Zellen gefaßt, und diesen Scheinerfolg um jeden Preis aufrecht erhalten müssen. Auch die Begründung zum Vollzug des Haftbefehls, u. a. die, ich könnte mich durch Flucht in mein Heimatland dem Verfahren entziehen, zeigen, daß es hier nicht um Logik geht, sondern um ganz etwas anderes. Bekanntlich werden auch in Österreich Sprengstoffanschläge verfolgt. Es hat daher keinerlei Sinn, daß ich mich zur Sache äußere. Den vielen Menschen, die mir seit meiner Verhaftung ihre Solidarität bewiesen haben, möchte ich hier danken und sie bitten, weiterzumachen .

Ein Bericht über Ingrid Strobl und die BKA-Aktion vom 18. Dezember folgt in KONKRET 3/88.

Ein böser Liebesbrief:

Lieber Freund, das erste KONKRET seit langem, das ich von vorn bis hinten durchgelesen habe. Tu mir aber doch, bitte, trotzdem den Gefallen und stelle im nächsten KONKRET ein paar wirklich dumme Setzfehler richtig; so, daß zum Beispiel mit der »Ökopaxidition« ursprünglich die »Ökopaxidiotin« gemeint war; und da schlägt man extra nocheinmal »Bougainvillea« und »Pampasgras« im Duden-Lexikon nach, und dann steht da doch wieder »Bougainville« und »Pampagras«. Das möcht nun wirklich nicht sein!

Herzlich

Dein Piwitt

Ernst Kahl und Horst Tomayer werden am 8. Februar, 19.30 Uhr, in Dortmund, in der Brasserie Lenz, Schützenstraße 22, und am 9. Februar, 20 Uhr, in Osnabrück, in der Lagerhalle, Rolandsmauer 36, vortragen. Kahl bringt seine revolutionären Stand-Videos zu Reizthemen wie Sinnlose Trachten, Kinderprostitution, Weihnachten drüben, die kleinen Forscher;

Tomayer liest aus »Hirnverbranntes und Feinziseliertes«, darunter das von »Emma« bös inkriminierte Großgedicht »Klaus der Wichser«.

Die »Report«-Redaktion des Bayerischen Fernsehens bittet Gremliza um ein Interview zu einem Beitrag über Wallraff.

Abgelehnt.

Konkret 02/88, S. 6

an konkret

Ganz daneben

KONKRET 12/87 »Startbahn Hafenstraße« von Hermann L. Gremliza

Ihrer Typisierung von Polizeibeamten als unselbständige, unerbittliche, bornierte, unbelehrbare, bedenkenlose, ja geradezu vertierte Befehls-Marionetten und »Exekutionsroboter« mit Hauruck-Mentalität kann man nicht einmal die auch negativen Idealisierungen immanente Pointierungsabsicht zugute halten. Sie liegt, salopp formuliert, ganz daneben! Nun könnte ich mir meine Reaktion leichtmachen und etwa sagen: »Wenn der führende Kopf des linken Journalismus in der Bundesrepublik Deutschland seine politische Gegenwartskritik mit dem längst ausgemusterten journalistischen Repertoire aus der Rumpelkammer des Obrigkeitsstaates betreiben muß, na dann gute Nacht!« Eine solche billige Polemik ist aber nicht Stil unseres Hauses. Selbst kritische Wissenschaftler haben in einer umfassenden Studie anerkannt, daß die Ausbildung sowie das Tätigkeits- und Persönlichkeitsprofil der Polizeibeamten erhebliche Wandlungen erfahren haben und die moderne Polizei den von ihnen wiederbelebten Geistern der Pickelhaubenzeit nicht entfernt entspricht (vgl. Busch et al.: Die Polizei in der Bundesrepublik, Frankfurt 1985).

Gleichwohl wissen wir, daß die bisherigen Reformen unseres Ausbildungswesens noch längst nicht alle unsere Erwartungen erfüllt haben und insofern immer wieder neu hinterfragt werden müssen. Hierbei sind wir für kritische Hinweise sehr aufgeschlossen. Ihre bloße Stigmatisierung der Polizei verharrt jedoch bei einem theatralischen Herumfuchteln mit obrigkeitsstaatlichen Vogelscheuchen und ist insofern bei der Lösung realer Probleme leider wenig hilfreich.

In der Hoffnung, daß ein linker Kritiker in Zukunft wenigstens die (linke) kritische Forschung zum Thema Polizei rezipiert oder vor Ort recherchiert hat, bevor er zur spitzen Feder greift, verbleibe ich mit nachdenklichen Grüßen

Otto-Werner Müller Landespolizeidirektor Hamburg

Holla, Hermann L. Gremliza nimmt die Frauen wahr. Da schaut frau doch glatt zweimal hin: Auch Frauen machen also Geschichte. Und was machen Frauen, wenn sie Geschichte machen? Sie ermahnen Tierschützer am Buß- und Bettag zur Gewaltfreiheit.

Da stellt sich nur die Frage, wer hier etwas nicht kapiert hat, die fortschrittliche Intelligenz der BRD oder Hermann L. Gremliza!

Sabine Heinig, Münster

Gewisses Risiko

KONKRET 1/88 »Die Rote Zoro zündelt nicht« von Oliver Tolmein

Wir möchten uns gern zu einigen Punkten aus Oliver Tolmeins Artikel: »Die Rote Zora zündelt nicht« äußern:

Es stimmt, daß Adler-Klamotten aufgrund ihres Preises von den Menschen gekauft werden, die keine oder kaum Kohle haben. Sie gehören im Grunde genommen zu unserer »Klasse« und sind nicht diejenigen, die wir bekämpfen. Warum wir es trotzdem richtig fanden, Adler, als Nachschlag sozusagen, anzugreifen, kam aus folgenden Überlegungen:

· abstrakt wissen viele Menschen hier über die Praktiken von Konzernen und über die Ausbeutungsverhältnisse in den sog. Peripherieländern bescheid. Gefühlsmäßig ist dies dennoch weit weg und bestimmt kaum das Handeln hier.

· es wurde durch »terre de femmes« und durch die Kirche schon »Bewußtseinsarbeit« durch Flugblätteraktionen bzgl. der Ausbeutungssituation bei Adler geleistet. Es gab also schon eine gewisse Vorarbeit.

· die Arbeiterinnen haben ihre Situation selbst in die Hand genommen und sich gewehrt. Dadurch kam ein sich Wehren von hier und dort gegen einen gemeinsamen Feind zustande.

Diese Gesichtspunkte waren für uns wesentlich entscheidender als die Tatsache, daß Adler kein Luxusetablishment ist, sondern den Profit durch Massenproduktion macht. Unter diesem Gesichtspunkt allein wäre es »richtiger«, das KaDeWe anzugreifen, als z.B. Bilka, weil dies leichter vermittelbar ist.

Der Schaden, den Adler hatte, setzt sich aus mehreren Segmenten zusammen:

· der materielle Schaden, der nicht immer voll durch die Versicherung abgedeckt ist.

· der ideelle Schaden, wie Rufschädigung, Negativzeilen in der Presse

· und das Wissen darum, daß diese Aktionsform jederzeit wiederholbar ist, daß die Schutzvorrichtungen nicht vergleichbar funktionieren wie in anderen Betrieben.

Wir halten es für ausgesprochenen Humbug, wenn behauptet wird, daß der Preis für den Erfolg die Angst der Käuferlnnen sei. Höchstwahrscheinlich bestand die Angst der Menschen eher darin, nicht genügend vom Räumungsverkauf abzubekommen, was wir daran sahen, daß sich die Leute reichlich mit verbilligten Waren eindeckten.

Und somit kommen wir zum letzten Punkt auf den wir eingehen wollen: Diese Aktionsform sei verwerflich, weil sie die »Gefährdung Unbeteiligter nicht ausschließen kann«. Aktionen sollten nach dieser Definition, die Gefährdung prinzipiell zu vermeiden, tatsächlich immer durchleuchtet werden. Nur dürften dann nur noch Brand- und Sprengstoffanschläge durchgeführt werden, wenn vorher alles abgesperrt wird oder in menschenleeren Gegenden wie z.B. auf dem Mond. Bei einer anderen Ebene des Widerstandes wie die Randale auf der Straße oder im Wald darf dann nicht mit »Distanzwaffen« wie Steine, Zwillen, und Mollis geworfen werden, denn es könnte ja einen x-beliebigen Bullen treffen und der könnte sogar dabei draufgehen – nein – um das Risiko auszuschalten, »Unbeteiligte« oder gar »kleine Lichter« zu treffen, bedarf es eines Genickschußes beim Einsatzleiter oder beim Polizeipräsidenten.

Aus dem Besagten ist wohl zu entnehmen, daß ein gewisses Risiko nie 100% auszuschließen ist, bleiben wir bei Aktionsformen, die von Militanz geprägt sind. Außer wir gehen selbst das hohe Risiko ein, z.B. sofort geschnappt zu werden, indem wir nicht mehr mit Zeitzündern arbeiten, sondern z.B. mit Fernzündungen, wobei wir das Objekt im Auge haben. So ist das immer ein Abwägen, wie gut die Situation bekannt und einschätzbar ist, und wie gut die eigene Technik beherrscht wird. So waren die Kaufhausbrandstiftungen in Hamburg im Dezember 86 nicht ausgereift genug, was von den Akteuren/innen auch hinterher selbstkritisch festgestellt wurde.

Fatal ist jedenfalls die Konsequenz aus dem Artikel: »da dieses Restrisiko nicht ganz auszuschließen ist, darf folgerichtig nur noch auf Massenaktionen, wie Boykottaktionen, gesetzt werden.« Aber daß Massenaktionen und Loyalitätsaufkündigungen nicht von alleine kommen und beides – die Massenaktion wie die Nadelstiche durch militante Aktionen und Angriffe – sich bedingen und sich nicht gegenseitig ausschließen, vergaß unser lieber Oliver.

die AMAZONEN

PS.: Solangé bei Kaufhausbrandanschlägen eine Natriumchloratmischung eingesetzt wird und nicht Sprengstoff (als Beispiel), ist die Gefährdung für Menschen nochmals minimiert, da diese Mischung mit einer gewissen Zeitverzögerung sich erst entzündet, und die Kundin noch Zeit hat, dies wegzuwerfen – mal ganz pragmatisch gesehen.

Schade

KONKRET 1/88 »Zwille sein Milieu« von Andreas Herzau

Zuerst ein allgemeines Lob: KONKRET ist eines der letzten lesenswerten Blätter in diesem unserem Lande (spätestens nach dem traurigen Niedergang der Alternativpresse incl. »taz«). Wie schön, daß es noch Leute gibt, die den Unterschied zwischen Kritik/Diskussion und Anpisserei / Distanzierung kennen (und beides nicht scheuen).

Nun eine kleine Korrektur zum Artikel von A. Herzau »Zwille und sein Milieu«: Es wäre zwar ein netter Gag, wenn es eine »Kiez-Miliz« der Autonomen in K 36 gäbe (K 36 ist der Teil von Kreuzberg, der immer gemeint ist, wenn von »Kreuzberg« die Rede ist). Herzau ist hier vermutlich einer der üblichen Falschmeldungen der »taz« aufgesessen: Die »Kiez-Miliz« war tatsächlich ein Gag – und sonst nichts – , ein Versuch, den jammernden und zeternden bürgerlich-liberalen Linken (wie z. B. der »taz«) satirisch ihre Angstvisionen vorzuführen. Leider sind die zu dumm und humorlos, um so etwas zu kapieren. Anschein und Auftreten der sogenannten Autonomen in der Öffentlichkeit zu betrachten und zu kritisieren ist wichtig und A. Herzau ganz gut gelungen, finde ich – allerdings hat er sich nicht mit Informationen aus der beschriebenen Szene befleckt, will sagen: Was bei uns abgeht, Andreas Herzau, davon scheinst du recht wenig zu wissen! Von deutscher Gründlichkeit kann bei uns (Teufel-sei-dank) keine Rede sein, eher im Gegenteil (& im Gegensatz zu gewissen moralistischen, gewaltfreien Aposteln der »ernsthaften linken Politik«). Es gibt nicht nur keine verbindliche Organisationsstruktur der Autonomen, es gibt nicht einmal »die Autonomen«: Auch hier lügt die Presse Schreckgespenster zusammen. Schade, oder?

Ein ziemlich Autonomer aus K 36

Der letzte und beste

Sehr geehrter Herr Wallraff!

Ihre Zeitschrift KONKRET lese ich nach wie vor gerne.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Behrens, Salzgitter

Konkret 02/88, S. 8

Hermann L. Gremliza

Wesen (dtsch.)

Zu Beginn seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik legt General Jaruszelski einen Kranz am Grab der Ulrike Meinhof nieder. Oskar Fischer, Außenminister der DDR, empfängt in der Bonner Vertretung seines Staates den entlassenen Betriebsrat des Krupp-Hüttenwerks Rheinhausen. Der Oberste Sowjet protestiert gegen die Verhaftung von Ingrid Strobl und Ursula Penselin und fordert deren sofortige Freilassung. »Neues Deutschland« meldet, das Bundeskriminalamt habe mit seinen Razzien den Besuch Helmut Kohls in der DDR belastet.

Wo gibt's denn sowas? Sowas gibt's hier: Hans Dietrich Genscher legt Blumen auf das Grab des ermordeten Priesters Popieluszko. Er empfängt den Anführer der verbotenen Organisation »Solidarnosz« in der Botschaft der BRD und verlangt von den polnischen Behörden, dessen unerlaubte Entfernung von seinem Arbeitsplatz in Gdansk nicht zu ahnden. Die Bundesregierung protestiert gegen die Verhaftung von Bürgern der DDR durch die Volkspolizei und fordert die Freilassung der Inhaftierten. Die »Frankfurter Rundschau« berichtet, die »Staatsschützer in Ost-Berlin« hätten es »fertiggebracht, mit ihren Aktionen gegen ein paar Andersdenkende den Auftritt Schewardnadses in Bonn zu verdunkeln«.

Man halte das zustimmende Volksgemurmel über diese Nachrichten gegen das fassungslose Geplärr, das jene erfundenen Meldungen ausgelöst hätten, und vor Augen tritt der kleine Unterschied, der die Rechtsnachfolger des »Deutschen Reichs« von der politischen Zivilisation trennt. Diplomatie beispielsweise, das hierzulande vergeblich Asyl suchende Fremdwort, bedeutet die Übereinkunft von Staaten, Gegenstände divergierenden Interesses miteinander zu verhandeln, ohne sich in die inneren Angelegenheiten des andern einzumischen, und solche Eingriffe nicht-staatlichen Organisationen (Parteien, Verbänden, Medien) sowie den geheimen Diensten zu überlassen.

Gute Menschen, und nicht zufällig allen voran: gute deutsche Menschen, sind freilich der Ansicht, daß die Regeln der Diplomatie gebrochen werden müßten, wo Personen aus politischen Gründen verfolgt werden. Doch leider gibt's auf dieser Erde eben keinen Staat, der nicht die Feinde seiner >>verfassungsmäßigen Ordnung« (oder wie immer er das herrschende Gewaltverhältnis zu nennen beliebt) verfolgt und abstraft, einsperrt oder ausweist, wenn er sich von deren Taten oder Reden ernsthaft bedroht fühlt. Der Anspruch auf das Recht, so zu verfahren, macht ja gerade den Staat aus, und die gegenseitige Anerkennung dieses Gewaltmonopols ist die Voraussetzung eines halbwegs friedlichen Umgangs der Staaten miteinander. Diplomatie ist die zivilisierte Form der Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln; alle anderen Formen – Nichtanerkennung, Isolation, Boykott, Blockade – nähern sich dem Krieg an.

Die Volksrepublik Polen und die DDR sind souveräne Staaten, von der Bundesrepublik »diplomatisch anerkannt«. Es gibt Verträge, Botschafter, Staatsbesuche. Eigentlich aber, eigentlich sind diese sogenannten Staaten vorübergehend besetzter Teil des Deutschen Reichs, das es, eigentlich, immer noch gibt. Der Kultusminister des Landes Hessen, Christian Wagner, hat die Eigentlichkeit dieser Politik zu schönstem Ausdruck gebracht: Vereinbarungen mit der Volksrepublik Polen über Jugendreisen sollten dazu dienen, daß deutsche Jugendliche und Schüler »die Vertreibungsgebiete« kennenlernen.

In den letzten Monaten verging kaum ein Tag, an dem nicht Mitglieder oder Sprecher der Bundesregierung sich in der Innenpo}itik Polens und der DDR versucht hätten: Das Verbot eina Demonstration »belaste das Verhältnis«, die Festnahme eines Oppositionellen »gefährde das Treffen der Außenminister«, die Durchsuchung eines Gemeindehauses >)werde die Verhandlungen erschweren«. Endlos die Folge der Drohungen mit politischen und wirtschaftlichen Repressalien. Zu Dienstreisen in die Volksrepublik Polen und in die DDR treten bundesdeutsche Staatsfunktionäre überhaupt nur noch an, wenn ihnen Garantie gegeben wird, die Gegner der dort herrschenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu sprechen – ohne Trennscheibe, aber vor laufenden Kameras.

Das sei doch Menschenrechtspolitik? Ob ich, als Gewerkschafter und Linker, dem Herrn Bundesaußenminister, der ja ansonsten wirklich dies und jenes sei, ausgerechnet sein Engagement für den verfolgten Arbeiterführer Walesa...? Genau das. Wer dem einen Staat das Recht einräumt, dem andern vorzuschreiben, welche seiner Bürger er als Gegner oder Feinde verstehen und behandeln darf und welche nicht, bricht in dessen Gewaltmonopol ein und macht die Staatlichkeit des andern zur Farce. Staatliche Menschenrechtspolitik ist immer Kolonialpolitik oder Bürgerkriegspolitik im fremden Land.

Das gilt sogar in jenen Fällen, die als erlaubte Ausnahme von der diplomatischen Regel gelten: Wenn ein Staat seine Gegner foltert oder ermordet. Es besteht freilich ein – zumindest verbaler – Konsens, daß ein folternder und mordender Staat den Anspruch auf Achtung seiner Souveränität verwirkt.

Für die politische Praxis ist das allerdings fast bedeutungslos – wenn nicht gerade mal der Bundesarbeitsminister Blüm in Chile interveniert, wofür sich dann die Bundesregierung, der er angehört, entschuldigt, indem sie (und an ihrer Stimme hing's) dem beleidigten Foltermeister einen Weltbankkredit von 250 Millionen Dollar rüberschiebt.

In Polen und in der DDR wird nicht gefoltert und nicht gemordet, es wird verboten und verhaftet – wie in der BRD auch. Man könne doch die DDR-Friedensgruppen und die Untergrund-Solidarnosz nicht rnit der Roten Zora und vermummten Demonstranten vergleichen? Aber das fehlte noch: daß dem Staat, und ausgerechnet diesem, ein Urteil über den moralischen Wert seiner Feinde und der Feinde anderer Staaten eingeräumt würde! Dennoch scheint niemand etwas dabei zu finden, daß die Bundesrepublik in die gesellschaftliche und politische Ordnung vor allem zweier anderer Staaten hineinzuregieren versucht und dabei die Regeln des diplomatischen Verkehrs nicht nur aufs Äußerste strapaziert, sondern mißbraucht und vorsätzlich verletzt. Daß die Bundesregierung nicht beauftragt ist, den Verfolgten dieser Welt zu helfen, sollte sich doch selbst bei Menschenrechtlern herumgesprochen haben. Was also will sie?

Die deutsche Bourgeoisie erwartet von ihrer politischen Agentur, was sie immer verlangt hat: eine Ausdehnung des Etablissements. Nach diversen militärischen Fehlschlägen ist es im Westen gut gelungen: Mit jener »Europäischen Gemeinschaft«, die nichts anderes ist als die Camouflage einer halbkolonialen Unterwerfung West- und besonders Südeuropas unters deutsche Kapital, das im letzten Jahr mehr als fünfzig Milliarden Mark (netto) aus den »Partners« herausgeholt hat. Nun soll endlich der Ostflügel des »europäischen Hauses« aufgebrochen werden. Der letzte militärische Versuch in dieser Richtung hieß »Unternehmen Barbarossa«. Der ging so schief wie die späteren Versuche mit Roll Back und Boykott. Aber der Wille, es immer wieder zu probieren, ist nie erlahmt: Wiederherstellung des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937, Rückkehr in die "Vertreibungsgebiete", Befreiung Osteuropas vom Kommunismus.

Die Bekehrung bürgerlicher deutscher Politik zur Anerkennung der osteuropäischen Staaten, zu diplomatischem, zivilisiertem Umgang mit ihnen, blieb äußerlich. Tief drinnen hielt sich die feste Überzeugung, daß die DDR, mißmutig und nur vorübergehend als »zweiter deutscher Staat« hingenommen, eigentlich und von Rechts wegen nach Bonner Anweisung zu regieren sei, und irgendwann auch Polen schließlich nicht verloren sei, sondern am deutschen Wesen genesen werde. Und dies umso leichter, als diesmal nicht deutsche Truppen einmarschieren müßten, um Lebensraum für die arische Rasse zu erobern, sondern bloß deutsche Diplomaten, die Spielräume für Menschenrechte fordern.

Wie sagte Genscher zu Schewardnadse: »Wir brauchen einen intensiven Dialog darüber, wie die Zukunft unseres Kontinents aussehen soll.« Wenn ein deutscher Liberaler »unser« sagt, dann meint er »unser«.

Konkret 02/88, S. 10

Oliver Tolmein

Ein Grundrecht im Kessel

»Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.« So steht es im Grundgesetz. Wer das Recht wahrnehmen will, blickt in die Mündungen von MPs, wird mit Wasser und Gas beschossen, von Polizei eingekesselt, fotografiert und erfaßt. Gesetzgeber, Exekutive und Justiz machen ein Grundrecht hin

"Frieden und Freiheit sind auch im Inneren wichtig, aber das ist in erster Linie für die Normalen, nicht für perverse Minderheiten, Terroristen, Verbrecher und Randgruppen"
Carl-Dietrich Spranger, Staatssekretär im Innenministerium

»Die Funktionsweise der Polizei im Ermittlungsbereich ist vom Wesen her Verdachtsgewinnung. Es interessiert selbst das Schwarze unterm Fingernagel. So erfolgt auch der erste Ansatz der persönlichen Verdachtschöpfung im Vorfeld Dabei erfaßt er im ersten Ermittlungsstadium eine Vielzahl noch nahezu unverdächtiger Personen«
Alfred Stümper, Landespolizeipräsident

»Ich empfehle jedem, der friedlich demonstrieren will, daß er vorher zur Polizei geht, und sich dort von erfahrenen Leuten schulen läßt«, drohte der Polizeipsychologe Salewski im lauwarmen Nachrüstungsherbst 1983 dem ZDF-Publikum zu günstiger Sendezeit. Und ein Blick in die Statistik zeigt, daß die Worte des Polizeipsychologen damals wie heute erhört werden: Friedlich demonstrieren war 1983 so »in« wie schon lange nicht mehr. Von 9237 Demonstrationen insgesamt verliefen gerade mal 3 Prozent anders als die Polizei erlaubte. Eine dieser 274 mußte in der öffentlichen Diskussion für den Versuch der erst vor kurzem an die Macht gekommenen Wende-Regierung herhalten, die sofort in Angriff genommene Verschärfung des Versammlungsrechts und des Landfriedensbruch-Paragraphen zu rechtfertigen: Am 25. Juni 1983 war es anläßlich des Besuchs von US-Kriegsminister Bush in Krefeld zu einer Demonstration von etwa 2000 Autonomen und Antiimperialisten gekommen, in deren Verlauf Steine flogen, 134 Leute festgenommen und etliche von da Polizei zusammengeschlagen wurden. Während die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« wetterte: »In Krefeld war die Polizei nicht Herr der Lage«, stellte sich bald heraus, daß der Staatsapparat aber auch wirklich garnichts dem Zufall überlassen hatte: einer der verhafteten Steinewerfer wurde als »Piwi Troeber« auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes geführt.

Kaum waren die Steine von Krefeld geflogen, wurde die Diskussion verschärft. Im Januar 1984 beschäftigten sich die Ausschüsse des Bundestages mit dem Strafrechtsänderungsgesetz des Kabinetts. Die Argumentation damals folgte dem auch jetzt wieder gängigen Muster: »Bei zahlreichen Massenansammlungen, insbesondere bei Demonstrationen, ist es in letzter Zeit in verstärktem Maße zu schweren Ausschreitungen gegen Menschen und Sachen gekommen. Diese Eskalation der Gewalt làßt es geboten erscheinen...«. Daß das Erinnerungsvermögen der Konservativen, gerade was die neuere deutsche Geschichte angeht, bemerkenswert unterentwickelt ist, war zwar bekannt, erstaunlich ist aber, mit welcher Gelassenheit in der Öffentlichkeit hingenommen wird, daß ein komplettes Kabinett weder die vier Grundrechenarten noch die Anfänge der Prozentrechnung beherrscht. Nach der Abschaffung des alten Landfriedensbruchparagraphen und – damit verbunden – den Straftatbeständen Aufruhr und Auflauf, ist es keineswegs »in verstärktem Maße« zu unfriedlichen Demonstrationen gekommen. Im Gegenteil. 1968 verliefen 533 von 2059 Demonstrationen »unfriedlich« – also 25,9 Prozent. 1969 störten sogar 813 Demonstrationen den »öffentlichen Frieden«, 1970, der neue Landfriedensbruchparagraph trat in Kraft, waren es nur noch 132 von 1383 – immerhin noch 9,5 Prozent, während es 1986, immerhin im Jahr des GAUs von Tschernobyl, gerade noch 3,65 Prozent (absolut: 237) waren.

Die Verschärfungen, die die Bundesregierung damals beschlossen hatte, waren so weitgehend, daß sie nicht einmal im Bundestag durchsetzbar waren: Auf der Anhörung des Rechtsausschusses 1985 waren selbst die von den Unionsparteien herbeizitierten Experten nicht bereit, dieses offensichtlich verfassungswidrige, vom Kabinett aber einstimmig abgesegnete Gesetzespaket, mitzuschnüren. Statt einer Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts, die von allen Experten als verfassungswidrig angesehen wurde, verabschiedete der Bundestag nach einigem Hin und Her neue Paragraphen, die nur von manchen Verfassungsrechtlern als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar analysiert wurden. Im Zentrum des seitdem gültigen Paragraphen 125 StGB (Landfriedensbruch) und des neu eingeführten § 17a Versammlungsgesetz, stehen die bis dahin in der Gesetzgebung unbekannten Begriffe der »Vermummung« und der »Schutzbewaffnung«. Beides ist seitdem grundsätzlich verboten und wird als Ordnungswidrigkeit geahndet.

Rechtsdogmatisch wird gegen beide Vorschriften eingewandt, daß sie gegen das »Bestimmungsgebot« verstoßen. Polizeitaktisch ist gerade die dadurch ausgelöste Verunsicherung wertvoll: Was geahndet wird, kann der Einsatzleiter selbst entscheiden. Für die DemonstrantInnen sind seine Kriterien und damit ihr Risiko weitgehend unkalkulierbar. Vor allem der Begriff der »Schutzwaffe« oder der »passiven Bewaffnung« ist weit, beliebig weit, und je nach Bedarf auslegbar. So wird im Bericht des Rechtsausschusses vom 27. Juni 1985 ausgeführt: »Nicht unter den Begriff Schutzwaffen fallen Gegenstände, die zwar auch geeignet sind, den Körper vor der Einwirkung von Gewalt zu schützen, vorwiegend aber der

Unfallverhütung dienen. Demzufolge sind Motorradhelme oder Lederbekleidung keine Schutzwaffen... Als Schutzwaffen geeignet sind beispielsweise Motorradhelme, da sie weitgehend dem militärischen Stahlhelm gleichen, nicht aber Regenmäntel.«

Faktisch geht schon diese Gesetzesreform von 1985 über den alten Landfriedensbruchparagraphen hinaus: Bis 1970 war für eine polizeiliche Verfolgung immerhin noch erforderlich, daß die DemonstrantInnen gewalttätig wurden. Der Paragraph 17a des Versammlungsgesetzes macht hingegen schon den sichtbaren Willen, den Kopf nicht schutzlos einem Polizeiknüppel hinzuhalten, zu einer Ordnungswidrigkeit. Daß der neueste Gesetzentwurf des Bundeskabinetts, der voraussichtlich Mitte Februar erstmals im Bundestag beraten werden wird, daraus sogar einen mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr zu ahndenden Straftatbestand macht, ist nur konsequent. Die Dimension dieser legislativen Verschärfung wird aber erst ganz deutlich, wenn sie in Zusammenhang mit der Entwicklung der Polizeibewaffnung und der polizeilichen Überwachungstechniken gesehen wird.

Ich sehe was, was du nicht siehst

Die Meldung war kurz und nur in wenigen Zeitungen zu lesen. Während die Debatte um das Vermummungsverbot auf Hochtouren lief, übergab Bundesinnenminister Zimmermann der Polizei 29 Videodrucker, mit deren Hilfe noch während eines laufenden Einsatzes Fahndungsfotos gedruckt und vervielfältigt werden können. Damit kann es sich der Sicherheitsapparat ersparen, aus einer Demonstration heraus Leute abzugreifen und ihre Personalien festzustellen – mithilfe von Fahndungsfotos lassen sich die aus welchen Grünen auch immer interessanten Personen an Kontrollstellen bei der Abreise identifizieren, festhalten und gegebenenfalls gleich festnehmen. Da die »Vermummung« dem neuen Gesetzentwurf zufolge ein Straftatbestand sein soll, können auch Personen, bei denen der »begründete Verdacht« besteht, sie könnten sich vermummt haben, erstmals eingeknastet werden. Um Videoaufnahmen zu bekommen, muß die Polizei im für sie günstigsten Fall nicht einmal eigene Dokumentationstrupps einsetzen: sie kann sich, wie am 14.11.1981 bei der großen Startbahndemo geschehen, auch an die Verkehrsüberwachungskameras der Stadtwerke anschließen. Die bei Demonstrationen oder bei der An- und Abreise dorthin gewonnenen Erkenntnisse über identifizierbare, also »unvermummte Personen«, werden aber keineswegs nach Abschluß der Demonstration von der Polizei weggeschmissen. Immer häufiger werden derartige Daten an die seit 1977 existierenden »Spurendokumentations-Systeme« (Spudok) der Länderpolizeien, die aber seit 1980 auch zentral beim BKA verwaltet werden können, weiter gegeben. Dort bleiben sie jahrelang on-line verfügbar, wie der Datenschutzbeauftragte rügt, der auch ansonsten Bedenken gegen die Spudok-Dateien hat: »Spudok-Dateien werden nicht mehr nur zum Zweck der Aufklärung umfangreicher Straftaten errichtet, sondern zunehmend auch zur Bewältigung polizeilicher Großlagen«. Erheblich erleichtert wurde diese durch die Reform des Paragraphen 163 Strafprozeßordnung im Jahr 1986: seitdem ist nämlich die Speicherung aller Daten, die an polizeilichen Kontrollstellen erhoben werden, erlaubt. Bis dahin war an den Kontrollstellen nur die Durchsuchung von Personen und die Feststellung von deren Identität erlaubt, die Speicherung der Daten war verboten – woran sich die Polizei im Zweifelsfall allerdings nicht gehalten hat: im Nachrüstungsherbst 1983 speicherte die rheinland-pfälzische Polizei im Rahmen der »Aktion Gitternetz« rechtswidrig die Daten von 75.000 kontrollierten AutofahrerInnen.

Die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises wird sich in diesem Zusammenhang als Rationalisierungsmaßnahme erweisen, die die routinemäßige Erhebung noch weitaus größerer Mengen an Personendaten ermöglichen wird: statt stichprobenartig Fahrzeuge und Insassen zu kontrollieren, können ohne allzu großen Aufwand vollständige Bewegungsbilder angefertigt werden.

Als hilfreich für die Polizei erweist sich auch die im Zuge des Staatsschutzgesetzespaketes von 1986 eingeführte Möglichkeit, on-line auf ZEVIS (Zentrales Verkehrsinformationssystem) Zugriff zu haben: Damit stehen jederzeit an jedem Ort 20 Millionen Datensätze mit durchschnittlich 12 Merkmalen über Fahrzeug und Halter zur Verfügung. Faktisch verfügt die Polizei damit über ein automatisiertes Adressbuch, das beispielsweise ermöglicht, die Halter von Autos, die im Umfeld einer Kundgebung parken, zu ermitteln und in anderen Dateien zu speichern. Was diese Datensammelei anrichtet, hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil vorsichtig angedeutet: »Wer damit rechnet, daß etwa die Teilnahme an einer Versammlung oder einer Bürgerinitiative behOrdlich registriert wird und daß ihm dadurch Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner entsprechenden Grundrechte verzichten. Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl.«

Während mithilfe von Spudok-Dateien, Schleppnetzfahndungen und dem maschinenlesbaren Personalausweis im Umfeld von Demonstrationen weitgehend unspezifisch Daten gesammelt werden, ziehlt der 1982 beschlossene »Meldedienst Landfriedensbruch und verwandte Straftaten« auf den engeren Kreis der mutmaßlichen Militanten. Umfangreicher, aber auf das nämliche politische Spektrum zielend ist auch die 1986 eingerichtete »Arbeitsdatei PIOS-Innere Sicherheit« (APIS) beim BKA konzipiert. Die APIS-Datei, die auf Erfahrungen des BKA bei RAF-Fahndungen basiert, hat eine neue nahezu lückenlose Erfassung von Persönlichkeitsbildern durch die Daten der sogenannten »L-Gruppe« (genaue Körper-und Verhaltensbeschreibungen, bestehend aus mehreren hundert Einzelmerkmalen) zur Folge. Trotz heftigen Widerspruchs des

Datenschutzbeauftragen werden Daten der »LGruppe« nicht nur für »Verdächtige«, sondern auch für »andere Personen«, also Personen aus dem Umfeld, gespeichert.

Beide Dateien zusammen eignen sich nicht nur zur Unterstützung der Fahndungsarbeit, sie liefern auch die notwendigen Daten für selektive präventive Festnahmen, wie es sie – allerdings noch auf ungenaueren Informationen basierend – im Umfeld der Anti-Haig-Demonstrationen 1981 gegeben hat. Die politisch seit längerem in Gang gesetzte Spaltung der Bewegung in einen legal, unter Aufsicht demonstrierenden Flügel und in die Militanten, die ihren Forderungen auf eigene Art und Weise Ausdruck verleihen wollen, wird durch die polizeilichen Identifizierungsprogramme flankierend vorangetrieben.

Eine kalte Dusche, die töten kann

Ein Foto, das nicht so schnell vergessen wird: Auf einer verödeten Kreuzung versucht ein einzelner Mann den gezielten Strahlen aus zwei Wasserwerferkanonen zu entfliehen. Minuten später ist Günter Sare tot, überfahren von einem hochmodernen, 22 Tonnen schweren Wasserwerfer vom Typ 9. Dessen Besatzung will das Opfer, auf das sie kurz zuvor gezielt geschossen hat, nicht gesehen haben. Das Urteil im Prozeß gegen den Wasserwerferkommandanten steht zwar noch aus, aber das entscheidende Beweismittel, ein Fotonegativ, ist auf wundersame Art und Weise verschwunden – der Freispruch scheint sicher. Günter Sare hatte am 29. September 1985 gegen eine NPD-Veranstaltung demonstriert.

Ein halbes Jahr später nimmt der 38jährige Alois Sonnleitner sein Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wahr: Ostermontag in Wackersdorf. 41 Wasserwerfer und 3000 Polizisten zu Fuß gingen gegen die DemonstrantInnen vor – bis an den Bauzaun kam niemand. Husten und nach Luft schnappen war alles, was die WAA-GegnerInnen im dichten Reizgasnebel noch konnten. Alois Sonnleitner konnte nicht einmal mehr das, er bekam einen Asthma-Anfall. Sein mitgeführtes Spray half nicht. Er starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Was er nicht mehr erfuhr: Er war, wie alle AtomkraftgegnerInnen an diesem Ostermontag, Zielobjekt für den ersten großen CS-Gas-Einsatz der Polizei. CS-Gas ist ein hochwirksames Kampfgas. Für den Einsatz im Krieg ist es durch die Genfer Konvention geächtet. Für den Einsatz gegen DemonstrantInnen ist es ausgerechnet auf dem Gelände der ehemaligen SS-Schule in Dachau erprobt worden.

Was bei den Pistolenschüssen auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 eindeutig war, versuchen die Polizei und ihre politische Führung heute zu bestreiten: daß der Gebrauch der einsatzüblichen Waffen der Polizei Tote und Schwerverletzte einkalkuliert. Es seien in Wackersdorf schließlich nur »Reizkapseln« eingesetzt worden, verharmloste der bayerische Innenminister Hillermeier den CS-Gas-Einsatz – zum Schutz der Polizei vor den martialisch vermummten und schutzbewaffneten Chaoten. So werden die Verhältnisse auf den Kopf gestellt.

»Es ist vorteilhaft, wenn Zuschauer nicht den Eindruck bekommen, daß die Polizei exzessiv Gewalt einsetzt, oder die Waffen besonders verletzende Wirkungen zeigen. Hier gilt es wieder, einen Strahl von Blut oder andere vergleichbare dramatische Effekte zu vermeiden.« Die konzeptionellen Überlegungen, die die Polizeiumrüstung der letzten zwanzig Jahre begleiten, wurden von US-Armee-Wissenschaftlern formuliert. Da sich Schützenpanzer mit Kanonen, Panzerabwehrwaffen, Maschinengewehre und Handgranaten beim Einsatz gegen Demonstrationen als unzweckmäßig erwiesen hatten, mußten Waffen konzipiert werden, die ohne große Proteste gegen Menschenmengen eingesetzt werden könnten – möglichst auf große Distanz. Die neuen Hochdruckwasserwerfer haben sich bisher als vielseitigstes Einsatzmittel bewährt. Die Wasserwerfer der Klasse 4, die bis Ende der Siebziger Jahre im Einsatz waren, muten gegen die Monster der neuen Generation wie harmloses Übungsgerät an: Mit 16 bar abgefeuerte Wasserstrahlen erzielen aus 3 Meter Entfernung einen Druck von 25 Kilogramm auf eine Fläche von 10 Quadratzentimetern. Ausgedehnte Blutergüsse, die zu Thrombosen führen können, Rippenbrüche, schwere Gehirnerschütterungen und Nierenprellungen haben Ärzte nach Wasserwerfereinsätzen an der Startbahn-West oder in Gorleben attestiert. Verstärkt wird die Wirkung der Wasserwerfer durch Beimischung von CS- und CN-Gas, das allerdings auch isoliert eingesetzt wird. Nach CS-Gaseinsätzen sind, neben den schon üblichen Augenreizungen, toxische, oft verbrennungsähnliche Symptome beobachtet worden. Beklemmungen, Erstickungsgefühle sind die schon vergleichsweise harmloseren aktuellen Folgen.

Der Polizei reicht dieses potentiell lebensgefährliche Distanzwaffenarsenal aber nicht aus. An der Startbahn-West und in Wackersdorf wurde mit Blendschock-Wurfgranaten und einem »Irritationskörper mit Knall« experimentiert. Die Entwicklung der Gummigeschoße hat zwar bisher nur zu Ergebnissen geführt, die nicht einmal bundesdeutsche Politiker gegen DemonstrantInnen eingesetzt wissen wollen – eingestellt worden sind die entsprechenden Projekte allerdings nicht. Dafür verfügt die bundesdeutsche Polizei mittlerweile mit der Vielzweck-Pistole MZP 1 von Heckler & Koch über eine Waffe, für die etliche Arten von Munition – von der Gasgranate über Gummiwuchtgeschoße bis hin zu Blitz-Knall-Körpern – bereits zur Verfügung stehen.

Parallel zur Aufrüstung wird die Ausbildung von speziell geschulten Gruppen für den Nahkampf vorangetrieben. Angesichts des Ausbildungsstandes der mittlerweile regelmäßig gegen Großdemonstrationen eingesetzten und in allen Bundesländern verfügbaren Sondereinsatzkommandos mutet die Debatte um den Einsatz der GSG 9 zur Bewältigung

»polizeilicher Großlagen« anachronistisch an: Bei einem Ende 1987 durchgeführten Vergleichswettkampf der Spezialeinheiten belegte das SEK Köln Platz 1, auf Platz 2 erst folgte die GSG 9 dicht gefolgt vom südbayerischen SEK. Besonders nachhaltige Wirkung haben derartige Gruppen zuletzt am 7. Juni 1986 in Kleve und bei den Herbstaktionen 1987 an der WAA gezeigt: Sportlich leicht gekleidet, mit langen Knüppeln ausgerüstet und ohne jede Hemmschwelle prügeln die Kommandos auf ihr Versammlungsrecht Vertrauende zusammen. Konnte man bisher noch abwägen: lieber ein Bußgeld wegen »Schutzbewaffnung« als einen Schädelbasisbruch wg. keinen Helm aufhaben, wird die Güterabwägung künftig schwieriger. Wieviele Schmerzen wiegen ein Jahr Knast auf?

Drei Gewalten können mehr als eine

Aber nicht nur die exzessive Ausweitung der Überwachungsmöglichkeiten, die polizeiliche Aufrüstung und die routinierten »Übergriffe« speziell geschulter Prügel- und Festnahmekommandos haben das Versammlungsrecht weitgehend eingeschränkt. Auch die Gerichte mühen sich redlich, dieses Grundrecht wirkungslos zu machen. In diesem Rahmen ist die Ablehnung der Verfassungsbeschwerde des ZDF gegen die Beschlagnahmung von Filmmaterial zu sehen, durch die Journalisten zu Hilfskräften der Staatsanwaltschaft gemacht werden. Gravierender noch ist die Ausdehnung des für das Wirksamwerden des Landfriedensparagraphen entscheidenden Begriffs der Gewalttätigkeit: Vom Betrommeln eines PKWs über das Beschmutzen eines Ministerautos mit Blut bis hin zum Barrikadenbau kann darunter alles fallen, was gerade politisch opportun erscheint. Seit dem Urteil des Bundesgerichtshofes gegen Alexander Schubart 1984 kann mittlerweile auch der bloße Aufruf zu einer Demonstration, an der man selber noch nicht einmal teilnehmen muß, schon den Tatbestand des Landfriedensbruchs erfüllen, wenn die Demo unfriedlich verläuft. In Zusammenhang mit Demonstrationen neigt ansonsten vor allen Dingen die bayerische Justiz »aus generalpräventiven Gründen« zu drakonischen Strafen: Es reicht gegebenenfalls aus, daß zwei Polizeibeamte behaupten, sie hätten jemanden beim Steinewerfen beobachtet. Ein Demo-Sanitäter wurde in Nürnberg deswegen gerade zu 20 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt.

Und auch das von Gegnern der Gesetzesverschärfungen immer wieder gern zitierte Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist keineswegs ein hinreichender Beleg für die Unparteilichkeit der Justiz. Zwar stellt das Gericht fest, daß das Verbot der Brokdorf-Demonstration am 28.2.1981 durch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg rechtswidrig war, weil »für die friedlichen Teilnehmer der von der Verfassung garantierte Schutz der Versammlungsfreiheit auch dann erhalten bleiben muß, wenn einzelne DemonstrantInnen oder eine Minderheit Ausschreitungen begehen« – allerdings betont das Verfassungsgericht auch, daß Bannmeilen um Großobjekte grundsätzlich akzeptabel seien und gibt zu verstehen, daß konkrete Hinweise ‚a~f bevorstehende massive Gewalttätigkeiten ein Demonstrationsverbot durchaus möglich machen. Angesichts der immer leichter zu erhebenden Daten wird das für die Polizei auf Dauer kein Problem sein.

Klein ist auch nicht fein

Im Novemberheft 1987 der Zeitschrift »Die Polizei – Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen« heißt das Schwerpunkthema: »Versammlungsfreiheit im Arbeitskampf aus polizeilicher Sicht«. Während den Malochern im Ruhrgebiet auf Anhieb leicht gelingt, was die Autonomen nicht einmal zu planen wagten, nämlich alle relevanten Straßen für Stunden zu sperren, um auf die eigenen Anliegen aufmerksam zu machen, denkt die Polizei viel weiter: Ab wann müssen wir eingreifen und wie verhindern wir für den Fall Blutvergießen und große Solidarisierungen. »Arbeitskämpfe und demonstrative Aktionen, die den Staat zum Adressaten haben, gelten als politische Streiks« wird in dem Aufsatz festgestellt – und für politische Streiks gilt nicht mehr das Grundrecht der Koalitionsfreiheit, sondern nur noch das – siehe oben – arg demontierte Versammlungsrecht, denn »es gibt in unserem Demonstrationsspektrum anstelle des Arbeitsvertragsbruches noch eine Vielzahl anderer Möglichkeiten, Meinung demonstrativ zu bekunden«.

Bis hierher und nicht weiter! Jenseits liegt das, wofür der Staat präventiv seit langem rüstet. »Die erheblichen Ausschreitungen in dem langen Bergarbeiterstreik in England 1985 geben ein beredtes Beispiel einer extremen Eskalation«, die für den Staat deswegen so schwierig zu bewältigen ist, weil: »Mehr als die demonstrative Meinungsbekundung einzelner Gruppen fordert der Streik auch den Unbeteiligten heraus. Die meisten fühlen, daß auch ihre Sache verhandelt wird.« Und nichts fürchten der Staatsapparat und seine ausführenden Organe mehr als diese Dynamik, die Massenbewegungen entfalten können.

Konkret 02/88, S. 14

Leo A. Müller

Buch des Monats: A wie Abbrand, Z wie Zweizweckreaktor

AG Atomindustrie, Postfach 310369, 1 Berlin 31 Wer mit Wem in Atomstaat und Großindustrie, Verlag 2001, 630 Seiten, 22 Mark

Die amtliche Dementiermaschine hat genug Auftragserwartung. Die Gangstertransporte der Hanauer Transnuklear GmbH werden noch nicht vergessen sein, dann wird schon eine neue Horror-Nachricht die immer gleichen »Alles im Griff«-Parolen der Herren Minister in Bund und Land auslösen. Die Übung läuft wie geschmiert – denn seit dem Aufbau atomarer Macht in den fünfziger Jahren hat diese Republik genügend Atom-Skandale erlebt. Eine kleine Auswahl, die Top-Ten der nuklearen Sauereien in dreißig Jahren: Schmuggel, Bestechung, Korruption (Transnuklear, PREAG Stade, Würgassen, Brunsbüttel, Kernforschungszentrum Karlsruhe, RWE), Atomexporte für die Bombe an das Rassisten-Regime in Südafrika (STEAG, Siemens, MBB, Leybold-Hereaus), Lieferungen und Verträge mit Diktaturen in Argentinien und Brasilien, die den Nichtweiterverbreitungsvertrag für Atomwaffen nicht unterschrieben haben (Bundesrepublik Deutschland, KWU, DFVLR, MBB), Verseuchung von Arbeitern und schwarzer Bevölkerung in Namibia durch Uranabbau (Uranabbaugesellschaft mbH, Uranerzbergbau, NUKEM, und Betreiber), Strahlenopfer in den Betrieben (NUKEM, diverse AKW's), Menschenversuche mit Tritium Thymidin-Spritzen (Professor Fliedner, Ex-Mitglied der Strahlenschutzkommission), illegale Produktion (Alkem), geheime Militärlager, Forschung und Produktion für die Bombe (Kalkar, Wackersdorf, Hanau, Gronau, Karlsruhe), Bespitzelung (Traube) und Berufsverbote (Bayerisches Kultusministerium gegen Lehrer wegen WAA) und nicht zuletzt die penetrante Desinformation der Bevölkerung über Gefahren, Ziele und 237 Störfälle, die sich bis 1985 ereignet haben.

Die Verantwortlichen sitzen nicht im Knast. Sie sitzen an den Schalthebeln des »Atomstaates« wie Robert Jungk schon vor zehn Jahren dieses Land in Anlehnung an Eugen Kogons »SS-Staat« nannte. Die historische Parallele ist begründet: die entscheidenden Figuren für den atomaren Aufbau hatten schon ihre Vorgeschichte und waren interessiert an der Fortführung des Uranprojektes der Nazis. Eine beispielhafte Schlüsselfigur dieser Entwicklung ist der ehemalige IG-Farben-Direktor Karl Winnacker, der heute 84jährig seinen Lebensabend als Ehrenaufsichtsrat der Hoechst AG im Taunus verbringt. Bei der Genfer Atomkonferenz 1955 vertrat er zusammen mit vier weiteren Atom-Kollegen die Bundesrepublik in einem entscheidenden Stadium. In der deutschen Atomkommission war er stellvertretender Vorsitzender, ebenso nahm er Einfluß auf die Arbeitsgemeinschaft für Reaktorbau, den hessischen Forschungsrat und die Physikalische Studiengesellschaft, die schon 1954 zur Vorbereitung des Reaktorbaus gegründet wurde, noch bevor die Siegermächte dem Kriegsverlierer den Umgang mit dem Atom erlaubten. Für Winnacker war die Atomkraft eine »Schicksalsfrage«. Das Heil der Menschheit liege in dem »unverstandenen Wunder Kernenergie«.

Die biographischen Daten des Atombarons können jetzt in einem umfangreichen Handbuch nachgeschlagen werden. Dort ist festgehalten, »Wer mit Wem« in welchen Geschäften, Vereinen, Gesellschaften, Kommissionen und Regierungen sitzt. Von A wie Abbrand bis Z wie Zweizweckreaktor werden in dem 630 Seiten dicken Band Fachbegriffe erklärt, von Abs, Hermann Josef bis Zurhorst, Dietrich, die Männer aus Atomstaat und Großindustrie beschrieben. Ja, Männer, denn Frauen sind darunter kaum zu finden. Das Nachschlagewerk schaut den Wirtschaftsmächtigen und Politikern aufs Maul und in die Tasche. Als »Atomtantiemen« werden die Einkünfte aus dem Geschäft mit dem Spaltstoff berechnet. Zum Beispiel Riesenhuber, Heinz F.R. (CDU). Der Bundesminister für Forschung und Technologie, von Amts wegen Mitglied im Deutschen Atomforum, besitzt ganz privat zwei Patente in der Nuklearchemie. Nicht vergessen: Von 1966 bis 1968 war der Chemiker bei der Metallgesellschaft AG (Beteiligungen: Urangesellschaft, Leybold Hereaus, Nukem), einem führenden Unternehmen bei der weltweiten Jagd nach Uranerz, und danach Geschäftsführer der Erzgesellschaft mbH. Oder Herrhausen, Alfred, Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, Kohlberater in allen wichtigen Wirtschaftsfragen. Die »geschätzten Atomtantiemen« von der Deutschen Bank und den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen AG (VEW), deren Vorstandsmitglied er zuvor war, werden von den AutorInnen auf 1,2 Millionen Mark berechnet. Natürlich ist Herrhausen auch persönlich Mitglied im Deutschen Atomforum, dem Spitzenverband und der Public Relations-Agentur der Branche. Dabei sind eine Handvoll Bundestagsabgeordnete, die in den wirtschafts- und forschungspolitisch wichtigen Ausschüssen des Parlaments ihren Teil zum gedeihlichen Treiben der Atomfirmen beitragen dürfen.

13 Parlamentarier sollten ganz besonders in Erinnerung gerufen werden, die in dieser Zusammensetzung leider nicht in dem Handbuch erwähnt werden. Die führenden Unionspolitiker Wörner, Zimmermann, Kiechle, Warnke, Schneider, Dollinger, Windelen, Spranger, Biehle, Stücklen, Waigel, Riedl und Abelein gehörten zu der Minderheit von nahezu 100 CDU/CSU-hardlinern, die noch 1974 die Unterzeichnung des Nichtweiterverbreitungsvertrages durch den Bundestag ablehnten. Die Herren haben noch eine zweite Chance. 1995, rechtzeitig zur geplanten Fertigstellung der Fabrik für waffenfähiges Plutonium in Wackersdorf, läuft der Atomwaffensperrvertrag aus. Dann wird neu abgestimmt.

Unter A wie Atomwaffensperrvertrag steht in dem Atom-Lexikon ganz lapidar: »Eine Reihe wichtiger Länder, die am Besitz von Atomwaffen interessiert sind, traten dem Vertragswerk nicht bei (z.B. Südafrika, Brasilien, Israel, Argentinien,

Irak, Pakistan).« Es sind gerade diese Länder, Freundstaaten der Bundesrepublik, in denen mit bundesdeutschem Know How, zum Teil auch unter bundesdeutscher Fachaufsicht militärische Atomprogramme aufgebaut wurden und werden. Südafrika sei »nur noch eine Schraubenzieherdrehung« von der Atomwaffenherstellung entfernt, berichtete der Londoner »Observer« 1987. Den Grundstein dafür legten schon 1968 die bundesdeutsche STEAG aus Essen mit einem Vertrag über gemeinsame atomare Aktivitäten mit dem Apartheidstaat. Das erklärt, warum bundesdeutsche Atommanager bis auf den heutigen Tag ihre Atomtantiemen auf teuren Urlaubsreisen mit Sightseeing-Bussen durch homelands ausgeben oder gleich direkt auf Firmenkosten Kongreßtourismus mit Rassisten-Freundschaft verbinden.

Die Waffe gegen die Machenschaften der Konzerne und ihrer leitenden Herren ist Information und Protest. Wer dabei mitmachen will, sollte sich das Handbuch »Wer mit Wem« kaufen – und den HerausgeberInnen alle Informationen mitteilen, die in der ersten Ausgabe noch nicht erfaßt sind. Dann wird daraus das Standardwerk der AtomgegnerInnen, solange bis die Atomindustrie nur noch soviel zu sagen hat, wie sie ökonomisch wert ist: Null.

Konkret 02/88, S. 16

Detlef zum Winkel

Zwangsnuklear

Die öffentliche Empörung über die Geschäftspraktiken des bundesdeutschen Atommanagements folgt den Interessen der Nuklearindustrie. Schon Abfolge und Inhalt der zum Skandal jeweils präparierten Enthüllungen zeigen, daß hier vom Eigentlichen abgelenkt werden soll: von der bundesdeutschen Option auf die eigene Bombe. Allein damit erklärt sich auch der Clou sozialdemokratischer Aufklärungsarbeit: der Wunsch nach Ausschluß der Öffentlichkeit

Das Chaos ist grandios und sogar heimtückisch. Nach dem Gesetz der zunehmenden Entropie vermehrt es sich nicht nur spontan – das ist physikalisch – , es reagiert sogar auf jeden braven buchhalterischen Versuch mit rasendem neuen Durcheinander. Das ist, wie wir verblüfft hören, menschlich. Der Mensch der Wende ist ein Ungeheuer, aber ein aufrichtiges. Er ist bestechlich, schlampig, pflichtvergessen, skrupellos und führt auch noch ein mieses Nachtleben mit teuren billigen Vergnügungen. Er gibt es sogar zu. In diesem trüben Winter schenkt uns das Fernsehen glückliche Stunden zur Nachrichtenzeit: zerknirschte Manager, übernächtigte Minister, fassungslose Betriebsräte, stammelnde Abgeordnete. Das stimmt heiter, das kommt gut. Hatte nicht die CDU, noch aus der Opposition heraus, die Zustände im Hessenland mit denen des historischen Montenegro verglichen? Und hatten nicht wir tapfer die Ehre des Balkan verteidigt, indem wir insistierten, daß der Güterverkehr daselbst vorbildlich war im Vergleich zu bundesdeutschen Molkefahrten? Müßte die CDU nicht endlich Montenegro in aller Demut rehabilitieren? So rächt sich rassistischer Hochmut.

Strahlenfässer im Atomkraftwerk, Uranasche in der Garage, Kernbrennstoff auf dem Parkplatz, eine Prise Supergift im harmlosen Abfall und ein beachtlicher Apparat von Amtspersonen und Fachleuten auf der Suche nach Plutonium, das für zwei Atombomben reichen würde. Der Verdacht ist so ungeheuerlich, das Ansehen des Landes so beschmutzt, daß sie nun in Reihen antreten und ihre Torheit bezeugen. »Das Undenkbare« sd möglich geworden, Bruch des Atomwaffensperrvertrags, Proliferation, militärische Interessen, die in die Atomwirtschaft hineinregieren. Womit denken sie denn, wenn ihnen schon eine so einfache Kombination zuviel ist? Der Reaktor wurde zum Zweck der Bombe erfunden, und etwas müssen sich auch die knapp hundert CDU/CSU-Abgeordneten, darunter Dregger, Strauß und Wallmann, gedacht haben, als sie im Bundestag gegen die Ratifizierung des Sperrvertrags stimmten.

Abgründe werden beschworen zwischen der friedlichen Kernenergienutzung und den schäbigen Diensten für die Finsterlinge Libyen und Pakistan. Sie existieren nur, wenn man an das nukleare Eiapopeia der Bundesrepublik glaubt. Um aber den Glauben glaubhaft erscheinen zu lassen, muß die Betroffenheit ziemlich echt dargestellt werden. Das ist es, was die gegenwärtigen Politiker-Auftritte so angenehm macht.

Aus methodischen Gründen empfiehlt sich, das Gerümpel von Desinformation, Heuchelei und Lüge an einer Ecke zu entwirren, die noch relativ übersichtlich ist. Sprechen wir also über einen Mann, der heute im Stillen wirkt, einer honorigen Institution vorsitzt und gelegentlich verdiente GenossInnen ehrt. Was nun Holger Börner? Er hat sich zwischen den Interessen der Hanauer Atomindustrie und denjenigen des eigenen Machterhalts für erstere entschieden. Er hat seinen Umweltminister der Plutoniumfabrik ALKEM zuliebe gefeuert. Er hat die erste rot-grüne Koalition zerdeppert und seine Gesundheit ruiniert, denn er ist Parteisoldat. Und ein Parteisoldat schweigt. Börners Wirtschaftsminister Steger hatte schon vor einem Jahr von Proliferationsgefahr und der Möglichkeit unentdeckter Abzweigungen des Bombenstoffs Plutonium gesprochen, was eine empörte »FAZ« auf den Plan rief, die es heute sicher bereuen wird, zum Zweck einer rhetorischen Frage die schöne Formulierung gefunden zu haben: »Leben wir denn in einer nuklearen Bananenrepublik?«

Börners selbstzerstörerischer, irrational erscheinender Amoklauf vor der letzten hessischen Landtagswahl ist heute transparent. Es gibt keinen Zweifel daran, daß er um die kritische Situation in Hanau wußte. Er reagierte seinem Talent und seiner Sozialisation entsprechend: abräumen und durchmarschieren. Es war die letzte Chance, die Plutoniumwirtschaft auf eine legale Basis zu stellen und ALKEM die geforderte Genehmigung für eine Ausweitung der Produktion zu erteilen, bevor die »Unregelmäßigkeiten« in dem osthessischen Atomdorf ruchbar würden. Nach Börners Staats- und Politikverständnis stand Höheres auf dem Spiel: Sicherung von Arbeitsplätzen, Erhaltung wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit und industrieller Standorte in Hessen. Die Katastrophe, die er angerichtet hat, versteht er vermutlich immer noch nicht.

Im Gegensatz zu diesem immerhin identifizierbaren Politikertyp präsentiert die SPD heute ein Sammelsurium von Masken, die niemals auch nur die Chance haben werden, zu scheitern. Stellvertretend für den Politiker ohne Eigenschaft, der durch die gelegentliche Erwähnung seines Namens in einem Nachrichtenmagazin eine Bedeutung vortäuscht, die außer ihm selbst niemand erkennen kann, sei der Umweltexperte der Partei erwähnt. Volker Hauff, der sich mit Enthüllungen über die nukleare Pakistan-Connection zu profilieren versucht, wird von der CDU mit Recht aufgefordert, seine Karten auf den Tisch zu legen. Als früherer Staatssekretär und Forschungsminister unter Schmidt sollte der Mann tatsächlich etwas zu sagen haben über den bundesdeutschen Umgang mit Plutonium. Unter Hauffs Regie und mit den Geldern seines Ressorts wurde der staatliche Plutoniumbunker bei ALKEM, der weltweit größte eines Nicht-Kernwaffenstaats, errichtet. Aber noch

jeder seiner CDU-Kollegen, Wallmann, Töpfer, Weimar, hat zur Aufklärung der Atomgeheimnisse entschieden mehr beigetragen.

Gewollt oder ungewollt – das ist die Bilanz, und darum ist es gerecht, daß die SPD so kläglich aussieht, wie es der Fall ist, mit ihren erbärmlichen Versuchen, Untersuchungsausschüsse zu verhindern und die aktive eigene Beteiligung an den kriminellen Vorgängen zu vertuschen. Wer sich von den Konservativen vorführen lassen muß, welchen Unterhaltungswert Stillegungsverfügungen oder Ultimaten an Konzernführungen haben, und das Ausmaß der eigenen Blamage nicht mal registriert, der soll nicht glauben, mit dem Aufwärmen des Informationsstands von vorvorgestern im Geschäft bleiben zu können.

Pakistan ist als Anwärter auf eine »islamische Bombe« ein alter Bekannter. Das entschuldigt keine Lieferungen von hochangereicherten, möglicherweise sogar waffenfähigen Kernmaterialien in die Militärdiktatur. Aber was ist der eventuelle Export von Dynamit gegen denjenigen einer Munitionsfabrik? Pakistan verschaffte sich zunächst einen Natururan-Reaktor von Kanada und beschritt damit den Weg, mit dem sich jedes militärische Atomprogramm verrät. Denn dieser Reaktortyp ist für die Stromerzeugung nahezu völlig uninteressant, während er andererseits eine einfache, billige und unproblematische Linie zum Plutonium zu bieten scheint, weil man Natururan immer auf dem Weltmarkt erhalten kann.

Meistens sind die stolzen neuen Besitzer solchen Geräts dumm genug, gleich nach der Inbetriebnahme vielsagende Artikel in der heimischen Militärpresse erscheinen zu lassen oder markige Politikersprüche abzugeben. Und schon gibt es kein Schwerwasser mehr, ohne das der Natururanreaktor nicht läuft. Diese Probleme hatten vor Pakistan schon Indien und Argentinien, und sie haben mittlerweile vielleicht erkannt, daß sie nicht besonders gut beraten waren, als sie sich ein Land zum Vorbild nahmen, von dessen besonderem Eifer bei der Plutoniumgewinnung sie überzeugt waren. Es war nämlich die Bundesrepublik Deutschland gewesen, die mit Bedacht den Natururanreaktor für ihr atomares Debüt im Kernforschungszentrum Karlsruhe wählte – getreu der Reaktorlinie, der die ehrenwerten Herren W. Heisenberg und C. F. Weizsäcker und die ehrenwerten Firmen Degussa und IG Farben (Hoechst) schon im Nationalsozialismus gefolgt waren.

Halten wir fest, daß schon der erste BRD-Reaktor typenmäßig und typischerweise die militärische Handschrift verriet, und wenden wir uns wieder Pakistan zu, wo man wohl bald erkannte, daß es einfacher ist, den nuklearen Anlagenpark zu erweitern, als sich selbst in der Schwerwasserproduktion zu versuchen. Islamabad handelte nach bewährtem südafrikanischem Muster und kaufte sich in Westeuropa die Teile für eine Urananreicherungsanlage zusammen.

Dies geschah mit Hilfe pakistanischer Physiker, die ihre Ausbildung in holländischen, belgischen und westdeutschen Instituten erhalten hatten und über einen Ring von Händlern und Zwischenhändlern, die außer in den genannten Ländern in der Schweiz, England und Frankreich saßen. Die Details wurden im letzten April von dem Journalisten E. Koch im »Stern« und in einer WDR-Sendung bekanntgemacht:

Die in Köln und Hanau ansässige Firma Leybold-Heraeus, zuvor schon tief in das Südafrika-Geschäft verstrickt, lieferte den Pakistani Konstruktionsunterlagen für die Urananreicherung und ließ in der Schweiz bei den Metallwerken Buchs entsprechende Anlagenteile bauen. Aber der hochwertige Stahl, den man dazu benötigt, kam – wissentlich, wie Koch unwidersprochen behauptete – von Arbed Saarstahl, und da verstummt das Sensationsgeplappere von Volker Hauff, wie sich auch die Genossen Lafontaine und Leinen peinlichst bedeckt halten.

Wer ist es denn gewesen, unter dessen still duldender Oberaufsicht sich Südafrika in Hanau, Karlsruhe und anderswo mit nuklearem *know how* und Spezialausrüstungen bediente. Wer gab sich mit der unglaublichen Erklärung zufrieden, ein sowjetisches Atom-U-Boot sei vielleicht explodiert, als die Rassisten ihre erste Atombombe im Indischen Ozean zündeten? Und wann war dieser Test? 1979. Sanktionen gab es damals wie heute keine. Aber man soll sich nicht täuschen: Jederzeit hätte die Nato die Möglichkeit, solche Entwicklungen effektiv zu stoppen.

Verdummungspraktiken gehören zum Kapitalismus wie die Dackelaugen zum Umwelthelden Töpfer. Aber die Pose, als habe man gerade gestern einen »furchtbaren Verdacht« entdeckt, unterläuft jedes Minimum an Schamgefühl. Nuklearer Schwarzhandel mit Pakistan und/oder Libyen wäre ein mieses Gaunerstück und doch nur ein drittrangiges Geschäft in einer jahrzehntelangen Praxis. Angesichts der politischpublizistischen Lawine, die dieser Verdacht unter tatkräftiger Beteiligung führender CDU-Politiker losgetreten hat, muß gefragt werden, inwiefern falsche Fährten gelegt werden. Wird da mit lautem Getöse etwas weggesprengt, damit die Stütz- und Verstrebungsarbeiten an anderer Stelle ungestört weitergehen können?

Wer die Erklärungen von Politikern und Managern des Atomstaats für bare Münze nimmt, ist selber schuld. Der Korruptionsskandal bei Transnuklear wurde im Frühjahr letzten Jahres, unmittelbar nach Wallmanns Sieg bei der hessischen Landtagswahl, von der NUKEM-Tochter selbst enthüllt. Ein neuer Geschäftsführer offenbarte die Existenz von schwarzen Kassen und Geldwaschanlagen zur Pflege der strahlenden Herrenlandschaft. Rund fünf Millionen sollten es damals gewesen sein, die Transnuklear an leitende Angestellte und Buchhalter von Energieversorgungsunternehmen, an Sicherheitsingenieure und Strahlenschutzbeauftragte von Atomkraftwerken ausgeschüttet habe. Der Zweck der Übung habe

darin bestanden, dem Unternehmen Entsorgungsaufträge für schwach- bis mittelradioaktiven Abfall zu sichern. Zu keinem Zeitpunkt seien Sicherheitsbelange berührt gewesen.

So etwas nennt man eine Version. Diejenigen, die in Hanau das Sagen haben, RWE, Siemens, Degussa, Metallgesellschaft, hatten sicher schon lange Kenntnis von den »Problemen« in ihrem Nuklearpark; zur Bereinigung bestellten sie einen neuen Besen, der nach Erarbeitung der Version (und zum günstigen politischen Zeitpunkt) an die Öffentlichkeit ging.

Zweites Kapitel der Affäre: Im Oktober und November ergaben Ermittlungen der belgischen Staatsanwaltschaft haarsträubende Praktiken im Atomzentrum Mol. Chefs und Abteilungsleiter wurden ausgewechselt, Geschäfts- und Spendenbeziehungen nach Hanau kamen ans Licht, und Transnuklear präsentierte die nächste Version:

Man habe den Belgiern mitunter nicht ganz harmlose Abfälle geliefert, und diese hätten sich postwendend mit ähnlichen Geschenken revanchiert. Fässer seien falsch deklariert worden, Plutoniumspuren vorhanden, aber eine Gefahr bedeute das nicht, und schuld sei allein ein ehemaliger Buchhalter, dessen Selbstmord ja wohl eine Art Eingeständnis sei. Die Summe der Bestechungsgelder wurde bei 21 Millionen geortet. Es lohnt sich, nachträglich den bürgerlichen Blätterwald bis zum Stichtag 14.1.88 zu studieren, als die bösen Worte Pakistan und Libyen fielen. Der »Spiegel« beispielsweise (11.1.) widmete dem Thema den Titel und dreizehn Seiten, auf denen die Möglichkeit militärischer Hintergründe nicht einmal andeutungsweise in Betracht gezogen wurde. Wie überhaupt jeder, der jemals eine solche Behauptung gewagt hatte, mit angestrengter Verachtung bestraft wurde, die sich heute als pure Dummheit entpuppt. Penibel hielt man sich an den Rahmen der vorgegebenen Version. Aber jetzt gab es eine Handvoll ehemaliger Beschäftigter der Hanauer Betriebe, die sich mit schwerwiegenden Aussagen an Staatsanwälte, Behörden und Politiker wandten. Sie bezeugten erstens, daß NUKEM, das Hanauer Flaggschiff, in das Spiel mit falsch deklarierten Fässern eingeweiht war und mitspielte. Zweitens berichteten sie vom Verschwinden hochangereicherter Kernmaterialien, militärisch relevanten Urans und Plutoniums. Zwischen diesen Aussagen und den sensationellen Bekanntmachungen Wallmanns, Töpfers und Weimars am 14.1. Iiegen, wie die Grünen herausfanden, ein bis zwei Wochen. Behörden sind schwerfällig: die Zeit wurde gebraucht, um die dritte Version zu erarbeiten.

So wild die Spekulationen jetzt über die (zeitweise) in Ungnade gefallene Atommafia ins Kraut schießen – sie respektieren das abgesteckte Terrain. Es gibt menschliche Verfehlungen, Sündenböcke und zu allem entschlossene islamische Mächte. Es gibt aber auch Politiker, die echt empört sind, zupackende Saubermänner, staatliche Aufräumarbeiter. Man sieht es daran, daß sie NUKEM (vorübergehend) geschlossen haben. Und manche Oppositionspolitiker, die Verstaatlichung fordern, am liebsten die Generalbundestaatsanwaltschaft einschalten würden und sich an den Polizeikontrollen rings um das Hanauer Firmengelände ergötzen, merken nicht einmal, daß sie den Karren des Atomstaats ziehen.

Wieder war es Volker Hauff, der der Versuchung nicht widerstehen konnte, die CDU-Regierungen in Bonn und Wiesbaden von rechts zu überholen. Er machte den Vorschlag, einen Krisenstab einzurichten, was bedeutet, der Angelegenheit mit Geheimdienstmethoden zuleibe zu rücken. Ein ungewöhnlicher Aufwand für zwei verschwundene Fässer, selbst wenn sie bei kriegslüsternen Diktaturen gelandet sein sollten.

Warum sollte die Bundesrepublik Deutschland Regimes, die sie keineswegs zu ihren engeren Verbündeten zählt, mit Möglichkeiten ausstatten, die sie für sich selbst herbeisehnt? Seit Gründung dieses Staates hat die CDU/CSU nichts unversucht gelassen, das Fingerl ans Knopferl zu bekommen, wie der Bayer sagt. Sie hat den Amerikanern mit einem nuklearen Alleingang gedroht (Schröder), den Sperrvertrag als »neues Versailles« angeklagt (Strauß), sich in die nukleare Planungsgruppe der NATO hineingedrängt, sie hat die Zusammenarbeit mit Südafrika, Brasilien und Argentinien bewußt gesucht und sieht im Moment reizvolle Aussichten in der militärischen Achse Paris-Bonn. Vor allem aber haben alle bürgerlichen Parteien eine Atompolitik betrieben, die die Bundesrepublik in die Lage versetzte, im Bedarfsfall den Anschluß an den letzten Schrei der Atomwaffentechnik zu halten. Konkret heißt das: Nicht etwa mit veralteten Uranbomben dazustehen, wenn andere bereits die Neutronenbombe in Serie nehmen.

Für dieses unser Land wurde daher in Fachkreisen eigens ein besonderer Begriff geprägt: Die BRD wird nicht etwa als nukleare Schwellenmacht eingestuft, weil das mißverständlich und verharmlosend wäre. Die BRD wird vielmehr als »latente« Atommacht bezeichnet. Sie verfügt über alle Komponenten und Technologien eines modernen mittleren Waffenarsenals. Längst geht die Diskussion darum, wieviel Zeit Bonn benötigte, um es flottzumachen: Monate? Oder nur Wochen? Derart delikate Angelegenheiten sind aus Sicht der bürgerlichen Parteien tatsächlich besser hinter den verschlossenen Türen eines Krisenstabs zu erörtern.

Wenn sie überhaupt zur Sprache kommen – in einer Öffentlichkeit, die den Denkverzicht zur Tugend erklärt.

Konkret 02/88, S. 22

Diedrich Diederichsen

»Kinder, wie die Zeit vergeht...«

Die geistig moralische Wende hat tatsächlich stattgefunden: vor ein paar Wochen, im Fernsehen

Der »Spiegel«, das deutsche Nachrichtenmagazin, hat unlängst wieder etwas Interessantes herausgefunden, um nicht zu sagen, aufgedeckt: Der bekannte und inzwischen verstorbene deutsche Politiker Adolf Hitler soll ein Faschist gewesen sein. Die über diese Enthüllung empörte deutsche Öffentlichkeit zog nach, und forderte den Rücktritt des beliebten Redners. Dieser erklärte zwar noch ein paar Mal, daß ihn zu Lebzeiten begangene Sünden nicht mehr interessierten und er nur ein Mitläufer gewesen sei, mußte sich aber dann doch dem Druck der Öffentlichkeit beugen und seinen Hut nehmen.

Einen, der psychedelischsten Momente der Fernsehgeschichte konnte man genießen, als Hans Joachim Friedrichs seinen ehemaligen Chef, »Lehrer« etc. Werner Höfer, nach dessen Demission in den Tagesthemen interviewte. Nachdem Höfer, altersweise oder senil (die einschlägigen, für diesen Unterschied zuständigen asiatischen Religionen machen da keinen Unterschied), ein paar entrückte Antworten auf Fragen nach eventuellen Gefühlen der Bitterkeit gegeben hatte, hielt er sein die ganze Zeit schon reklamemäßig demonstrativ hin und hergedrehtes Weinglas vor sein reifes, herbes Spätlesegesicht, ganz nahe vor die Kamera, daß man dies Gesicht nur noch durch die Brechungen des Glases und des edlen Tropfens darin sehen konnte, und verschwand in einem kosmischen Strudel verzerrter Wahrnehmung auf Nimmerwiedersehen aus dem Fernsehen. Er hatte so nocheinmal triumphiert über die Schnödheit eines Mediums, in dem so viele, die über Jahrzehnte sein Gesicht prägten – wie Kriegsteilnehmer das des deutschen Lehrers – , so plötzlich sterben oder pensioniert werden, daß fast keiner mehr übrig geblieben, indem er den altenglischen Spruch »Old soldiers never die, they only fade away« in unvergeßlichen Bildern inszenierte.

Daß sein gespreizter Mitläuferjournalismus formal (und damit logischerweise auch inhaltlich) nichts anderes war als die zu größtmöglicher Finesse entwickelte Kunst der Überleitung, die er im »Internationalen Frühschoppen« praktizierte, daß ein einziger Satz von Dieter Kronzucker (etwa sein Wort vom »Versagen der amerikanischen Außenpolitik« angesichts der Vertreibung des Somoza-Regimes) schlimmer sein und das Einverständnis mit mehr Verbrechen aussprechen kann als die gesamte Tätigkeit Höfers beim »12 Uhr Blatt«, soll hier nur am Rande als Selbstverständlichkeit vermerkt werden, wo es doch um die Frage gehen soll, wohin das deutsche Fernsehen steuert, das offensichtlich glaubt, sich in kürzester Zeit den Verlust Höfers, Kulenkampffs und Löwenthals leisten zu können, also von drei der vier Leute, wegen denen meine Großeltern sich seinerzeit ihren Loewe-Opta angeschafft hatten.

Die drei über Jahrzehnte dominierenden Grundrepräsentanten deutscher Gesinnung sind damit verschwunden, der verrückte, gallige Kommunistenfresser und Afghanistan-Freiwillige, der bigott-weinselig-kultivierte Leber und Lebenlasser mit Mitläufer-Vergangenheit und der charismatische, sozialdemokratische Frauenheld mit Segelschiff. Das, wofür die wirkliche Politik mehrere Jahrzehnte brauchte (und noch einige Jahre brauchen wird), Brandt, Scheel und Strauß zu pensionieren, das will das Fernsehen während weniger Monate durchziehen? Weil Thomas Gottschalks Alleinvertretungsanspruch einer noch zu nivellierenden Mittelstandsgesellschaft nicht warten kann?

Die sogenannte Vergangenheitsbewältigung soll eben soweit getrieben werden, daß keine Zeugen mehr an sie erinnern, egal in welcher Form: das den-Krieg-mitgemacht-Haben macht immer häßlich, auch wenn diese Häßlichkeit als die Schönheit eines Clint Eastwood erscheinen kann und im Volksmund »Charakter« heißt. Niemand wird mehr Todenhöfer, den alten Volksmujaheddin interviewen, die Promotion für den von den links unterwanderten Fernsehanstalten totgeschwiegenen rechten Liedermacher Gerd Knesel (»Lieder gegen Links«) übernehmen, das Wort »Drüben« wird aus dem Sprachgebrauch verschwinden, kein Mensch wird mehr Dritte-Welt-Journalisten wie artige Kinder auf den Kopf tätscheln oder sich der Vergebung seiner Sexismen und Schlüpfrigkeiten wegen seiner großen Verdienste um die Sozialdemokratie und Lebenskunst so sicher wissen wie Hans Joachim Kulenkampff, an dessen intelligente Bemerkung über die Ähnlichkeiten zwischen der bundesdeutschen und der sowjetischen Informationspolitik sogar ich mich noch wohlwollend erinnere. Denn eigentlich sind das ja gar nicht die schlechtesten Aussichten, schließlich sind die dazugehörigen Realitäten ebenso verschwunden. Der vom »Spiegel« enttarnte Politiker Hitler ist ja ebenso tatsächlich tot (gestorben 1969, Asunción) wie der SPD-Vorsitzende Brandt pensioniert und die Verlegerpersönlichkeit Axel Springer in uneinige Witwen, Prinzen und Kronprinzen und Filmhändler atomisiert, und junge Leute kommen heute zu mir und fragen: wie war das eigentlich damals, 77, 79 mit Stammheim und Punk?

»Kinder wie die Zeit vergeht«, hätte Kulenkampff gesagt und die nachfolgenden Sendungen hätten sich um zwanzig Minuten verschoben, die letzten als deutsch identifizierbaren Elemente sind aus dem Fernsehen getilgt. In dritten Programmen und Satellitensendern wird eine harmlose Nostalgie nach dieser großen alten Kulturnation, den Deutschen, derzeit mit einer Flut von Wiederaufführungen alter Serien und Spielfilme befriedigt, die nicht mehr, wie noch vor zwanzig Jahren und auch heute noch bei ARD und ZDF, nach scheinkünstlerischen Kriterien ausgewählt, sondern nur noch unter dem Trash-Aspekt, was für junge Zuschauer, die garantiert noch nicht mal gezeugt worden waren, als »Liane« gedreht

wurde, schrill genug ist, in ihrem völlig richtigen Bedürfnis nach einer Jung-Kultur, die ihre Junkness nicht unter hehrem Gefasel versteckt.

So auch Thomas Gottschalk, dieser, von einer gewissen Restthomasfritschigkeit abgesehen, neue Typ, der uns ein klassenloses, generationskonfliktfreies, überparteiliches neues Jetzt verspricht, ein Fernsehen, das sich endgültig nicht mehr dem Vorspielen einer »demokratischen Kultur« verpflichtet fühlt: Thomas Gottschalk »mit meinem Freund, dem Big Mäc«, bei McDonalds, »wo man gern ist, weil man gut ißt«, ist eben mit einem Antifaschismus, der immer wieder nur herausfindet, daß »Hitler was/Hitler was/Hitler was/Hitler was a fuckin' Nazi«, wie die Beastie Boys so richtig dichteten, nicht mehr beizukommen. Seinesgleichen Sympathen (und das heißt auch, daß auch ich bei einem Gottschalk-Auftritt wesentlich weniger Peinlich-Schocks pro Stunde kriege als bei irgendeinem Old-School-Demokraten) stellen auch die Scheinoppositionspresse, den Dauernörgelsound aus Borniertheit gegenüber Pop-Kultur und sozialdemokratischen Verbesserungsvorschlägen vor neue Aufgaben, an denen sie exemplarisch scheitern werden.

Fernsehen ist auch in Deutschland endgültig und endlich etwas ganz Anderes geworden, dessen Gut und Böse sich völlig neu gruppieren, das keine Hierarchien zwischen bürgerlicher »Kultur« und populärem »Schwachsinn« mehr kennt, weil Gottschalk und Alexander Kluge inzwischen bruchlos ineinander übergehen, weil das Fernsehen des »Vier-gegen-Willy«-Zeitalters, des »Waldhaus«-Age (Hauptschlagzeile im Kölner »Express«: »Waldhaus-Schauspieler: Wir schämen uns!«) nichtmal mehr Hilfestellungen für irgendwelche Sinnstiftungen offeriert, nur noch taumelt und kreist und schaukelt und von der Fernbedienung über in- und ausländische Kanäle gejagt wird – das Wort »remote control« für Fernbedienung sagt alles – , bis es von dem herbgelben schwarzen Loch im Zentrum von Werner Höfers Weinglas ausgesogen verschwindet. An diesem Punkt eröffnet dann ein neuer Kabelkanal wie »Tele 5«, wo nur noch vollkommen Bekloppte mit anderen Bekloppten über wirklich nichts reden und sich dafür auch nicht mehr schämen. Da kann man dann auch schmecken, daß auch die Fernsehkritik endlich ein ganz anderes Vokabular braucht, ganz andere Forderungen aufstellen muß.

Konkret 02/88, S. 24

Jörg Lang

Aufstand in Palästina

Seit Wochen werden sie uns als steineschmeißende Chaoten präsentiert: die in den von Israel besetzten Gebieten demonstrierenden und streikenden Palästinenser. Tatsächlich wehren sie sich gegen einen Terror, der sie zu »Gastarbeitern« im eigenen Land degradiert

Am 8. Dezember 1987 ereignet sich in einem Flüchtlingslager im Nahen Osten ein fast alltäglicher Verkehrsunfall. Ein israelischer Lastwagen stößt im besetzten Gaza-Streifen nahe Jabaliyeh mit einem Fahrzeug zusammen. Die Insassen sind Palästinenser. Vier von ihnen sterben, fünf werden schwer verletzt. In dem Flüchtlingslager wird vermutet, daß es sich weniger um einen Unfall als um einen Racheakt der Israelis handelt, denn wenige Tage zuvor wurde in diesem Gebiet ein israelischer Bürger erstochen.

Tags darauf kommt es zu einer Demonstration in dem Flüchtlingslager, auf deren Teilnehmer israelische Truppen das Feuer eröffnen: zwei Demonstranten werden getötet, 18 weitere verletzt. Doch auch dieses massive Eingreifen der israelischen Militärs vermochte die Palästinenser nicht zur Räson zu bringen. Im Gegenteil, eine Welle des Aufruhrs und Protests erfaßte den gesamten Gaza-Streifen und griff schließlich auf das besetzte Gebiet der West-Bank über. Sogar in dem 1948 von den Israelis eroberten »Kernland« kam es zu Protesten. Tage- und wochenlang machte die gesamte arabische Bevölkerung ihrer Wut und Frustration über die jahrzehntelange Besetzung, Diskriminierung und Ausbeutung Luft: Schulkinder warfen Steine auf schießende Soldaten, Frauen blockierten Straßen, die Arbeiter und die Händler legten die Arbeit nieder.

Ein Generalstreik am 21. Dezember vereinte dann zum ersten Mal überhaupt die Palästinenser in den 1967 besetzten Gebieten (West Bank, Ost-Jerusalem, Gaza und Golan) mit den »israelischen« Arabern, sogar die Beduinen in der Negev-Wüste schlossen sich dem Streik an. Damit wurde nicht nur der fromme Weihnachtstourismus aus den USA und Westeuropa gestört, sondern das gesamte israelische Staatswesen.

Mit bewährter Brutalität versuchten israelische Politiker und Militärs den Aufruhr und seine Entwicklung in den Griff zu bekommen: Truppenverstärkungen um die arabischen Siedlungen, Maschinengewehrsalven in unbewaffnete Menschenmengen, Massenverhaftungen, Folter und Deportation. Anfang Januar wurden über 20 Menschen erschossen, Hunderte verwundet, Tausende verhaftet, darunter viele Jugendliche. Zur Abschreckung beschloß die Militärregierung in den besetzten Gebieten außerdem die Deportation von zunächst neun vermeintlichen Rädelsführern wegen ihrer angeblichen Kontakte zu PLO-Organisationen, in die umliegenden arabischen Länder. Die Betroffenen auszuweisen, sei schließlich humaner, als sie hinzurichten, erklärte dazu ein israelischer Sprecher.

Es war wohl eher die physische Erschöpfung der arabischen Bevölkerung und weniger die brutalen Militäreinsätze, die Anfang Januar 1988 dazu führten, daß die täglichen Auseinandersetzungen abflauten. Doch die gewaltsamen Auseinandersetzungen, die schon seit Jahren die Zahl und die Bedeutung »militärischer Operationen« der PLO über die Grenzen bei weitem übersteigen, halten an und nehmen zu.

Die politischen Folgen der Unruhen aber wiegen schwer. Nicht nur das Ansehen Israels hat in der Weltöffentlichkeit einen weiteren Fleck davongetragen – darum brauchte sich die »einzige Demokratie im Nahen Osten« dank ihrer westlichen Protektoren bisher nie groß zu scheren – auch seine auf wirtschaftliche und militärische Überlegenheit gegründete scheinbare Stabilität hat einen empfindlichen Stoß erlitten. Immer deutlicher stellt sich heraus, daß weder Blitzkriege, noch Atomraketen, die inzwischen halb Asien, Afrika und auch Westeuropa bedrohen, die Folgen der zionistischen Staatsgründung in Palästina beheben können.

So verschärft sich der ungelöste nationale Konflikt auch im Innern demographisch zunehmend: Zu den auf 700.000 angewachsenen Palästinensern im 1948 eroberten Teil kommen inzwischen etwa 1,3 Millionen im 1967 besetzten Gaza und »befreiten Judäa und Samaria«, der West-Bank. Etwa drei Millionen Juden stehen schon heute zwei Millionen Araber in den direkt von Israel kontrollierten Gebieten gegenüber; während die palästinensische Bevölkerung wächst, überwiegt die jüdische Emigration die Immigration. Die wirtschaftliche Lage des sowieso von den Milliarden Dollar an jährlicher Wirtschafts- und Militärhilfe abhängigen 51. Bundesstaates der USA verschlechtert sich weiter. Nach offiziellen israelischen Angaben stieg das Außenhandelsdefizit 1987 um 50 Prozent, die Inflation allein seit letzten August um 20 Prozent. Dies trifft vor allem den arabischen Bevölkerungsteil. Die massiven Enteignungen für israelische »Siedlungen« haben den palästinensischen Bauern ihr Land und Wasser genommen und sie so zum billigen Proletariat der israelischen Wirtschaft gemacht. 100.000 »Gastarbeiter« müssen allein aus den 1967 besetzten Gebieten täglich nach Israel pendeln, wo ihnen nicht einmal das Übernachten erlaubt ist. Dort arbeiten sie für Niedriglöhne, oft als Tagelöhner und ohne irgendeinen sozialen Schutz. Gewerkschaften sind ihnen verboten. Gleichzeitig werden lokale arabische Produkte in den besetzten Gebieten mit allen Mitteln verdrängt und die Bewohner zum Kauf der israelischen Waren gezwungen. Die Sozial- und Gesundheitsversorgung für die Palästinenser ist vergleichsweise schlecht; ihr Bildungswesen wird beschnitten und auch

besser Ausgebildete können keine Arbeit finden. Nationale Organisationen sind verboten, die Presse wird unterdrückt, und es gibt keine palästinensische Familie, in der nicht mindestens ein Mitglied, meist schon in der zweiten und dritten Generation, Bekanntschaft mit den Militärgefängnissen und der Folter gemacht hätte.

Israels jahrelang offen und verdeckt geführter Krieg und Terror gegen die PLO, deren Verhetzung in den westlichen Medien, die Invasion des Libanon und die militärische Schwächung des »äußeren Feinds« in einem Meer von Blut und Tränen haben nicht verhindern können, daß die PLO innenpolitisch wie außenpolitisch fortbesteht. Jüngste Umfragen in den besetzten Gebieten ergaben, daß trotz aller Schwierigkeiten der PLO über 95 Prozent der palästinensischen Bevölkerung diese für ihre einzige legitime Vertretung halten.

Israel ist nach wie vor schlagkräftigstes Werkzeug der imperialistischen Strategie der USA im Nahen Osten, sowohl als direkter Aggressor, wie auch als Waffe für Erpressung und Zersetzung. Bald sechs Jahre nach dem Überfall auf den Libanon zeigt sich aber immer deutlicher, daß Israel seinen strategischen Zenit in dieser Rolle überschritten hat. Seine Politik hat bis heute dazu beigetragen, den Libanon zu destabilisieren und sämtliche arabischen Nachbarn zu schwächen. Aber den Libanon, halb so groß wie Hessen, unter Kontrolle zu bekommen, ist den Besatzern nicht gelungen. Ebenso waren sie zwar fähig, den irakisch-iranischen Krieg direkt und indirekt durch Waffenlieferungen anzuheizen, sind aber nicht in der Lage, heute irgendetwas Positives zur überfälligen Lösung dieses Krieges und zur dringend erforderlichen Stabilisierung der Golfregion und des gesamten Nahen Ostens beizutragen.

Sieben Jahre nach dem von den USA gestifteten und mit einem Nobelpreis belohnten »ewigen Friedens« von Camp David zwischen dem ClA-Agenten Sadat und dem Terroristen Begin – hierzulande mit Oratorien der Fischer-Chöre bejauchzt oder als Wunder zwischenmenschlicher Friedenspsychologie bestaunt (Hans-Werner Richter) – zeigt sich, daß der in Wahrheit mehr auf Flugzeugträger und Marines gestützte Versuch einer pax americana, Israel und die gesamte Region weiter zum Abgrund geführt hat. Und die Freunde Israels sollten anfangen, sich weniger Sorgen um die Anerkennung »seines Existenzrechts« durch Dritte zu machen, als um die Gefährdung seiner – und nicht nur seiner – Existenz durch seine eigene Politik.

In der Bundesrepublik verursachten die jüngsten Ereignisse in und um Israel betretene Gesichter, nicht nur bei rechten Freunden, die die Palästinenser und die PLO bereits endgültig abgeschrieben hatten; wie etwa Innenminister Zimmermann mit seinen Einreiseverboten für palästinensische Delegationen und seiner Flüchtlingspolitik, die gerade den Palästinensern allenfalls ein Vegetieren hierzulande ermöglicht. Auch einige grüne Staatsmänner und Staatsfrauen, die sich, dem ungeschriebenen Gesetz für BRD-Politiker endlich unterwerfend, noch jüngst durch einen Israelbesuch mit offiziellem Empfang in Militärsiedlungen die Ministerfähigkeit erwerben wollten, werden nicht erfreut sein. Das Auswärtige Amt. im Verbund mit den anderen EG-Staaten, hat das brutale Vorgehen Israels bei den jüngsten Unruhen verbal verurteilt. Beunruhigender für die israelischen Führung wird sein, daß, zum ersten Mal seit über sechs Jahren, am 5. Januar 1988, sich auch die US-Regierung gezwungen sah, der gemeinsamen Resolution des UN-Sicherheitsrats ausdrücklich zuzustimmen, die das Verhalten Israels verurteilt und es auffordert, die völkerrechtswidrigen Ausweisungen zu unterlassen.

Die Regierungen der USA und der Sowjetunion stehen, nach der gemeinsamen UN-Sicherheitsresolution für einen Waffenstillstand im irakisch-iranischen Krieg, inzwischen offenbar in Verhandlungen über ein Waffenembargo gegen den Iran, unter der Voraussetzung, daß die USA Teile ihrer Kriegsflotte aus dem persisch-arabischen Golf abziehen. Zugleich wachsen die Anzeichen für die Möglichkeit einer wechselseitig garantierten Neutralisierung und äußeren Befriedung Afghanistans. Dann ist auch denkbar, daß die USA früher oder später gezwungenermaßen zur Vernunft jener letzten gemeinsam sowjetisch-US-amerikanischen Erklärung zum arabisch-israelischen Konflikt vom 1. Oktober 1977 zurückkehren. Diese Erklärung umriß realistisch die Voraussetzungen für den Frieden im Nahen Osten: Eine umfassende Regelung des Konflikts im Rahmen einer internationalen UN-Friedenskonferenz, der Abzug der israelischen Truppen aus den 1967 besetzten Gebieten und vor allem auch: die Erfüllung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes. Die Sowjetunion hat stets an dieser Erklärung festgehalten (übrigens Breschnew, Andropov und Tschernenkow ebenso wie heute Gorbatschow) und die Befriedung und Neutralisierung der Golfregion verbunden mit dieser Forderung nach einer international garantierten Friedensregelung des gesamten Nahostkonflikts; und sie hat im Zusammenhang damit schon 1982 den Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan angeboten.

In diesem Zusammenhang sind auch die jüngsten palästinensischen Demonstrationen gegen die Besatzung zu verstehen. Israel scheint jedoch noch weit entfernt vom Frieden. Versicherte doch Militärminister Rabin noch am 22. Dezember, gerade zurück aus Washington: »Wir werden auch nicht einen Millimeter nachgeben.«

Konkret 02/88, S. 26

Winfried Wolf

Kleine Anfrage

Jedes Jahr gibt die Bundesregierung Millionen für wirtschaftswissenschaftliche Prognosen aus, auf die man sich nur in einem Punkt verlassen kann: daß sie sich als grotesk erweisen werden. Wir haben dazu eine Anfrage on die Bundesregierung formuliert, deren sich die Fraktionen der SPD und der Grünen gern bedienen dürfen

Wir fragen die Bundesregierung: Welchen Kosten/Nutzen-Effekt haben die von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen wirtschaftswissenschaftlichen Gutachten (Frühjahrs- und Herbstgutachten der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Institute, Jahreswirtschaftsbericht, Sondergutachten) im allgemeinen und das Sachverständigengutachten im besonderen im letzten Jahrzehnt gehabt? Sollte dieser Effekt gegen Null tendieren oder negativ sein – letzteres entspricht unserer Auffassung – , fragen wir, weshalb die Bundesregierung nicht umgehend die besagten Aufträge ersatzlos streicht und somit ihrer Maxime der Reduktion konsumtiver Staatsausgaben folgt. Die symbolische Wirkung einer solchen Maßnahme ist nicht zu unterschätzen. In diesem Fall fände sich ohne Zweifel eine parteienübergreifende Mehrheit für sozial flankierende Maßnahmen zur Beseitigung der dadurch entstehenden Beschäftigungsprobleme, beispielsweise in Form einer Auffanggesellschaft für fünf (und mehr) Weise.

Begründung:

Erstens: Laut »Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) ist bei der Bildung des Sachverständigenrats (SVR) und bei der Erstellung der entsprechenden Gutachten (SVG) das zentrale Ziel »die Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen«.

Dieses Ziel wurde nicht erreicht. SVG und alle anderen genannten, von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen wirtschaftswissenschaftlichen Gutachten haben stets das Gegenteil dieser Zielsetzung bewirkt: durch fortgesetzte Abgabe falscher Prognosen haben diese Gutachten die entsprechende »Urteilsbildung« *erschwert* und zu wirtschaftspolitisch falschen Schlüssen beigetragen. So haben die genannten Gutachten nicht eine einzige der bisher aufgetretenen drei Wirtschaftsrezessionen (1966/67.

1974/75 und 1980-82) vorhergesehen. Im Ende 1972 vorgelegten Gutachten hieß es schlicht: »Unsere Vorausschau...weist aus, daß wir für keines der Hauptziele der Wirtschaftspolitik, außer der Stabilität des Preisniveaus, das Jahr 1973 als Problemjahr ansehen.« Tatsächlich setzte 1973 die Krise ein, die 1974 ihren Höhepunkt mit erstmals über einer Million offiziell registrierten Arbeitslosen hatte.

Im Ende 1976 vorgelegten Gutachten war der SVR guten Mutes, daß »soviele Arbeitsplätze geschaffen werden, daß bis 1980 die Arbeitsplatzlücke geschlossen wird«. Er war hiervon so überzeugt, daß er den Satz hinzufügte: »Das Risiko, daß dabei zu viele Arbeitsplätze entstehen, ist gering.« Letzterem ist zuzustimmen. Gleichzeitig muß jedoch angemerkt werden, daß 1980 eine neue Rezession einsetzte und die Arbeitslosenzahl bis 1982 erstmals die Zweimillionenmarke überschritt.

Im Ende 1986 vorgelegten Gutachten wurde von einem realen Wirtschaftswachstum (BSP) von 2 Prozent und von einem Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen von 5,5 Prozent ausgegangen (im Jahreswirtschaftsbericht 1987 sprach die Bundesregierung von 2,5 Prozent BSP-Wachstum). Tatsächlich lag das Wachstum des Bruttosozialprodukts 1987 bei 1,5 Prozent und dasjenige der – für die wirtschaftlichen Perspektiven wichtigeren – Anlageinvestitionen bei I ,5 Prozent, bei weniger als einem Drittel der vorausgesagten Wachstumsrate.

Das jüngste, vor wenigen Wochen präsentierte SVG, unterstellt eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses und schließt eine erneute Rezession aus. Tatsächlich aber weisen schon jetzt die Mehrzahl der zur Verfügung stehenden internationalen (Börsenkrach) und nationalen (Dollarverfall/Exporteinbrüche) Indikatoren auf eine neuerliche Rezession.

Zweitens: Eine wirksame Gutachtertätigkeit setzt eine Einsicht in die Gesetzmäßigkeit der zur Begutachtung vorliegenden Produktionsweise voraus. Eine solche Einsicht liegt aus unserer Sicht nicht vor. Der SVR unterstreicht dies beispielsweise durch seine konstante Weigerung, den *zyklischen* Verlauf von Aufschwung-Abschwung-Krise bei gleichzeitig fortgesetzt abnehmenden durchschnittlichen Wachstumsraten anzuerkennen, eine Einsicht, die sich allein auf Grundlage der internationalen und bundesdeutschen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre aufdrängt. Ausdrücklich wird im Gutachten 1980 beteuert, es handle sich »nicht um einen zyklischen Abschwung«; selbiges wird im Gutachten 1981 wiederholt, und schließlich hilflos formuliert, man habe es mit einer »hartnäckigen Stockungsphase« zu tun. Es ist diese fehlende Einsicht, die in den zwei jüngsten Gutachten dazu führt, daß von einer Fortsetzung des Wachstumspfads fabuliert wird.

Besonders fatal wirkt sich in dieser Hinsicht der nur als religiös zu bezeichnende Glaube des SVR an den Mechanismus aus, hohe Unternehmerprofite bewirkten eine entsprechende Steigerung der Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Trotz fünfjähriger massiver Steigerung der ausgewiesenen »Einkommen aus Unternehmertätigkeit und

Vermögen«, trotz gewaltiger aufgehäufter liquider Mittel bei den Großkonzernen (allein Daimler und Siemens verfügen über mehr solcher liquider Mittel als der DGB für ein Konjunkturprogramm fordert), tendieren die Investitionen in Richtung Stagnation und kam es im Zeitraum 1982-87, also in den Aufschwungsjahren, zu einem weiteren *Anstieg* der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl. Der Industrielle Jörg. A. Henle, Chef des Klöckner-Familienclans, erteilte dem SVG und der Bundesregierung eine entsprechende Lektion, als er Ende 1987 erklärte: »Generell gilt, es ist gar nicht so leicht, geeignete langfristig rentable Investitionsobjekte zu finden. Es ist manchmal einfacher, dafür das Geld aufzubringen.«

Wo selbst denjenigen, die dazu das wissenschaftliche Rüstzeug haben sollten, grundlegende Einsichten in das Funktionieren der bestehenden Produktionsweise fehlen, kann es nicht verwundern, daß hierfür weniger ausgebildete Generalisten die aktuelle wirtschaftliche Lage mit den Worten »Die Lage ist über uns gekommen« (Helmut Kohl) charakterisieren .

Drittens: Das Sachverständigengutachten kostet jährlich über zwei Millionen Mark. Seine Kosten haben sich seit 1964 um rund 550 Prozent erhöht (zum Vergleich: Das Bruttosozialprodukt stieg im gleichen Zeitraum um rund 320 Prozent). Rechnet man die Kosten für die genannten anderen Gutachten und Sondergutachten hinzu, dann kommt man insgesamt auf über 10 Millionen Mark – jährlich. Die bisher in knapp 25 Jahren SVR aufgewandten Gelder allein für die Sachverständigengutachten addieren sich immerhin bereits auf knapp 30 Millionen Mark – eine Verzinsung nicht eingerechnet.

Auch rein immanent also, auf Grundlage der wiederholt zitierten marktwirtschaftlichen Prinzipien der Bundesregierung, ist für eine Einstellung jeglicher Ausgaben für die beschriebenen Gutachtertätigkeiten zu plädieren. Zum einen handelt es sich beim SVG und ähnlichen Arbeiten um staatlich voll subventionierte Mono- oder Oligopole. Wären die entsprechenden Weisen, Wissenschaftler und Institute einem freien Wettbewerb ausgesetzt, so sänke der Marktwert ihrer Analysen gegen Null bzw. würde negativ beurteilt; die Eröffnung eines Konkursverfahrens bzw. Offenbarungseide wären unausweichlich. Zum anderen ist es erklärtes Ziel der Bundesregierung, konsumtive Staatsausgaben zu reduzieren, zumal solche, die keinen erkennbaren Gesamtnutzen ausweisen. Mit der entsprechenden Einsparung ließen sich eine größere Zahl Ausbildungs- und Umschulungsplätze – etwa für die bisher bestallten Weisen und Institutsmitarbeiter – finanzieren. Oder, wie es in einer entsprechenden Untersuchung der Professoren Harald Mattfeld und Rudolf Hickel aus dem Jahr 1983 heißt: »In diesem Sinne würde die Wegrationalisierung des SVR die Gesamtwohlfahrt in der Bundesrepublik erhöhen.«

Konkret 02/88, S. 28

nachrichten

Puma in Kurdistan

In internationaler Koproduktion mit einem Auftragsvolumen von zwei Milliarden Mark plant die türkische Armee den Bau von Panzern. Die bundesdeutsche Rüstungsfirma Krauss Maffei bietet dafür den neu entwickelten leichten Radpanzer "Puma" an, der speziell für den Einsatz gegen Guerillabewegungen in Kurdistan und im Inland der Türkei entwickelt wurde und derzeit in Guatemala und der Türkei getestet wird. Zum selbigen Thema schrieb Bundeskanzler Kohl vergangenes Jahr auch einen Brief an den türkischen Ministerpräsidenten Özal, worin es unter anderem heißt: »Die Bundesrepublik hat als einziges europäisches Land seit zwanzig Jahren Anstrengungen unternommen, um die Kampfkraft der türkischen Streitkräfte zu erhöhen. Die Hilfe, die Deutschland ohne jede Bedingung zur Verfügung gestellt hat, beträgt mehr als 3,3 Milliarden Mark, und ich bin sicher, daß das deutsche Parlament in Zukunft noch mehr Hilfe zusagen wird.«

Delegiertinnen

Ernst Gutting, Weihbischof, ist davon überzeugt, daß es nur durch eine Abwertung typisch männlicher Eigenschaften zu gleichberechtigten Partnerschaften zwischen Männern und Frauen kommen kann. Zur Ursache fehlender Gleichberechtigung meinte der Bischof: »Jesus kam, um Männern das Dienen beizubringen. Die haben das dann an die Frauen delegiert. « Ernst Gutting ist zur Zeit Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Frauenfragen.

Abenteuer im Supermarkt

Ja, ja, das ist die Gewalt von der wir lesen, sie aber nicht spüren wollen: Ohne Geld hat ein 42 Jahre alter Mann regelmäßig in einem Supermarkt in der Nähe Frankfurts eingekauft. Der ungewöhnlich kräftig gebaute Mann pflegte sich in drohender Haltung an der Kasse vorbeizudrängen und auf Zahlungsaufforderung auch mit erheblich körperlichem Einsatz zu reagieren. So nahm er einmal den Geschäftsführer in den Schwitzkasten, als dieser ihn zum Zahlen bewegen wollte. Einem Lehrling verpaßte er eine mächtige Ohrfeige und die Mahnung »Wenn ihr die Polizei holt, haue ich euch alle um.« Wie Zeugen bei der Gerichtsverhandlung im Januar glaubhaft versicherten, hatte man sich schließlich damit abgefunden, daß man von diesem Kunden kein Geld sehen werde. Es sei schließlich so weit gekommen, daß er direkt in das Büro des Geschäftsführers gegangen sei, um dort Order zu geben, mit welcher Ware sein Einkaufskorb zu füllen sei. Der Mann wurde wegen räuberischer Erpressung zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Jynx torquilla (Linné)

»Der Wendehals ist der Vogel des Jahres 1988! In ihrer alljährlichen Gemeinschaftsaktion haben der Deutsche Bund für Vogelschutz (DBV) und der Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV) dem weitgehend unbekannten und unscheinbaren Vogel dieses Prädikat der akuten Gefährdung verliehen.

Irgendwie ist der Wendehals ein komischer Vogel: (...) Wird er in die Enge getrieben, steckt er seinen Hals aus und dreht ihn langsam wie eine Schlange hin und her. Um mehr als 180 Grad kann der Wendehals dabei seinen Kopf verdrehen. Vor 20 bis 30 Jahren war der Wendehals bei uns noch weit verbreitet. Seit dieser Zeit sind die Bestände dramatisch zurückgegangen. (...)

DBV und LBV werden in diesem Jahr schwerpunktmäßig Sicherungskonzepte für die Lebensräume von Wendehals & Co. insbesondere für die extensiv genutzten Streuobstwiesen ausarbeiten und in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung umsetzen. (...) Die Rettung des Wendehalses ist aber auch eine europäische Aufgabe: Der Wendehals kann beinahe als »Europavogel« angesehen werden: Bis auf Irland kommt er zumindest vereinzelt in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft vor. (...)«

aus: »Presse Info, Deutscher Bund für Vogelschutz e. V.«

Für alles gesorgt

Wahrend bundesdeutsche Arbeiter in den Stahlwerken abends gegenwärtig nicht wissen, ob sie am nächsten Morgen noch einen Arbeitsplatz haben, ist ihren Berufskollegen in der DDR eine solche Sorge zwar nicht unbekannt – denn auch sie sehen Westglotze – , aber wenig nahe, wie eine Anzeige aus der »Jungen Welt« zeigt:

Kontrolle

Wie Recht die Rote Zora mit ihrer Ablehnung gegenüber der Gentechnologie hat, zeigt ein Bericht aus der britischen Zeitung »Sunday Express«. Demnach erwägt die britische Regierung mit genetischen Tests die Kontrolle illegaler Einwanderungen nach Großbritannien zu verschärfen. Mit dieser erst in jüngster Zeit bei der Verbrechensaufklärung eingesetzten Methode soll die Blutsverwandtschaft eines Einwanderungswilligen mit einem bereits in Großbritannien lebenden Ausländer oder Ausländerin erstmals zweifelsfrei nachgewiesen werden. Nach geltendem Recht dürfen AusländerInnen aus den Commonwealth-Staaten nur nach Großbritannien übersiedeln, wenn direkte Familienangehörige bereits dort leben. Bei einem Versuchsprojekt sollen jetzt erstmals 40 Familien aus Bangladesch und Pakistan auf ihre genetischen Fingerabdrücke untersucht werden, um einen genetisch einwandfreien Nachzugsanspruch zu gewährleisten.

Linguistik

Michail Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU, wurde von Reagans Pressesprecher Fitzwaters in den Mund geschaut: »Hinter den Stahlzähnen Gorbatschows war ein Zungenschlag so kräftig wie ein Hammer und so scharf wie eine Sichel – und sie sprach scharfe Worte«.

Überquotierung

Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in der Bundesrepublik ist von 1979 bis Anfang 1987 um 500.000 auf zwei Millionen gestiegen – bei einem Frauenanteil von 90 Prozent. Damit liegt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich noch vor Großbritannien, mit einem Frauenanteil von 88,5 Prozent. Das teilt das Institut der deutschen Wirtschaft mit.

General Koch

New Yorks Fahrradboten, bekannt für schnellen und rabiaten Fahrstil, sollen mit einem Fahrverbot aus der Innenstadt verdrängt werden. Die »Unabhängige Botenvereinigung der etwa 4000 RadlerInnen hat sich jetzt auf der Suche nach Unterstützung mit einem Brief auch an die Oppositionsbewegungen im Ostblock gewendet. Unter anderem schickten die Boten ihren Appell an die in Polen verbotene Gewerkschaft Solidarnosc, an die tschechoslowakische Charta 77, sowie an mehrere Organisationen in der DDR und der UdSSR.

Man wolle sich an jene Menschen wenden, heißt es in dem Brief, »die ähnliche Ziele wie wir haben: Freiheit, das Recht auf Arbeit, eine ökologische Umwelt und das Recht keiner polizeilichen Unterdrückung oder Gewalt unterworfen zu sein«. Der Bürgermeister von New York, Eduard Koch, der auch dieses Fahrverbot durchsetzen möchte, sei, so die Boten, »in seiner diktatorischen, elitären Art unser General Jaruselski«.

Die Kuriere werden nach der Anzahl der Lieferungen bezahlt, die sie ausführen. So auf Schnelligkeit bedacht, pflegen sie weder Einbahnstraßen nur in einer Richtung zu befahren, noch Ampeln zu beachten.

Im vergangenen Jahr hätte es in New York zwei Tote bei insgesamt 467 Zusammenstößen zwischen RadfahrerInnen und FußgängerInnen gegeben, argumentiert die Stadtverwaltung für ein Fahrverbot. Die Botenvereinigung gibt dabei allerdings zu bedenken, daß im gleichen Zeitraum bei Zusammenstößen zwischen Autos und FußgängerInnen 263 Menschen getötet wurden.

Atomzeit

Die von der SPD 1986 verkündete Zehnjahresfrist für den Ausstieg aus der Atomenergie soll keineswegs 1996 ablaufen, sondern erst irgendwann im nächsten Jahrtausend, meint der Nordrheinwestfälische Minister Heinemann (SPD). Schließlich könne die Frist ja erst ablaufen, wenn die SPD in Bonn mal wieder an der Regierung sei.

Konkret 02/88, S. 30

Pit Wuhrer

Die Dritte Welt in der Ersten

Seit Jahrzehnten wartet Irland jetzt schon auf das Eintreffen des Fortschritts. Gekommen sind die ausländischen Investoren, gewachsen ist die Verschuldung geblieben ist das Elend, dem sich die jungen Iren durch Emigration zu entziehen suchen Zu wenig Bäume, um sich zu erhängen, zu wenig Wasser, um sich zu ersaufen, zu wenig Erde, um einen Man zu begraben Schlimmer als daheim kann es anderswo auch nicht sein

Die Anzeigetafeln der großen Schalterhalle von Shannon International Airport hat schon bessere Zeiten registriert. Wo früher die Buchstaben in den schwarzen Feldern nur so wirbelten, paßt der Flugplan heute bequem auf wenige Zeilen: »Dublin – New York, Moskau – Havanna, Washington – Dublin, Havanna – Moskau.« Viel mehr fliegt nicht.

Nur wenige Meter neben den Betonpisten des Flughafens liegt die »Shannon Free Zone«, Irlands älteste und größte »Freie Unternehmenszone«.1959 hat die Regierung 250 000 Quadratmeter Wiese planieren lassen, vorgefertigte quaderförmige Fabrikhallen nebeneinander gestellt und aller Welt erklärt, daß hier investiert werden könne – zu sagenhaften Bedingungen: Waren, die in die Freizone eingeführt werden, bleiben unverzollt; die Regierung bezuschußt jede Investition bis zu 50 Prozent, bildet die Arbeitskräfte nach den Erfordernissen der Kapitalanleger aus (umsonst natürlich), zahlt bis zur Hälfte die Entwicklungskosten und verlangt keine Gewinnsteuern. Und so kamen sie. Zuerst SPS International (USA), Boart Hardmetals (Luxemburg), De Beers Industrial Diamond (Südafrika), und Lana Knit (USA); später Firmen mit Hauptsitz in Japan, Holland, der BRD, Liechtenstein, Kanada. Insgesamt 94 Firmen nutzten 1986 die Zone, um dort Werkzeugmaschinen zusammenzuschrauben, Schaltanlagen zu erstellen und Industriediamanten zu schleifen. Entgegen den Hoffnungen der irischen Wirtschaftspolitiker, die im nahen Limerick die Technische Universität zur wichtigsten High-Tech-Anstalt Irlands ausbauten, wird in der Zone jedoch kaum geforscht. Vor allem US-amerikanische Multis, die über Shannon den Zugang zur EG finden, haben nur ihre Endmontage in das Investitions- und Steuerparadies verlegt. Und längst nicht alle Firmen bleiben.

»Die Verlustquote liegt bei durchschnittlich 30 Prozent«, erzählt Jack Culbert, der grauhaarige Funktionär der Transportarbeitergewerkschaft in seinem kleinen Büro neben dem Eingang zur Freizone. Erst vor kurzem habe eine Autobus-Fabrik ihre 180 Beschäftigten heimgeschickt, weil sich die GAC-Busse nicht auf dem Markt durchsetzen konnten. »Außerdem gibt es eine Reihe von Cowboyfirmen«, sagt Culbert. »Die kommen und gehen.« Und hinterlassen manchmal ihren Dreck. Wie das westdeutsche Unternehmen Mosner, das Ende der 70er Jahre statt der versprochenen 45 Arbeitsplätze nur drei schuf, Zinkschrott einflog, dieses in Shannon schmelzen ließ und dann zurücktransportierte. »Das war eine dreckige Fabrik«, sagt Culbert, der seit fast 20 Jahren die Beschäftigten in der Zone vertritt. Das Unternehmen habe kaum investiert, dafür aber jede Menge Rauch und Qualm erzeugt. »Die kamen hierher, weil es keine strengen Umweltschutzauflagen gibt.«

Ein Drittel aller Zweigwerke, die wieder stillgelegt werden, schließen bereits im ersten Geschäftsjahr. Und die Lage verschlechtert sich. 1970 gab es in »Shannon Free Zone« 4753 Arbeitsplätze, Ende 1985 waren es noch 4375 – und die Tendenz hält an. Dabei sind die Jobs heute nicht mit den früheren zu vergleichen. Facharbeiter, die 180 irische Pfund wöchentlich nach Hause tragen, werden seltener, Teilzeitarbeitskräfte und unterbezahlte Frauenjobs nehmen zu. Trotzdem hält Culbert Shannon für ein sinnvolles Projekt. »Ohne die staatlichen Zuschüsse wäre der Westen immer noch eine Einöde.« Zu wenig Bäume, um einen Mann zu erhängen, zu wenig Wasser, um einen zu ersäufen, zu wenig Erde, um einen zu begraben, wie General Ludlow von Cromwells Invasionsarmee Mitte des 17. Jahrhunderts schrieb. So aber ist Shannon für Culbert ein »Modell für die Dritte Welt«. Ein Modell? Ja, sagt er; nächsten Monat fliegt er nach Manila, um dort auf einer Wirtschaftskonferenz der UNO über seine Erfahrungen zu referieren. »Schließlich benötigen wir dringend den Technologie-Import, wie die unterentwickelten Länder.« Die jungen Arbeitskräfte erlernten so Fähigkeiten, die für ihre Zukunft entscheidend seien; sie bekämen Einblicke in Marktmechanismen und könnten so mithelfen, die Industrialisierung des Agrar- und Dienstleistungsstaates Irland voranzutreiben.

Daran glaubt die Regierung der irischen Republik immer noch. Sie meint, mit Hilfe ausländischer Kapitalisten den Sprung über die erste und zweite industrielle Revolution hinweg mitten in die elektronische Umwälzung der Wirtschaftsstrukturen zu schaffen. Das Land ist verschuldet. Mit 24 Milliarden irische Pfund (rund 150 Prozent des Bruttosozialprodukts) steht der Staat in der Kreide; damit liegt die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes über der von Brasilien und Mexiko, den (nach den USA) Hauptschuldnerländern der Welt. Die Auslandsverschuldung macht davon rund die Hälfte aus, ausländische Banken (britische, US-amerikanische und westdeutsche) kassieren dafür fast eine Milliarde Pfund pro Jahr.

Die immergrüne Insel, von der die Werbeagenturen der irischen Touristenbehörde schwärmen, die rothaarigen Frauen, die sangesfreudigen und Whiskey-trinkenden Männer gibt es tatsächlich. Aber nur am Rande. Trostlose Bilder, die mit den Werbefotos von irischen Moorlandschaften wenig zu tun haben, dominieren vorerst. Welche Fremdenverkehrsagentur prahlt schon mit 20 Prozent Arbeitslosen?

Irland ist ein Opfer der 800-jährigen britischenJHerrschaft über die Insel. 1172 von den Engländern unter Heinrich II. erobert, blieb die Insel eine englische Kolonie, die sich auch nach dem Unabhängigkeitskrieg 1920/21 nicht restlos vom imperialen Joch befreien konnte. Als 1932 das langsam erstarkende irische Bürgertum englische Feudalrelikte aus der Zeit der Kolonialherrschaft per Parlamentsbeschluß abschaffen wollte, konterte Großbritannien mit Einfuhrzöllen für irische Waren. Dublin reagierte mit einer Besteuerung der englischen Importe – konnte den Wirtschaftskrieg allerdings nicht gewinnen; schließlich gingen damals 92 Prozent der irischen Ausfuhr nach Großbritannien, während die Nachbarinsel gerade sieben Prozent ihres Exports über die irische See schickte. Solchermaßen eingeschnürt blieb die irische Ökonomie das, was sie von jeher war: eine von außen abhängige Wirtschaft. Englische Banken dominierten das irische Finanzsystem und erlaubten dem irischen Bankwesen eine Mit-Beteiligung an der Ausbeutung des Landes; das Pfund Sterling blieb jahrzehntelang die Hauptwährung des Landes.

In den 50er und 60er Jahren vollzog das irische Bürgertum einen ökonomischen Kurswechsel. »Shannon Free Enterprise Zone« war dessen sichtbarster Ausdruck. Wenn schon abhängig, warum nicht davon profitieren? Warum keine Industrialisierung des Landes, die von außen ausgelöst werden kann? Nur mit Unterstützung multinationaler Konzerne, so schlossen die irischen Nationalökonomen messerscharf, könne das vor Portugals EG-Beitritt ärmste Land der europäischen Gemeinschaft eine Industrialisierung erfahren. Mit Steuererleichterungen, Gründungszuschüssen und Kapitalvergünstigungen kamen dann auch ausländische Multis ins Land. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: 47 Prozent der 1000 größten Unternehmen auf irischem Boden sind Zweigwerke ausländischer Firmen; 325 Betriebe gehören US-amerikanischen Muttergesellschaften, 177 gehorchen den Direktiven aus englischen Konzernzentralen und 122 Betriebe empfangen ihre Befehle aus der BRD.

Diese Niederlassungen der Multis werden vom irischen Staat hervorragend bedient – zwischen 1979 und 1983 erhielten sie 64 Prozent aller Kapitalzuschüsse, die der irische Staat für die Privatwirtschaft ausschüttete. Zuschüsse, die zum Teil direkt auf den Bankkonten der ausländischen Firmen landeten – zwischen 1980 und 1985 exportierten die irischen Zweigwerke rund 13 Milliarden Mark auf die Konten ihrer jeweiligen Muttergesellschaft. Den Rest behielten sie, um in ihren irischen Werken zu rationalisieren.

Die Armut hat horrende Ausmaße erreicht. 35 Prozent der rund 3,5 Millionen Einwohner Irlands sind von der Sozialhilfe abhängig; einzelne Arbeitslose erhalten 37 Pfund (etwa 90 Mark) pro Woche, 5-köpfige Familien 85 Pfund (rund 200 Mark). Die Zahl der Obdachlosen wächst beständig. Kinder, die für ihre Eltern betteln gehen, sind keine Seltenheit. In den letzten Jahren haben die Konservativen das ohnehin dürftige Sozialfürsorgesystem weiter abgebaut, um die Staatsfinanzen zu konsolidieren.

Die Arbeiterbewegung Irlands hat dem wenig entgegenzusetzen. Die Gewerkschaften sind zwar gut organisiert und mit einem Organisationsgrad von fast 60 Prozent stärker als im westeuropäischen Durchschnitt, doch die von ihnen – analog dem britischen Modell – gebildete Labour Partei kam nur selten über zehn Prozent der Wählerstimmen. Die politischen Verhältnisse Irlands gleichen denen in anderen britischen Ex-Kolonien, wo die englischen Imperialisten Stammes-, Nationalitäten- und Religionsunterschiede förderten, um Befreiungsbewegungen zu spalten. In der irischen Republik konnte sich die sozialdemokratische Labour Partei bis heute nicht davon erholen, daß sie in der Nationalitätenfrage (unabhängige gesamtirische Republik hier, irischer Freistaat und die sechs britischen Grafschaften im Norden dort) keine Stellung bezog. Die ideologische Schwäche der Arbeiterbewegung führte dazu, daß in der irischen Geschichte seit 1922 nicht einmal der Reformismus eine Rolle spielen durfte. Die zwei großen konservativen Parteien des Landes bestimmten die Politik, und dies gründlich. Über Lohn- und Konsumsteuern (der Mehrwertsteuersatz liegt bei 23 Prozent) finanzieren die abhängig Beschäftigten 86 Prozent der irischen Staatsausgaben. Durchschnittlich Verdienende führen bis zu 60 Prozent ihres Einkommens direkt oder indirekt an die Staatskasse ab. Grund- und Kapitalbesitz sind hingegen praktisch steuerfrei. Kapitalsteuern machen nicht mal ein Prozent des staatlichen Steueraufkommens aus. Daß die Verschuldung des Staates in den letzten Jahren (von 18 Milliarden irischen Pfund 1985 auf 24 Milliarden 1987) anwuchs, ist nicht weiter verwunderlich: Es gibt mehr Arbeitslose (250 000) als in der verarbeitenden Industrie Beschäftigte (190 000); der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen (16 Prozent der Erwerbsbevölkerung) liegt für nordeuropäische Verhältnisse ungewöhnlich hoch – und 57 Prozent aller Erwerbstätigen sind im Dienstleistungsbereich angestellt. Die dürftige industrielle Basis reicht nicht aus, um die vom Staat angestellten Bediensteten zu finanzieren. Und die Kleinbauern vegetieren mit einem Jahreseinkommen von vielleicht 14 000 Mark vor sich hin.

Viele Iren wählen angesichts dieser Verhältnisse, die keine Verbesserung versprechen, die Flucht. Nicht nur zweit- und drittgeborene Bauernsöhne, wie in den 50er Jahren, suchen das Weite, sondern auch Universitätsabsolventen. Die Emigration entvölkert ganze Landstriche, in denen nur noch Alte, Kranke, Dorfpfarrer, Kleinbauern und Kneipiers zurückblieben. 1985 emigrierten schätzungsweise 35 000 junge Iren, 1986 waren es bereits 50 000, die dem Land entflohen.

Die ökonomische Krise ist ein Ausdruck der neo-kolonialen Abhängigkeit Irlands. Um sie politisch zu überleben, haben die irischen Großgrundbesitzer, Bankiers, Großunternehmer und Bürokraten ein Unterdrückungsarsenal entwickelt, das

manchen Militärregimes in nichts nachsteht. Irland ist Westeuropas repressivster Staat. In den Pubs singen sie alte Revolutionslieder; Songs, die vom bewaffneten Widerstand, von Revolte und Guerilla-Krieg erzählen. Lieder aus der alten Zeit des Befreiungskampfes gegen die britische Besatzungsmacht. Doch wer heute Widerstand leistet, wird nicht gefeiert, sondern verfolgt. Wie Christie Burke, arbeitslos und einziger Gemeinderat der Sinn Féin-Partei im Dubliner Stadtparlament. Seit er sich für Arbeitslose, Drogenabhängige, Sozialhilfeempfänger und verwahrloste Kinder einsetzt und seine Hilfe mit seinem politischen Engagement für eine sozialistische gesamtirische Republik verknüpft, wandert er zwischen dem Dubliner Mountjoy-Prison und seinem Beratungsbüro hin und her. Der »Offences against the State Act«, Paragraph 30, erlaubt den Polizisten vor seiner Türe, den IRA-Sympathisanten bis zu 48 Stunden ohne Haftbefehl festzusetzen. Wer für den bewaffneten Unabhängigkeitskampf im Norden eintritt, gilt im Süden als Staatsfeind. Paragraph 31 des Rundfunkgesetzes verbietet die Weitergabe jeder Stellungnahme von Personen und Organisationen, die eine Veränderung der irischen Verhältnisse befürworten. Das nationale Bürgertum hat sich inzwischen an die ökonomische Unterordnung gewöhnt, weil es ganz gut davon lebt, und fürchtet, daß nordirische Verhältnisse auf den Süden »überschwappen« könnten. Soziale Konflikte regelt das System mit dem Knüppel. Seit Beginn der »Unruhen« im Norden hat sich die Zahl der Inhaftierten im Süden verdreifacht, in den letzten zehn Jahren ist die Dauer der Gefängnisstrafen um das Doppelte gestiegen.

In dieser prekären Situation hilft die katholische Kirche, deren Oberhirte Wojtyla die Insel als Hort religiöser Reaktion preist. Mit Hilfe der einflußreichsten katholischen Priester und Bischöfe schaffte es der Vatikan, zwei Volksabstimmungen für sich zu entscheiden: Abtreibungen und Ehescheidungen bleiben in Irland weiterhin verboten; das Abtreibungsverbot wurde gar in die Verfassung aufgenommen. Die strikte soziale Kontrolle durch den Klerus und die politische Unterdrückung sichern die Herrschaft der Konservativen. Nachdem die alte Industrie des Landes (Textil-, Leder- und Schuhmanufaktur) kaum noch existiert, eine riesige Bürokratie die Republik verwaltet und politische Gegensätze über Strafbefehle geregelt werden, dienen Glaubenssätze – nicht nur klerikale – zur Erklärung der Realität. Premierminister Charles Haughley glaubt wie sein Vorgänger an ein Wachstum der Industrie, das von außen initiiert werden könne; Jack Culbert, der Gewerkschaftsfunktionär, glaubt an die Zukunft ideenreicher Kleinbetriebe. Und daran, daß Shannon der unterentwickelten Welt ein Modell sein könnte.

Konkret 02/88, S. 34

Detlef zum Winkel

Gorbat-Show-Business

Franz Josef fliegt nach Moskau, die Deutsche Bank sitzt im Friedensforum, die Amerikaner nennen den Generalsekretär einfach Mike, und nun ist er auch noch Mann des Jahres. Dürfen die das? Wenn ja, warum nicht?

Wie kann der Freund meines Feindes länger mein Freund bleiben? Nach dem Gorbatschow mit westlichen Lobpreisungen schon förmlich überschüttet worden war, krönte ihn das US-Nachrichtenmagazin »Time« auch noch zum »Mann des Jahres 1987«. Einen Vertreter des alten Denkens, der für seinen Präsidenten Irangate gemanagt hatte, konnte der rote Generalsekretär auf Platz zwei verweisen. Und die Oliver North-Puppen, die ein kalifornischer Unternehmer in falscher Einschätzung der Popularitätsskala schon hatte produzieren lassen, bekommen einen neuen Kopf und werden auf Gorbi frisiert. Bei Ronnie heißt er jetzt Mike und wer es, weil in Bayern die Uhren anders gehen, zuletzt geschnallt hat, daß Umarmung angesagt ist, darf zur Belohnung eigenhändig nach Moskau fliegen.

Als Linker hat man sich ein gewisses Verständnis dafür erarbeitet, daß die friedliche Koexistenz sozialistischen Politikern Übungen abverlangt, die mit der revolutionären Parole nur mühsam in Einklang zu bringen sind. Die diplomatischen Gepflogenheiten, die Handelsbeziehungen, der wissenschaftlich-technische Austausch... Mit wem sollen denn Rüstungskontrollabkommen ausgehandelt werden, wenn nicht mit dem Präsidenten der USA, und wo sollen sie unterzeichnet werden, wenn nicht im Kreml oder eben im Weißen Haus? Wer wenn nicht Kohl soll Gorbatschow die Hand schütteln, wenn er in die BRD kommt? Also – das darf man nicht zu eng sehen. Aber einen Stich versetzt es einem doch, wenn die Genossen Vorsitzenden mit Franz Josef Strauß kumpeln. Zumal es sich diesmal verbietet, der Geriatrie wie einst bei Mao Entschuldigungen zu entlehnen.

Glasnost heißt, daß niemand genötigt wird, seinen Ekel vor solchem Händedruck herunterzuschlucken. Man soll nicht so tun, als gäbe es unter Linken keine Verunsicherung darüber, Gorbatschow auf allen westlichen Titelseiten zu begegnen. Sie machen ihn zu *ihrem* Medienstar, wir haben nichts davon und damit nichts zu tun. Für uns ist folglich das Kleingedruckte im hinteren Teil der Nachrichten interessanter. Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik, hieß es da vor kurzem, habe ein Sowjetführer in der Bevölkerung mehr Zustimmung als der US-Präsident erhalten. Und erstmals, so die gleiche Umfrage, wünschten mehr Bundesbürger eine Verbesserung der Beziehungen zu Moskau als zu Washington. Umfragen sind ein weites Feld für Manipulationen, und deswegen verabschiedet sich der Antikommunismus noch lange nicht aus der westdeutschen Geschichte. Aber Mehrheit oder Minderheit – ein maßgeblicher Teil der Bevölkerung hat ein weiteres Motiv, gegen den Krieg zu sein. Man war ja schon immer dagegen, weil leider da, wo die einen Raketen starten, die anderen landen. Jetzt fragen sich die Leute zusätzlich: Warum eigentlich die Sowjetunion bombardieren?

Nicht nur die fortschrittlichen Volksmassen stellen solche wertvollen Überlegungen an. Daß Strauß im Kreml sicher nicht spontan sein Rußlandbild revidierte, ist im Grunde eine drittrangige Nachricht, wenn der Sprecher der Deutschen Bank, Christians, schon Monate vorher von einem offiziellen Moskauer Friedensforum zurückkehrt und sogar den Leninismus neu zur Diskussion stellen will. Christians schien geradezu einen Narren an Gorbatschow gefressen zu haben. Wie kann das angehen, wenn dieser nicht müde wird, in Wort und Schrift zu versichern, daß Perestroika eine Revolution sei, die mehr Sozialismus und wirklichen Sozialismus will?

Es geht. Ohne daß der Kreml an Bankiers andere Fassungen der Reden seines Chefs aushändigen würde. Die Reformen sind – auch – eine ernstgemeinte Einladung an die westliche Wirtschaft und Politik, neue, intensivere und umfassendere Beziehungen zur Sowjetunion aufzunehmen. Das haben Breschnew und Chruschtschow auch schon gewollt und nicht minder aufrichtig. Aber die jetzt in Angriff genommenen substantiellen Veränderungen sind für westliche Partner attraktiver und gehen zum Teil auf deren seit langem erhobene Forderungen ein. Gorbatschows für den New Yorker Verlag Harper and Row geschriebener Bestseller, um dessen Lizenzen auf der letzten Frankfurter Buchmesse mit Millionenbeträgen gehandelt wurde, ohne daß die europäischen Verlage damals auch nur eine Zeile davon kannten, ist in dieser Hinsicht ziemlich ausgewogen und bedachtsam formuliert. Wenn er sich an die Bürger »mit gesundem Menschenverstand« auf der ganzen Welt wendet, muß das wohl so verstanden werden, daß er auch und gerade politische Gegner meint, sofern sie nicht gerade von fanatischem Haß geblendet sind. Und er bietet ihnen vieles, das ihnen gefallen muß.

Beispielsweise, daß er mit offenen Karten spielt: Perestroika sei nicht aus Enttäuschung über den Sozialismus entstanden und keine Abkehr davon. Gorbatschow tritt allen solchen Gerüchten ausdrücklich entgegen. Der Westen irre sich, wenn er darauf baue, und hindere sich mit solchen Spekulationen nur selbst daran, ein zutreffendes Bild von den Vorgängen in der Sowjetunion zu erhalten. Kein einigermaßen objektiver Beobachter könne den durch die Oktoberrevolution eingeleiteten Fortschritt des Landes aus einem »praktisch mittelalterlichen Zustand« heraus leugnen. Die heute geübte Kritik an Stagnation und Erstarrung, an Bürokratie, Amtsmißbrauch, Schlendrian, Mittelmäßigkeit, Entfremdung und Apathie, an Trägheit und Konservativismus richte sich nicht gegen den Sozialismus. Umgekehrt seien »die Möglichkeiten des

Sozialismus zu wenig genutzt worden«. Folglich bezwecke auch die Umgestaltung nichts anderes als »mehr Sozialismus«.

Wer so ungeniert über die eigenen Stärken und Schwächen spricht, kann Glaubwürdigkeit für sich beanspruchen und auch Andersdenkenden imponieren. Aber ein Christians wird es interessanter finden, nachzulesen, was denn nun unter »mehr Sozialismus« verstanden wird. »Perestroika ist eng mit dem Sozialismus als einem System verknüpft«, leitet Gorbatschow das betreffende Kapitel ein, offenbar ein Satz mit schwachem Sinn. Es folgt eine Aufzählung. »Mehr Sozialismus bedeutet mehr Dynamik, Elan und schöpferische Anstrengung, mehr Organisation, Gesetz und Ordnung, mehr wissenschaftliche Methodik und Initiative in der Wirtschaftsführung und Effizienz in der Administration sowie ein besseres und reicheres Leben für das Volk.« Wenn wir in diesen Satz oder in den folgenden und den ziemlich vielen ähnlichen Sätzen Gorbatschows »mehr Kapitalismus« einsetzen und ihn nochmal lesen, wird er weder besser noch schlechter. Damit soll nicht bezweifelt werden, was auch hier gleich wieder folgt: »Jede Hoffnung, wir würden eine andere, nichtsozialistische Gesellschaft anstreben und ins andere Lager umschwenken, ist unrealistisch und zwecklos.« Es heißt nur, daß ein westlicher Kapitalist und potentieller Geschäftsfreund damit leben kann, wenn auch nicht in der Sowjetunion.

Wohl auch mit dem Typ Revolution, den die Perestroika darstellt. »Perestroika ist ein Wort mit vielen Bedeutungen«, gibt Gorbatschow freimütig zu. Revolution nicht, sollte man meinen. Trotzdem sei es eine, führt der Generalsekretär aus, der nicht an Wörtern klebt und Revolution, revolutionärer Prozeß, radikale Reformen für eine revolutionäre Veränderung, Umgestaltung etc. nebeneinander für die gleiche Sache gebraucht. Denn die ganze Gesellschaft werde von den einschneidenden Veränderungen erfaßt, es gehe um »einen qualitativ neuen Staat«, um die zentrale Frage jeder Revolution, »die Machtfrage«, um »einen Sprung nach vorn in der Entwicklung des Sozialismus«, der nach Lenin wie die bürgerliche Revolution viele Anläufe benötige, um seine Ziele zu verwirklichen.

Aber es handle sich um »eine sehr friedliche und demokratische« Revolution. Perestroika werde »durch die Anstrengung der ganzen Nation« verwirklicht, und »es gibt in unserer Gesellschaft keine Bevölkerungsgruppe, deren langfristige Interessen mit der Perestroika nicht vereinbar wären.« Noch deutlicher im Kapitel über die Intellektuellen: »Wir haben es hier nicht mit einem antagonistischen Klassenkampf zu tun.« Das sind teilweise Abgrenzungen vom Stalinismus, Beschwichtigungen von Ängsten vor einer Praxis, die mit revolutionärem Vokabular sozialistische Opponenten ausschaltete. Aber kann es als Alternative nur noch »Revolutionen« geben, die im Grunde keinen Gegner mehr kennen und wo jeder bei sich selbst anfängt und an sich arbeitet, wie Gorbatschow seinen Landsleuten pausenlos einhämmert? Unbedingt ja..., müßte eine Anke Fuchs antworten, wäre die SPD nicht so finster entschlossen, jeden Trend zu verschlafen.

Schließlich ist es Musik in westlichen Ohren, wenn der Generalsekretär in seinem Revolutionskapitel auf Lenin zu sprechen kommt, um dessen Politik beim Vertrag von Brest-Litowsk zu erörtern (im März 1918 schloß die Sowjetunion einen verlustreichen Separatfrieden mit Deutschland, weil angesichts des Bürgerkrieges im Vordergrund stand, die Revolution zu retten). Gerade weil dieses Beispiel nicht gerade zwingend im Argumentationszusammenhang auftaucht, dürfte es die Spekulationen beleben: Rückzug aus Afghanistan? Oder mehr?

Eine gewisse Peinlichkeit bereitet es den bürgerlichen Gorbatschow-Freunden, wenn er das Wesen der Perestroika als Verbindung von Sozialismus und Demokratie bezeichnet. Hier heißt es lächeln, Anerkennung zollen und sich den Ärger nicht anmerken lassen. Denn erstens haben wir das Monopol auf Demokratie, und zweitens braucht es Erfahrung und Tradition in diesen Angelegenheiten, damit sie sich nicht negativ auf die wirtschaftliche Sphäre auswirken. Tröstlich dürften da solche Sätze wirken: »Bedauerlicherweise ist es uns noch nicht völlig gelungen, im Umgang mit den Menschen veraltete Verhaltensweisen abzulegen, Verhaltensweisen, die durch unseren Hang zu ideologischen Kampagnen und großspurigem Geschwätz bedingt sind.« Souveräne Selbstkritiken, die zugleich von Augenmaß zeugen. Die in Fleisch und Blut übergegangene Entgegensetzung von »uns« (der Partei) mit den »Menschen« (draußen im Lande) spricht auch jedem Bundestagsabgeordeten von Fellner (CSU) bis Kelly (Grüne) aus der Politikerseele. Gefährlich würde es ja erst, wenn Gorbatschow bedauerte, daß es »den Menschen« noch nicht gelungen ist, »uns« veraltete Verhaltensweisen auszutreiben.

In manchem Detail muß der sozialistische Teufel für westliche Augen recht menschlich erscheinen, gerade wenn man in ihm jahrelang, ohne auch nur hinzugucken, das Bösegesehen hat. Aber ebenso eindeutig, wie die Sowjetführung den Popularitätszuwachs bei der hiesigen Bevölkerung ihren Abrüstungsinitiativen der letzten Jahre verdankt, entscheidet sich das Urteil der Herrschenden am Wirtschaftsprogramm der Perestroika und an nichts anderem. In diesem Bereich findet auch Gorbatschow zufolge »die Nagelprobe« statt.

»Um etwas besser zu machen, muß man immer eine Spur härter arbeiten. Mir gefällt dieser Ausdruck: *eine Spur härter* arbeiten. Für mich ist er nicht ein Schlagwort, sondern eine Grundeinstellung, eine Disposition.« Jeder müsse sich anstrengen, besser zu arbeiten und »ehrlich« zu arbeiten. Soziale Sicherheit habe einige Leute zu parasitärem Verhalten verführt. Die Diskrepanz zwischen Arbeit und Konsum müsse aufhören, das sozialistische Leistungsprinzip – »jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Arbeit« – uneingeschränkt gelten. Das nennt Gorbatschow soziale Gerechtigkeit anstatt gleichmacherischer Tendenzen in Entlohnung und Konsum. »In diesem Punkt wollen wir absolute Klarheit:

Sozialismus hat mit Gleichmacherei nichts zu tun.« Irgendwie sollte er aber doch zu Gleichheit führen. Dies scheint wiederum so klar zu sein, daß es keiner Erörterung bedarf.

Die Arbeit könne nicht verbessert und die Disziplin nicht gestärkt werden, wenn es keine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft gebe. Das ist der einfache Grundgedanke der Perestroika, und darin unterscheidet sie sich von den vorangegangenen technokratischen Reformversuchen. Das Volk wolle sich als »Herr im Haus« fühlen, sonst werde es nicht mitmachen. Nur der Demokratisierungsprozeß erlaube es, »ein Programm für radikale ökonomische Reformen voranzutreiben«. Hierbei gehe es darum, einen »wirksamen Mechanismus zur Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung zu schaffen«. »Was wir planen und überall im Land durchführen wollen, zielt im wesentlichen darauf ab, vorrangig administrative Methoden durch vorrangig ökonomische Methoden zu ersetzen.«

Die Reform soll die Unabhängigkeit der Betriebe und Genossenschaften drastisch erweitern und sie auf wirtschaftliche Rechnungsführung und Eigenfinanzierung umstellen. Bei erweiterten Mitbestimmungsrechten der Belegschaften werden gewählte, dann aber auch möglichst starke Betriebsleiter (»Ein-Mann-Führung«) weitgehend die Verantwortung für die Produktion und die Verwendung der erwirtschafteten Gewinne für Erweiterungen, Modernisierungen, Lohnerhöhungen, Sozialprogramme etc. tragen. Gleiches gilt dann aber auch bei Verlusten, auch wenn es nicht mit gleicher Offenheit ausgesprochen wird. Die zentralen Regierungsorgane sollen sich nicht mehr mit den Angelegenheiten der einzelnen Betriebe oder Vereinigungen befassen. Die Erstellung der Pläne soll demokratisiert werden.

Gorbatschow rundet seine wirtschaftspolitischen Ausführungen damit ab, daß er den übertriebenen Zentralismus ebenso wie die Mißachtung von Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus als Ausdruck schablonenhafter, dogmatischer Sozialismusvorstellungen kritisiert. Andererseits soll man die Anwendung von Methoden, »die nicht mit dem Sozialismus vereinbar scheinen oder zumindest in mancher Hinsicht von den klassischen, allgemeingültigen Vorstellungen einer sozialistischen Entwicklung abweichen«, vor dem Hintergrund sehen, daß der Sozialismus bewältigen und vollenden müsse, was die bürgerliche Revolution versäumt habe.

Natürlich müssen Kapitalkreise da frohlocken, nicht nur weil sie sich für Ost-West-Kooperationen schon immer solche Ansprechpartner wünschten. Und natürlich guckt der ewige linke Nörgler in die Röhre, wenn er beispielsweise von Gorbatschow mehr zu Glasnost erwartet hatte als ein stiefväterliches Schulterklopfen für die sowjetischen Medien gepaart mit der verdächtigen Ermahnung, Kritik solle schon sein, aber bitte verantwortungsbewußt. Die Schwierigkeiten der Sowjetunion sind zu groß, als daß man über die jetzt unternommenen Lösungsversuche nur Zufriedenheit empfinden könnte. Ein Preis muß gezahlt werden, und das ist die weniger glanzvolle Seite des Phänomens Perestroika. Alles bewegt sich, Heraklit-sei-Dank. Darin haben sich Strauß und Gorbatschow getroffen. Aber nicht alles bewegt sich in die gleiche Richtung. Ein gläubiger Katholik aus Litauen schrieb dem Generalsekretär: »Zum ersten Mal seit vielen, vielen Jahren sehen wir in Partei und Regierung Leute mit menschlichen anstatt Sphinxen mit versteinerten Gesichtern.« Solche Bewegungen haben ihren eigenen Charme.

Michael Gorbatschow, Perestroika. Die zweite russische Revolution. Droemer Knaur 1987

Konkret 02/88, S. 37

Alice Schwarzer; Hermann L. Gremliza

Konkret-Streitgespräch
Wie links ist Porno?

Kampagne gegen Pornografie: In der Kölner "Emma"-Redaktion trafen sich Alice Schwarzer und Hermann L. Gremliza. Was als Streit geplant war, wurde zum Interview, in dem die "Emma"-Herausgeberin ihre Position klärt und auf Einwände antwortet

Gremliza: Ein Traum: Du gehst durch die Straßen einer europäischen Hauptstadt. An keinem Kiosk ein Porno-Magazin, nirgendwo sexistische Reklame, weit und breit kein Porno-Shop. Aber es ist gar kein Traum, sondern Berlin, Hauptstadt der DDR. Ist dort dein Problem gelöst, Alice?

Schwarzer: Ich fürchte, es kommt nur später. Natürlich gibt es in den sozialistischen Ländern zumindest auf dem Papier den Anspruch, daß die Frau auch ein Mensch ist, ein Anspruch, der nur sehr halbherzig eingelöst worden ist. Von Frauen aus der DDR weiß ich, daß dort seit etwa zwei Jahren die Sexwelle hereinschwappt, daß es überall Prostitution gibt und neuerdings sogar Fernsehshows, in denen Mädchen auch Arsch und Titten zeigen.

Gremliza: Was immer es davon geben mag – es ist in nichts mit jener Pornografie vergleichbar, die Andrea Dworkin in ihren Beispielen aus den USA beschreibt.

Schwarzer: Nein, das nicht, aber es ist doch eine Frage des Degrés. Es gibt erste Anzeichen einer Pornowelle, und wenn man nicht versucht, bewußt dagegenzuarbeiten, wird sich das entwickeln.

Gremliza: Warum?

Schwarzer: Weil der sogenannte Frauenbereich immer ausgeblendet und die patriarchalische Familie in ihrer alten Form und Sexualmoral nie in Frage gestellt worden ist. Zwar haben die Frauen das Recht, die Hälfte der Berufsarbeit zu tun, aber die Männer haben nicht die Pflicht, sich die Hälfte des Privatbereichs an die behaarte Brust zu nehmen.

Gremliza: Die Frauen haben dort doch ganz andere Möglichkeiten, die Männer in diese Pflicht zu nehmen, weil ein DDR-Mann, der seine Berufstätigkeit zugunsten der Kinderbetreuung unterbricht, die Garantie hat, später an seinen Arbeitsplatz zurückzukönnen.

Schwarzer: Rein formell geht das, aber die Sitten sind doch stärker und es kommt eben darauf an, gegen diese reaktionären Sitten zu arbeiten, wenn man will, daß die formellen Rechte auch tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Gremliza: Bei uns kannst du lange gegen die Sitten arbeiten – solange es Realität ist, daß ein Mann, der sich für die Kinderbetreuung entscheidet, danach beruflich auf der Schnauze liegt.

Schwarzer: Also gut: es gibt wenigstens das Recht auf Arbeit. Worin ich jedoch erkenne, wie es um die Frauen steht, das ist der Grad des Biologismus, also die Frage, ob und wie sehr sich eine Gesellschaft auf die sogenannte Natur der Frau beruft. Gerade im Zuge der sogenannten Liberalisierung wird sehr viel davon geredet, daß Frauen doch Frauen sind und auch Frauen bleiben sollen. Vor allem in der UdSSR wird jetzt sehr viel über die Natur der Frau geredet. Ich bin da sehr pessimistisch. Aber, Hermann, du tust so, als lebtest du in der DDR mit deinem Blatt und als gäbe es das Problem Pornografie für dich gar nicht.

Gremliza: Für KONKRET gibt es das auch nicht. Ich kenne keine andere bundesdeutsche Publikumszeitschrift, die seit zehn Jahren so radikal auf alle sexistischen Abbildungen verzichtet hat.

Schwarzer: Ja, das stimmt, zumindest für euer laufendes Monatsheft. Euer Sexualität-KONKRET hingegen . . . das gibt sich so wissenschaftlich und ist doch auf eine eigenartig bigotte Weise schlüpfrig. Aber das Monatsheft hebt sich tatsächlich vom früheren Röhl-KONKRET ab, das ja fast diese schwere Form des Sexismus miterfunden hat. Die Dworkin sagt ja zurecht, die neue Pornografie komme von der Linken. Da hatte das alte KONKRET sicherlich eine Avantgarde-Rolle. Ich erinnere mich, wie die abgebildeten Mädels immer nackter und immer jünger wurden – den ganzen Kindersex hat ja dieser alte, geile Bock damals eingeführt.

Gremliza: Es ist wohl wahr, daß die 68er-Bewegung manches zu jener Form sexueller Liberalisierung beigetragen hat, die dann das möglich machte, was wir heute an Pornografie und Sexismus erleben. Aber wahr ist eben auch, daß es vor allem die bürgerlichen Blätter wie »Stern« und »Spiegel« sind, die zu jedem Thema ein nacktes Titelmotiv finden – ob Krebsregister, Volksbefragung, Fahrrad-Boom, Tourismus: alles wird über Titten verkauft. Von der rechten Porno-Presse brauchen wir gar nicht zu reden. Wenn Andrea Dworkin sagt, die Porno-Industrie sei eine linke Industrie, dann ist das einfach nicht wahr.

Schwarzer: Kommt natürlich darauf an, wie du die Linke definierst. Pauschalisierungen sind immer fragwürdig. Natürlich gibt's einen Teil der Linken, das ist – wie soll ich sagen? – die eher altmodische Linke, die es eher mit dem »old boy«-Sex

hält und nicht mit den »new boys«.

Gremliza: Die traditionelle Arbeiterbewegung.

Schwarzer: Das ist richtig. Nicht zufällig sind jetzt in Organen der orthodoxen Linken – von den Trotzkisten bis zur DKP – sehr nachdenkliche bis zustimmende Artikel zu unserer Kampagne erschienen. Sagen wir also lieber nicht »die Linke«, sondern nehmen wir einen Begriff, den die Amerikanerinnen geprägt haben: die Unterscheidung zwischen »old boys« und »new boys«. Du, Hermann, bist natürlich ein »old boy«. Ich finde, KONKRET hat manchmal so einen leicht verschwiemelten Papasex, so ein bißchen verdruckst. Dagegen die »new boys«, die Schickimicki-Linken, die sich als progressiv verstehen, die Jungs von der »TAZ« bis zum »Wiener«, die sind eigentlich der entscheidende Motor der augenblicklichen Entwicklung – wobei sie natürlich nicht die großen Profiteure sind; das große Geld macht längst die große Industrie.

Exemplarisch finde ich die »TAZ«,die, seit sie existiert, keine frauenverachtende Mode im sexualpolitischen Bereich ausgelassen hat. Sie hat das übrigens immer von Frauen exekutieren lassen. Das hat angefangen vor Jahren mit dem Thema »Peep-Show – na und?«, was ist dabei, eine schnelle Mark für die WG dazuzuverdienen, und auch Prostitution war: eh du, unheimlich heiß, und hier machen die Frauen die Beine breit in der Ehe, warum nicht auf dem Strich, kommt doch ne Mark bei rüber... Diese ganze Irrsinns-Pervertierung feministischer Analysen, die stammt von diesen Mode-Linken und ihren Frauen.

Gremliza: Es war bisher nicht ohne Bedeutung für eure Kampagne, daß ihr behauptet habt, die eigentlichen Schweine seien die Linken. Du hast das jetzt eingeschränkt und den Vorwurf präzisiert. Andrea Dworkin tut das nicht, wenn sie die Porno-Industrie eine »linke Industrie« nennt. Das liegt natürlich daran, daß ihr in den USA eine traditionelle, proletarische Linke nicht in den Blick kommt, sondern im allgemeinen Sprachgebrauch »die Linke« das liberale Ostküsten-Gesindel ist, das statt Reagan Carter gewählt hat. Liberale fallen grundsätzlich jeder Mode anheim, von Mao zu Porno ist für die ein kleiner Schritt. Aber die ernstzunehmende Linke in der BRD, die Gewerkschaften, die sozialistischen und kommunistischen Organisationen müssen sich Dworkins Vorwurf nicht gefallen lassen – den die »Emma« übrigens ziemlich glatt übernommen hat.

Schwarzer: Du beklagst den Pauschalangriff auf *die* Linke. Der hat aber Gründe. Zunächst: Feministinnen haben nie aufgehört zu dokumentieren, was die Rechte und die Konservativen den Frauen antun. Aber die feministische Bewegung ist ja im Konflikt mit dieser Linken entstanden, in deren Analysen und Praxis Frauen keine Rolle gespielt haben. Wir Feministinnen kommen doch aus diesen Zusammenhängen und haben die Erwartung immer noch nicht aufgegeben, daß wir bei dieser Linken zur Kenntnis genommen werden. Selbst die friedlichen, die »old boy«-Linken – die sich mit ihren Sexualtaten nicht brüsten, die keine zehn Geliebte haben, weil sie kein Geld dafür haben oder auch nicht das Temperament – nehmen uns mit zehn, fünfzehn Jahren Verspätung zur Kenntnis, und auch dann nur sehr zögernd.

Und das, Hermann, kann doch nicht genügen. Für uns ist die Pornografie ein ganz zentrales Problem: die Hauptpropaganda-Maschine der Frauenfeindlichkeit, mit irrsinnigen gesellschaftlichen Konsequenzen. Mit diesem zentralen Problem stehen wir ganz allein, und wir können noch froh sein, wenn die Linke das wenigstens wohlwollend registriert.

Das Neue am neuen Feminismus sind die sexualpolitischen Aussagen. Und die Linke, zu der du bei allen Differenzierungen zu rechnen bist, hat sich – abgesehen von ein paar Minimalpflichtübungen – für diese Fragen nie sonderlich interessiert, ihr habt sie einfach nicht begriffen. Als ich dich am Telefon auf den Fall Weimar angesprochen habe, hast du gesagt: Achja, weißt du, damit hab ich mich noch nicht beschäftigt. Hermann, Männer haben ihre politischen Märtyrer, und man weiß ja, daß es eine Klassenjustiz gibt. Wir behaupten, daß es auch eine Männerjustiz gibt. Ich will das mal vereinfachend sagen: Die politischen Gefangenen der Männerjustiz sind die Gatten- oder Kindesmörderinnen oder die, die dafür gehalten werden. Und das Interessante an dem Fall Weimar – ob sie es nun war oder nicht – ist die geschlechtsspezifische Dimension. Das galt schon für den Prozeß gegen »das Flittchen« Brühne, gegen die Lesben Ihns/Andersen, im Fall Lundi, von dem Driest noch heute zehrt, im Prozeß gegen den Boxer Scholz, wo es um das Verständnis ging, das ein armer Mann, der ein bißchen durchhängt und säuft und sich von seiner tüchtigen Frau sagen lassen muß, er sei ein Versager, erwarten kann, wenn er dieser Schlampe mal eine reinhaut oder durch die Klotür schießt. Da gings ja nicht um das Privatproblem von Herrn Scholz, sondern um ein allgemeines Problem. Und der Weimar-Prozeß ist deshalb so hochpolitisch, weil es nicht nur die Frau aus Berlin-Zehlendorf oder aus Hamburg-Blankenese, sondern jetzt auch die aus Philipstal ist, die sagt: Ich laß mich nicht in meiner Ehe begraben, ich bin jetzt 28, da läuft nichts zwischen uns, ich brech da aus, ich nehm' mir einen Liebhaber, vielleicht so einen netten GI, und gehe. Dafür ist »Mutter Weimar« vorgeführt worden, nicht für die toten Kinder.

Daß so etwas dir, nach zwanzig Jahren neuem Feminismus, nicht auffällt, daß du es nicht einmal ahnst... Und dasselbe gilt für die Pornografie. Welche Anstrengung das kostet, immer wieder von vorne anzufangen, wie wir das alles bis zur letzten Silbe kalkulieren müssen, um nicht gleich im ersten Schwall des Hohns und des Gelächters zu ersaufen...

Gremliza: Ihr ersauft in einem Schwall der Zustimmung.

Schwarzer: Na ja, wir sind Profis, und die Zustimmung ist hart erkämpft. Aber wir ersticken nicht in Umarmung, auch nicht bei euch, den linken Moralisten.

Gremliza: Ich war und bin kein Feminist. Aber wir haben versucht, dazuzulernen. Von der platten Analyse unter dem Stichwort »Hauptwiderspruch/Nebenwiderspruch« sind wir runter, das heißt: Mit der Aufhebung des Widerspruchs von Kapital und Arbeit wird sich die Befreiung der Frau nicht automatisch einstellen. Das kann jedoch nicht bedeuten, daß wir die Unterdrückung der Frau unabhängig von den ökonomischen Machtverhältnissen der Gesellschaft sehen. Auch jetzt wieder, in eurer Anti-Porno-Kampagne, wird die materialistische Analyse dieses Phänomens einfach übersehen oder unterschlagen.

Schwarzer: Ehrlich? Also, ich weiß nicht, welches Blatt du liest. »Emma« kann das nicht sein! In »Emma« haben wir von der ersten Folge an über ökonomische Interessen, Umsätze, Zahlen geschrieben: die ganze Spanne vom kleinen, heimlichen Porno-Konsumenten bis zur Milliarden-Industrie.

Gremliza: Es geht darum, ob Pornografie die Ursache des Übels ist oder seine Wirkung. Seltsamerweise hat ausgerechnet Andrea Dworkin, die ihr Thema sonst sehr »alttestamentarisch« angeht, wie es auf dem Buchrücken heißt, offenbar zustimmend ein Zitat von Victoria Woodhull aus dem Jahr 1874 angeführt, das lautet: »Sexuelle Freiheit bedeutet das Ende ihrer finanziellen Abhängigkeit vom Mann, so daß die Frau niemals, auch nicht scheinbar, die Befriedigung ihrer Wünsche oder Bedürfnisse durch sexuelle Gefälligkeit erkaufen muß.«

Schwarzer: Jetzt sind wir beim Urstreit zwischen Feministinnen und Linken. Die rein ökonomische Analyse ist uns zu schmalspurig. Das ist zwar wesentlich, und ich habe ihrer Bedeutung immer Rechnung getragen, und das soll auch so bleiben, aber: Es geht ja nicht nur um Geld, es geht ja auch um die Art von Macht, die nicht zwangsläufig mit Geld verknüpft ist. Wir haben ja zum Beispiel das Phänomen, daß berufstätige Frauen nicht automatisch alle psychologischen und sozialen Konsequenzen für ihr Leben ziehen, die sie aus ihrer relativen ökonomischen Unabhängigkeit ziehen könnten. Für mich ist zwar und bleibt – und da bin ich unerbittlich – die ökonomische Eigenständigkeit des Menschen Voraussetzung für seine Eigenständigkeit in dieser Welt, aber sie ist keine Garantie für Emanzipation.

In Zeiten des Aufbruchs der Frauen findet das herrschende Geschlecht natürlich neue Antworten zur Aufrechterhaltung der alten Verhältnisse. Kein Mann, egal ob Linker oder CSU-Mitglied, wird seiner Frau oder Tochter heute noch sagen: Was, du willst berufstätig sein? Geh her, sei nicht deppert, das ist nichts für Frauen. Sowas sagen nur noch ein paar Fossile. Es wird jetzt viel feiner gehandelt. Eine der Antworten auf »Emma« ist zum Beispiel »Cosmopolitan«: Natürlich ist die Frau berufstätig, natürlich als ganz tolle Assistentin oder sogar Chefin, aber sie hat auch von morgens bis abends dafür zu sorgen, daß sie schön verführerisch bleibt. Frauen haben verstärkt zu beweisen, daß sie das sind, was der Sinn ihrer weiblichen Existenz sein soll: dem Mann zu gefallen – sei es, daß wir mit dem Arsch wackeln, sei es, daß wir Stöckelschuhe tragen. Da hat Pornografie eine entscheidende Funktion. Und da beißt sich eben die Katze in den Schwanz: Pornografie ist Ursache und Konsequenz zugleich – und die ökonomische Seite der Pornografie verlieren wir ja nicht aus dem Auge: das ist eine enorme Industrie.

Gremliza: Das ist mit materialistischer Analyse nicht gemeint: wieviele Porno-Läden und Video-Produzenten es gibt und was sie verdienen. Wieviel es inzwischen auch sei – das bleibt im Rahmen der Kapitalverwertung immer noch Kleinscheiß. Eine ganz andere Größenordnung macht die Tatsache aus, daß die Konsumgüterindustrie so gut wie nichts mehr produziert und verkauft – vom Sportwagen bis zum Hosenknopf – , ohne sexistische Werbemittel zu benutzen. Wenn man dem Kapital dieses Mittel enteignen würde...

Schwarzer: Wie wär's, wenn man das dem Patriarchat enteignen würde? Wobei es in diesem Fall auf dasselbe rauskommt. Es ist ja nicht zufällig, daß die Berichterstattung über die »Emma«-Kampagne, ob wohlwollend oder aggressiv, immer aber verharmlosend ist. Da heißt es dann: Also diese gefolterten Frauen, das wollen auch wir nicht mehr sehen. Aber: die Damen übertreiben natürlich, das macht ja die Feministin aus, das Übertreiben. Im Zentrum unserer Argumentation steht genau das, was du jetzt sagst: nämlich die Pornografisierung des Alltags, und da würde nicht nur dem Kapital etwas genommen, sondern da kämen fast alle Männer ins Schlingern. Sieh dir doch mal an, Hermann – und da ist auch das Milieu, in dem du dich bewegst, betroffen – was ich die Vernuttung der Frauen und die Zuhältermode der Männer nenne: dieser Ein-Tages-Bart, die dampfende Männlichkeit, und Frauen, die nur noch schwer zu unterscheiden sind von denen, die sich ihre blauen Scheinchen ganz hart an der Ecke verdienen müssen. Wenn man das sagt, ist man natürlich ne alte prüde Zicke. Ich finde das, was wir hier einbringen, umfassender gedacht – und ihr versucht bloß, uns wieder auf das schmale Ding zu bringen.

Gremliza: Nochmal: nein. Ich verstehe nur nicht, warum in jeder dieser feministischen Kampagnen Analysen über den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft verballhornt werden müssen. Ich lese dir mal einen dafür ganz typischen Leserbrief eines Mitglieds der Gruppe »Männer gegen Männer-Gewalt« vor: »Dennoch möchte ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß Glück in zwischenmenschlichen Beziehungen möglich ist. Ich erwarte sie auf der Grundlage von

Gleichberechtigung. Das soll zwischen Männern und zwischen Frauen und zwischen Männern und Frauen gelten, und zwar für die Politik, Wirtschaft und Intimbeziehungen.« Glückliche Gleichberechtigung in der »Wirtschaft«.. .

Schwarzer: Also den Satz zitierst du ja nicht zufällig von irgendeinem naiven jungen Mann, der es gut meint, aber eben auch Opfer der Versöhnungspropaganda geworden ist. Dieser Verlust von Analyse und Wissen, den wir in einem bestimmten Spektrum beobachten – an Universitäten, bei den Grünen – , ist ein enormes Politikum. Wir haben da gegen gewaltige Propaganda-Apparate anzuarbeiten. Da schreiben ein paar Jungs in der »TAZ«: So lange sich Alice Schwarzer nicht dem Widerspruch von Kapital und Lohnarbeit stellt, soll sie den Mund halten. Das System solcher Männer ist, einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen, was radikale Feministinnen seit Jahrzehnten geschrieben und gesagt haben. Der radikale Feminismus hat ja auch seine Geschichte und seine Theorie, aber die hat keiner im Bewußtsein, weil sich hierzulande jede und jeder FeministIn nennen kann, der sich irgendwie für einen guten Menschen hält und die Frauen mag. Früher war niemand FeministIn, jetzt sind sie es alle. Es gibt da eine ungeheure Inflation.

Deshalb muß ich meine Position deutlicher bestimmen: Ich bin Teil dessen, was man heute mit dem Etikett »radikaler Feminismus« versehen hat. Der radikale Feminismus zeichnet sich dadurch aus, daß er jeglichen Biologismus zurückweist – also jede Erklärung von Besitz- und Machtverhältnissen aus der Natur des Menschen – und jegliche Macht- und Ausbeutungsverhältnisse. Das gilt nicht nur für die Geschlechter, das gilt auch für all die anderen »Untermenschen«, die wir an unserer Seite oder über uns haben: für Rassen, für Klassen. Aber wenn wir versuchen, zu sensibilisieren, zu agitieren, können wir doch nicht gleichzeitig immer die ganze Beauvoir und das ganze »Kapital« herbeten.

Gremliza: Aber im Kopf sollte man sie immer haben. Denn sonst passiert, was in der Porno-Kampagne geschieht: daß ein Saal sofort in begeisterten Beifall ausbricht, wenn ein Redner den Porno-Konsumenten als das Grundübel ausruft. Aber dieses »Ferkel«, wie der »Spiegel«-Redakteur Karasek ihn nennt, ist ja nicht der herrliche Beherrscher der Frauen, sondern ein armes Schwein, psychisch verelendet...

Schwarzer: Mensch, Hermann, du trittst immer wieder auf der Stelle. Willst du allen Ernstes bei dieser Frage den einzelnen Mann aus dem Visier nehmen? Irgendjemand macht das ja alles. Das ist wie mit dem Blockwart im Dritten Reich, der selbst ein dummes, armes Arschloch war, der den Leuten fürs Hören der BBC das KZ angedroht hat. Der hätte '45 mal ordentlich eins dafür auf die Schnauze kriegen müssen. Natürlich hat das alles Gründe, daß Männer sich so verhalten, aber sie sind nicht nur Opfer, sie sind auch Täter. Du bist da wirklich ein ganz traditioneller Linker und hast dich keinen Millimeter vom alten Fleck bewegt. Wir haben schon tausendmal gesagt: Wir sind noch Opfer der Opfer, und ich klage die Verantwortlichkeit dieses einzelnen Porno-Konsumenten ein. Wer den Anspruch erhebt, ein anständiger Kerl zu sein, von dem verlangen wir, daß er die Finger von der Pornografie läßt. Der hat auch mal seinen Kumpeln zu sagen: Ich mag das nicht, ich hab keinen Bock drauf, ich kann und will da nicht mitlachen. Auch diese armen Würstchen sind mitverantwortlich, und die haben auch einen ganz persönlichen Profit davon, wenn sie sich darauf einen runterholen, daß unter ihnen noch jemand ist.

Gremliza: Bei Andrea Dworkin habe ich gelesen: »In einer Zeit weitverbreiteter wirtschaftlicher Verarmung ist das Wachstum der Pornografie enorm.« Heißt das etwas Anderes als: Je mehr Arbeitslose oder um ihren Arbeitsplatz Fürchtende, desto mehr Porno-Konsumenten?

Schwarzer: Ja, auch. Aber nicht nur. Du siehst immer nur den einen Faktor und hättest doch auch die Möglichkeit, den andern wahrzunehmen: Daß der Porno-Konsum sich auch nach dem Grad der Emanzipation richtet, mit dem eine Männer-Gesellschaft konfrontiert ist. Ich sage, daß es davon noch stärker abhängt, aber ich will nicht kleinlich sein: Natürlich gehört das zusammen.

Gremliza: Laß mich noch einen Moment an meinem alten Fleck bleiben: Ihr sagt, daß die GewaltPornos immer mehr zunehmen. Vor allem in den USA. Das gilt aber keineswegs nur für Pornos. Überall häufen sich die Leichen – im TV, im Kino, auf den Straßen, überall Mord und Totschlag. Nirgends gibt es so viel Gewalt wie in den USA, die uns in dieser Entwicklung immer um ein Jahrzehnt voraus sind. Deshalb ist es ja auch kein Zufall, daß das Pornografie = Gewalt-gegen-Frauen-Thema bei uns genau acht Jahre nach der Diskussion in den USA auftaucht.

Schwarzer: Natürlich spielt das eine Rolle, alles, was du da aufzählst. Aber überleg doch mal: Wie willst du eigentlich Menschen dazu bringen, Gewalt gegen Menschen zu erkennen und abzulehnen, wenn in ihrem intimsten Raum krudeste Machtverhältnisse und krudeste Gewalt Selbstverständlichkeiten sind? Wir wissen heute, daß vermutlich jedes dritte Mädchen Inzestopfer ist und jede dritte Ehefrau im Ehebett vergewaltigt worden ist, und, und, und..

Gremliza: Woher wißt ihr das?

Schwarzer: Das sind Hochrechnungen der Erfahrungen von Sozialarbeitern, Krankenhäusern, Feministinnen undsoweiter, europäische Zahlen, die sich mit den amerikanischen decken. Laß es auch nur jedes fünfte sein – das sind sehr bedrückende Zahlen. Bedrückend viele Frauen haben Erfahrungen mit Vergewaltigung und Gewalt. Wir wissen, wie überfüllt die Häuser für geschlagene Frauen sind. Die Mehrheit der Frauen ist innerlich gedemütigt, zerstört, und das macht ihnen den aufrechten Gang so schwer.

Ich habe Jean Amerys Schilderung seiner Foltererfahrung gelesen. Er selbst nennt diese Erfahrungen im Dritten Reich »relativ gering«, aber er schreibt: Diese einmalige Erfahrung habe in ihm eine Art Welturvertrauen zerstört. Er hat die Erfahrung gemacht, daß man einem Menschen gegenüberstehen kann und sagen: Sieh her, ich habe dir nichts getan, auch wenn du jetzt die Macht hast, mit mir zu machen, was du willst – und dann geht dieser Mensch dennoch einen Schritt weiter und schlägt ihn, quält ihn. . . Diese Erfahrung hat Amery nicht mehr losgelassen und letztendlich auch umgebracht. Er selbst hat in seinem Text einen Vergleich zur Vergewaltigung gezogen.

Auch der Mehrheit der Frauen ist dieses Urvertrauen in sich und die Welt genommen worden. Nur so ist zu erklären, daß es – von der »TAZ« bis zu »Cosmopolitan« – Frauen gibt, die Pornografie verteidigen. Oder daß eine Diskutantin zu mir sagt: Bilder von gefesselten und zu Hündinnen erniedrigten Frauen »find ich geil« . Das mit den Tätern ist ja schon traurig genug, aber wenn dann noch die Opfer...

Ich glaube heute, daß die Keimzelle der Gewalt in dieser so gern als »gewaltfrei« beschworenen Bundesrepublik in der Familie liegt.

Gremliza: Die Keimzelle liegt nicht in der Familie. Dort wird sie hineingetragen.

Schwarzer: Sicher, da wird sie hineingetragen, aber da liegt sie jetzt.

Gremliza: Wie kommt Gewalt in die Familie? Da kommt einer nach Hause, dem hat sein Chef oder Arbeitgeber dreimal in den Arsch getreten, die Kündigung angedroht, abgekanzelt. Er war der Diener und spielt nun vor seiner Frau den Herrn.

Schwarzer: Wie kommt das Küken ins Ei? – Du redest als Mann. Wir sind noch die Opfer dieser Opfer, wir wehren uns erst mal gegen das Nächstliegende. Wenn wir dann noch die übermenschliche Anstrengung auf uns nehmen, das Gesamte zu bedenken, ist das sehr nett von uns.

Gremliza: Es liegt im Interesse der Frau und muß sie keineswegs daran hindern, sich zu wehren, wenn sie zu verstehen versucht, warum der Mann, mit dem sie zusammenlebt, sie mißhandelt. Es sei denn, sie hat die Kraft und die Möglichkeit, den Mann rauszuschmeißen oder wegzugehen.

Schwarzer: Das haben ich und viele andere Feminstinnen immer genau so analysiert. Allerdings: Du würdest das keinem anderen Opfer so sagen. Du würdest keinem Schwarzen in New York erklären, er solle doch mal bedenken, was für arme Schweine diese weißen Männer und Frauen sind, die ihn so mißhandeln.

Gremliza: Warum nicht? Ich will ihm ja nicht ausreden, sich zu wehren, sondern ihm helfen, sich besm ser zu wehren.

Schwarzer: Aber wenn er das alles schon bedacht hat? Und zwar vergebens? Die Frauenbewegung läuft eher Gefahr, ihr elementarstes Interesse aus dem Auge zu verlieren, weil sie ihre Zeit damit verbringt, sich die Männer zu erklären. Eins unserer großen Probleme ist, daß man den Frauen den Altruismus eingeprügelt hat. Wir müssen uns überhaupt erst mal beibringen, an uns selbst zu denken – um die Jungs brauchen wir uns keine Sorgen zu machen, die denken von morgens bis abends an sich.

Gremliza: Eure Anti-Pornografie-Kampagne, ich hab es schon erwähnt, hatte eine Vorläuferin: Angeregt von Feministinnen wie Andrea Dworkin wurde in den USA eine Kommission eingesetzt, unter der Leitung von Reagans Justizminister Meese und begleitet vom Beifall der Führer der Moral Majority, die sich sonst für alle Gewalttätigkeiten des US-lmperialismus stark machen. An dieser Kampagne haben andere Feministinnen wiederum scharfe Kritik geübt.

Schwarzer: Vorläufer unserer Anti-Porno-Kampagne ist unsere »Stern«-Klage von 1978. Das Buch von Andrea Dworkin aus dem Jahr 1979 ist hauptsächlich ein wesentlicher theoretischer Beitrag. Ich sage das nicht, um mich von dem Buch oder von der US-Kampagne zu distanzieren – ich will nur darauf aufmerksam machen, daß das, was die Amerikanerinnen sagen, und das, was wir sagen, nicht immer ganz identisch ist und daß wir natürlich lieber an dem gemessen werden, was wir tun.

Die Frauen von »Women against pornography«, zu denen neben Dworkin auch Autorinnen wie Brownmiller und andere gehören, haben immer wieder darauf verwiesen, daß die Behauptung, es gebe eine Koalition mit den Rechten, eine Diffamierungskampagne der europäischen Schicki-Linken und der Medien sei. Dazu gehört auch die Demagogie, mit der der Begriff »Meese-Report« eingesetzt wird. Die Frauen hatten schon vor Jahren die Regierung gezwungen, dem in den USA ja noch viel größeren Problem der Pornografie durch eine Untersuchung Rechnung zu tragen. Die Kommission wurde vor Reagans Wahl eingesetzt. Der Report – sowas dauert immer Jahre – ist dann zur Zeit der Reagan-Regierung auf den Tisch gekommen. Soviel zum sogenannten »Meese-Report«.

Was die angebliche Koalition von Feministinnen und Rechten angeht: Die radikalen Feministinnen gehören seit Jahren zu den wenigen Kräften, die diese Strömung der Moral Majority auf das entschiedenste bekämpfen. Da gibt es kein Vertun. Daß diese Kräfte versucht haben, die Kampagne für sich zu nutzen, na und? – wer Politik macht, weiß, daß man alles benutzen kann. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns von Kräften zu distanzieren, die unsere Versuche, etwas zu verändern, punktuell unterstützen.

Es ist ja auch kein Zufall, daß Feministinnen weniger über ihre Inhalte definiert werden als darüber, ob sie sich von den Richtigen distanzieren und mit den Richtigen befreunden. Die Behauptung, wir machten das Geschäft der Konservativen, ist die klassische politische Diffamierung nach der Melodie: bürgerlicher Feminismus.

Andererseits wird es bei dieser Kampagne de facto gar nicht so laufen, weil wir in der Sache sehr genau argumentieren. Wir haben keinen Zweifel daran gelassen, daß Kategorien wie »öffentlicher Anstand«, »bürgerliche Moral«, nicht unsere Kategorien sind. Wir fordern eben auch nicht, was CDU und CSU sehr begrüßen würden, eine Verschärfung des Strafgesetzes. Wir betrachten Pornografie nicht als eine Frage des öffentlichen Anstandes sondern als eine Frage der Menschenrechte, der Frauenfeindlichkeit.

Die allerersten Reaktionen waren, daß Teile der SPD zugestimmt haben, Teile wohlgemerkt, daß Einzelne aus dem grünen Spektrum zugestimmt haben, und daß Frauen aus den etablierten Frauengruppen, aus CDU, CSU und FDP signalisiert haben, sie würden zwar den Kampf gegen Pornografie unterstützen, hätten aber Probleme mit dem Zivilgesetz.

Gremliza: Man kann den Beifall von der falschen Seite nie ausschließen. Doch man kann ihn einladen; oder ihn abschrecken. Mir hat für meine Kritik an Springers Erzfeind Wallraff bis heute kein Springer-Blatt applaudiert. Man muß nur den Einzelfall deutlich als Konsequenz einer radikalen Haltung erkennbar machen.

Schwarzer: Unsere Position ist so formuliert, daß der prophezeite Beifall von rechts mürrisch ausgeblieben ist. Dagegen ist der befürchtete Angriff von links im Übermaß eingetreten...

Gremliza: Wie bitte? Gut, wenn du das links nennst: die »TAZ« und Greiner in der »Zeit«, der plötzlich den Marxismus entdeckt. . . Das war aber auch schon der ganze Angriff von »links«. Dafür druckt ihr in der »Emma« die volle Zustimmung der Justitiarin der »Bild»-Zeitung ab.

Schwarzer: So kann man das auch formulieren: Justitiarin in der »Bild-Zeitung« – sie ist die Vorsitzende des Juristinnen-Bundes. Das war ja schon beim »Stern«-Prozeß so, daß weite Teile der etablierten Frauenverbände sich angeschlossen haben. Als Feministin begrüße ich das sehr. Hier gibt es eine Betroffenheit von Frauen, die einfach quer durch alle politischen Lager geht. Ob sie in allen Konsequenzen mitziehen, wird man sehen. Wir machen Frauenarbeit, wir wollen die Frauen erreichen. Der Vergewaltiger fragt auch nicht vorher, was sein Opfer wählt. Mich interessiert weiterhin politische Veränderung, ich freue mich über jede Bewegung in Bereichen, von denen ich möchte, daß sich was verändert – da hab ich keine Berührungsängste. Und ich freue mich natürlich uneingeschränkt, wenn etablierte Frauenverbände in diesem Punkt, der ein harter Punkt ist – und die Frauen im pseudoprogressiven Milieu wissen, warum sie den Jungs nach dem Maul reden – , wenn diese Frauenverbände sagen: Da haben die Feministinnen recht.

Gremliza: Also, sie sind gegen Pornografie**,** die Ursula Männle von der CSU, die Senatorin Hanna-Renate Laurien von der CDU, die Renate Damm vom Springer-Verlag – aber doch auf ganz andere Weise als ihr. Die wollen, daß der Staat den öffentlichen Anstand herstellt.

Schwarzer: Behauptest du. Wir werden sehen. Es gibt ja schon ein Gesetz gegen Pornografie (allerdings nicht in unserem Sinne, nicht gegen Frauenfeindlichkeit, sondern für den »öffentlichen Anstand«), und zwar ein Strafgesetz. Es wird schon länger daran herumlaboriert, dieses Gesetz zu verschärfen. Und die das tun, sind zum Teil wirklich Menschen, die finden es unanständig, was sich da etwa im Video-Bereich tut. Und zum Teil sind es Leute, denen das in den Kram paßt, weil sie darin ein Instrument sehen, da einen Buchladen und dort eine Druckerei durchsuchen zu können. Unsere Kampagne für ein Zivilgesetz richtet sich auch gegen dieses mißbrauchbare Strafgesetz, das zwar Pornografie sagt, aber nicht Pornografie meint.

Gremliza: Aber auch ihr fordert eine gesetzliche Regelung, und daß ihr es in der Hand habt, welche Forderung Gesetz wird, scheint mir nicht einmal fraglich.

Schwarzer: Du hast recht und du hast nicht recht, denn du läßt zweierlei außer acht: Erstens den gesamten Vorlauf. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß mich vor allem die Gesamtkampagne interessiert und das Gesetz nur eine zugespitzte, provokative Konkretisierung des Gedankens ist. Und zweitens vergißt du, daß wir nicht hier säßen, wenn »Emma« einfach nur über Pornografie berichtet hätte. Erst als wir gesagt haben: Jetzt wird nicht nur argumentiert, informiert, beklagt, sondern jetzt wird etwas verlangt, gefordert – erst da habt ihr euch genötigt gesehen, euch mit der Sache zu befassen, erst da wurde gefragt: Ist es wirklich so schlimm, ist das denn tatsächlich nötig, so ein Gesetz? Und nun reden plötzlich alle über Pornografie. Natürlich sind Gesetze auch Instrumente der Repression, aber sie sind nicht nur das – sie sind auch Ausdruck des moralischen Selbstverständnisses einer Gesellschaft. Wir sind uns einig, daß es eine Klassenjustiz gibt, und wir Feministinnen wissen, daß es auch eine Männerjustiz gibt: Gefängnisse sind weniger dazu da, Menschen zu verbessern, sondern eher diese zu brechen; daß nicht alle Gesetze Recht sind und ihre Anwendung schon gar nicht. Aber man kann deshalb die symbolische Wirkung von Gesetzen nicht ignorieren. Deshalb fordern wir ein Gesetz, das die Pornografie als extremsten Ausdruck sexistischer Darstellung von Frauen zum Unrecht erklärt. So wie die antisemitische Darstellung von Juden Unrecht ist, oder die rassistische von Schwarzen.

Gremliza: Es gibt im Strafgesetzbuch einen Paragraphen, der das Zeigen nationalsozialistischer Kennzeichen verbietet. Angeklagt nach diesem Gesetz werden bis heute fast ausschließlich antifaschistische Demonstranten – nicht etwa nazistische Devotionalienhändler. Damit will ich sagen: Jedes Gesetz wird, unabhängig von den guten Vorsätzen seiner Initiatoren und oft auch ohne Rücksicht auf seine Logik, von der Justiz den Bedürfnissen der gesellschaftlich Herrschenden angepaßt. Wie auch der Paragraph, der sog. harte Pornografie verbietet, dazu dient, ein Heft von »Emma«, das sich ausdrücklich gegen diese Pornografie wendet, unter den Ladentisch zu verbannen, weil es die Geschäfte der Porno-Produzenten stört. Ich glaube, das politisch Wichtige an der Kampagne gegen Pornografie ist die Kampagne selbst, wie das Wichtigste an der Debatte um die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe die Debatte war und ist – sie hat Bewußtsein geschaffen dafür, daß Gewalt mit Trauschein auch Gewalt ist. Die Hoffnungen, die auf die Wirkung des Gesetzes gesetzt werden, sind illusionär.

Schwarzer: Ich weiß nicht, wer die Illusion hat – vielleicht die 15 Prozent KONKRET-Leserinnen, die ja in diesen Fragen recht naiv gehalten werden. Auch ich meine, daß das Wichtigste die Kampagne selbst ist. Dieser Meinung sind auch die »Emma«-Leserinnen und -Leser. Das siehst du an den Reaktionen. Da schreibt uns eine Frau, die auf Geschäftsreise war: Ich war im Hotel; ich hab mich eigentlich schon lange über die dort angebotenen Porno-Videos geärgert – aber jetzt hab ich mich beschwert. Die Frauen fangen an, das alles schärfer zu sehen und sich zu wehren.

Gremliza: Das Gesetz ist dir also gar nicht so wichtig.

Schwarzer: Der Gesetzesvorschlag ist ernst gemeint, auch wenn ich meine, daß die Gesetzes-Kampagne wichtiger ist.

Gremliza: Zweck dieses Gesetzes ist es, die Herstellung und Verbreitung pornografischer Schriften und Filme zu unterbinden – nicht auf strafrechtlichem, sondern auf zivilrechtlichem Weg. Aber auch dann ist das Ergebnis: Zensur. Was soll dann mit den Büchern geschehen von...

Schwarzer: ... de Sade? Der war eindeutig ein Produzent härtester Pornografie ohne jeden künstlerischen Wert. Die Linke feiert ihn als Revolutionär, sie weiß warum...

Gremliza: Aber seine Schriften haben erhebliche kulturpolitische Folgen gehabt bis heute, und wer die Geschichte der Sexualität studieren will, kann an diesen Schriften nicht vorbei.

Schwarzer: Stimmt. Aber, auf die Gefahr hin, daß du mich jetzt in der Luft zerreißt: Wir sind nicht in einem Stadium, wo wir uns darüber Gedanken machen müssen. Das Gesetz wird in seinen wesentlichen Inhalten nicht so schnell Realität werden. Ich erhoffe mir von der Kampagne in erster Linie Bewußtseinsänderungen, etwa der Art, daß de Sade nicht mehr so locker und selbstverständlich auf dem Tisch der WG-Küche liegen kann, und der Genosse sagt: Eh, find ich geil, ein unheimlicher Libertin, der olle Sade.

Gremliza: Ich habe jetzt verstanden, daß der Gesetzentwurf zwei wichtige Funktionen hat: Er gibt der Kampagne drive und soll verhindern, daß die rechten Saubermänner den Kampf gegen Pornografie zu einer Verschärfung des Strafrechtsparagraphen zum Schutz des öffentlichen Anstands nutzen. Dennoch bleibt für mich der Gesetzentwurf der Pferdefuß der Kampagne. Es gibt Dinge, die zu bekämpfen einem der bürgerliche Staat nicht helfen kann. Dieser Staat ist dazu da, die bürgerliche Herrschaft in all ihren Formen zu verteidigen. Und wenn man ihn dazu animiert, wird er die Pornografie auf eine Weise »bekämpfen«, die niemand sich wünschen kann.

Schwarzer: Dann laßt euch doch was Wirkungsvolleres gegen Pornografie einfallen, ihr linken Männer!

Gremliza: Wenn ihr aber das Gesetz dennoch durchsetzen könntet – weißt du, gegen wen der erste Prozeß geführt würde? Gegen Elfriede Jelinek.

Schwarzer: Eben überhaupt nicht. Leider hat mir diese Frage noch nie jemand gestellt, denn was Jelinek macht, ist das Gegenteil von Pornografie. »Die Klavierspielerin« ist eben keine Fortschreibung der sexualisierten Erniedrigung von Frauen, sondern deren schmerzliche Problematik.

Gremliza: Und selbstverständlich wird sich deine Männerjustiz zunächst die Autoren vornehmen, die Pornografie denunzieren.

Schwarzer: Kokolores. Nicht nach unserem Gesetz, weil da ja genau steht, daß das keine Pornografie ist.

Gremliza: Ja, da steht: es gehe nicht um Werke, die zur wissenschaftlichen oder gesellschaftskritischen Aufklärung dienen. Ob sie das aber tun oder nicht, entscheidet der Richter. Ich habe mal den Verleger John Jahr angezeigt, weil er in seiner Zeitschrift »Das Dritte Reich« kommentarlos ein vierfarbiges Hochglanz-Foto »Stander des Führers und Reichskanzlers« abgedruckt hat. Das verstieß eindeutig gegen das Strafgesetz. . .

Schwarzer: Und ausgerechnet du sagst mir in Sachen Pornografie, Gesetze seien fürn Arsch.

Gremliza: Eben das wollte ich damals demonstrieren.

Schwarzer: Aber du kannst es wenigstens demonstrieren, Hermann. Wir können ohne Gesetz noch nicht mal das!

Gremliza: Und das Ende der Geschichte: Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen eingestellt – mit der Begründung, die Abbildung sei erkennbar zeitdokumentarisch und zur politischen Bildung bestimmt.

Schwarzer: Genau, das meine ich mit hohem Roß. Du redest als Satter mit Hungrigen. Du hast dieses Instrumentarium zur Verfügung. Wir Frauen leben in einem völligen Dschungel. Wenn es das von uns definierte Gesetz gäbe, käme keineswegs die von ein paar naiven Schwestern so genannte »feministische Pornografie« dran – was auch immer das sein mag. Und schon gar nicht Elfriede Jelinek mit ihrer klarsichtigen, offensiven, bösen Verarbeitung unserer Verhältnisse. Hier habt ihr die Produkte eurer Pornografie, Bigotterie und Gewalt, sagt sie, das kommt dabei raus, das halte ich euch vor.

Wozu unsere Kampagne tatsächlich »benutzt« werden wird: Man wird die »Übertreibungen« der Pornografie bremsen. Und das soll mir recht sein. Das genügt mir zwar nicht, denn politisch noch wichtiger als die sogenannte harte Pornografie ist die Pornografisierung des gesamten Alltags – aber es ist mehr als nichts.

Gremliza: Ein letztes Fallbeispiel für das, was ihr mit eurem Gesetz meint: Jean Marc Reiser.

Schwarzer: Das ist ein Fall wie Jelinek. Ich finde den überhaupt nicht sexistisch, ich finde den nicht nur wahnsinnig als Zeichner – mein Lieblingszeichner! – sondern auch feministisch. Seine letzte Männerfigur, dieser Kotzbrocken, diese elende Kreatur mit den hängenden Eiern und der dreckigen Unterhose, der trotzdem noch hinter Frauen herblökt – also wenn das sexistisch sein soll...

Konkret 02/88, S. 43

Hans-Joachim Lenger

Die Konsequenz des Gedankens

Antwort an Jan Philipp Reemtsma

»Früher war ich eine hoffnungsvolle Radikale. Das ist jetzt vorbei. Die Pornographie hat mich infiziert. Einst war ich ein Kind und träumte von Freiheit. Jetzt bin ich erwachsen und sehe, was aus meinen Träumen geworden ist: Pornographie. « Es gibt einige bemerkenswerte Sätze in Andrea Dworkins Buch »Pornographie«. Dieser spricht von einer tiefen Enttäuschung; sieht man genauer zu, auch von den Verfehlungen eines Denkens, das suggeriert hatte, den Sex und die Freiheit zu einem Versprechen verschmelzen zu können: Befreit euren Sex, und ihr werdet euch selbst befreit haben; entledigt euch der Tabus, die euch von eurem Sex trennen, und ihr werdet euch auch der Mächte entledigt haben, die ihren Gewinn aus der Enteignung eures Sex ziehen. Andrea Dworkins Entsetzen rührt nun aus der Einsicht, daß dieses Versprechen trog; ihre Verzweiflung entspringt der Erfahrung, daß sich eine Industrie dieses Versprechens bemächtigen und es pornogrammatisch übersetzen und umsetzen konnte. Was alle Figuren der Macht auflösen sollte, offenbart sich ihr jetzt selbst als eine ihrer Figuren. Und sie folgert, was auch Jan Philipp Reemtsma emphatisch zitiert: »Die neue Pornographie ist links; und die neue Pornographie ist ein riesiger Friedhof, auf dem die Linke begraben liegt.«

Zu Recht weist der Klappentext die Autorin als »alttestamentarische Prophetin« des Feminismus aus; ihr Text gehört zur Theologie einer Linken, die tot ist, deren Versprechen aber um jeden Preis überleben soll – als Gespenst. An die Stelle der vorbehaltlosen Befreiung ist ihr deshalb der Wille zur vorbehaltlosen Reglementierung getreten. Er will sogar Gesetz werden, mit dem Staat koalieren, und artikuliert sich bei Dworkin in einer suggestiven Theologie der Verkündigung. Theologisch ist eine Rede, die aus Bezirken spricht, die keiner möglichen Erfahrung zugänglich sind; und suggestiv wird sie, indem sie sich im Namen aller ausspricht: »Wir wissen alle, daß wir frei sein werden, wenn es keine Pornographie mehr gibt« (Dworkin). Die Exerzitien also haben gewechselt. Das alte Versprechen der Freiheit aber hat sich in ihnen behauptet. Noch immer spukt es im Denken des Sexuellen, einem Simulakrum gleich, das alle Oppositionen von Wahr und Falsch, Emanzipation und Repression, Fortschritt und Reaktion herstellen, ordnen, überwachen soll.

Die Pornographie verheert die Sitten, erklärte die Rechte; die Pornographie verheert die Emanzipation, erwidert ihr nun die Linke. In den Voraussetzungen jedoch, die den Sex zum Trugbild des Politischen machten, besteht Einigkeit. Eifersüchtig wachen sie darüber, daß niemand dem Spiel entgeht, das von diesem Trugbild ausgeht. Die Linke ist pornographisch, erklärte die Rechte, weil sie die Moral zerstört; die Rechte ist pornographisch, erwidert die Linke, weil sie an dieser Moral festhält. Im vorlauten Handgemenge verschwindet, was das gemeinsame Zentrum beider Reden ist. Denn es ist nicht so sehr die Frage, ob, wie Jan Philipp Reemtsma schreibt, die antipornographische Kampagne auch »mißbraucht« werden kann (ja, »sie wird es sogar werden«). Fraglich ist, worin eine politische Kultur noch bestehen kann, die jetzt im Tabu gegen die Pornographie übereinkommen will, nachdem sie sich außenpolitisch schon im Tabu des Friedens um jeden Preis, innenpolitisch im Tabu der Gewaltlosigkeit um jeden Preis verschworen hat. In Zukunft wird die Linke mit der Rechten darum wetteifern, wer antipornographischer ist: ihr vorlautes Handgemenge ist simuliert; es verbirgt die postmoderne Erfahrung eines politischen Binarismus, der nichts so fürchtet wie das Gelächter.

Im vorlauten Handgemenge verbirgt sich das gemeinsame Zentrum, ohne hervorzutreten? An einem Punkt jedoch tritt es als fundamentale Übereinstimmung zutage. Einig sind sich die Rechte wie die Linke darin, daß jene Texte verboten werden müssen, in denen sich eine philosophische Erfahrung ausspricht, die nicht politisiert werden kann, weil sie weder der Ordnung des Theologischen, der Moral noch der Emanzipation angehört; eine Erfahrung, die den gemeinsamen christlichen Horizont der Linken wie der Rechten verblassen läßt und aus der die Mutter in Batailles »Obszönem Werk« an ihre Tochter schreiben kann: »Das Laster ist in meinen Augen wie das schwarze Strahlen des Geistes, das mich blendet und woran ich sterbe. Die Verderbtheit ist der spirituelle Krebs, der in der Tiefe der Dinge herrscht. Je mehr ich mich der Ausschweifung ergebe, um so luzider fühle ich mich, und die Aufreizung und Zerrüttung meiner Nerven ist bei mir nichts als eine Verheerung, die aus der Tiefe meines Denkens kommt.«

Das Entsetzen der radikalen Dworkin besteht darin, an jener Wurzel, an der sie das Übel glaubte packen zu können, den humanistischen Menschen der Emanzipation, der Moral und des Friedens nicht angetroffen zu haben. Also reichte die radikale Emanzipation nicht eigentlich auf den Grund der Dinge? Also war ihr Humanismus christliches Erbe und mußte eine Wahrheit verfehlen, der sich das Christentum nie hatte stellen wollen? Nein, Fragen dieses Typs können nicht zugelassen werden. Sie würden das Band verletzen, das die Revolution an das Christentum bindet. Die sexuelle Revolution ist verraten worden, erklärt uns die Linke; noch jede Revolution endete bisher in einem solchen Verratsprozeß. Worin die sexuelle Revolution verraten wurde, war der Umstand, daß sie von Anbeginn infiziert war von einer männlichen Verderbnis, die ihrer Freiheit ihrer Unschuld, ihrer Menschlichkeit den pornogrammatischen Tod aufzwang. Seither ist die Pornographie links und die Linke feministisch. In der Verderbnis des Mannes nämlich waren Natur und Kultur je schon eins, erklärt Andrea Dworkin und bestätigt damit die Struktur inquisitorischen Wissens. Bestand die Anfälligkeit der Frauen inquisitorisch in ihrem höheren Flüssigkeitsgehalt, der sie dem Bösen empfänglicher machte, wie der »Hexenhammer«

lehrte, so beginnt umgekehrt der Mann feministisch schon »als Kind (...) damit, das Selbst der Mutter auszusaugen – was immer sie davon hat, steht nur ihm zu.« So gebiert das Spiegelstadium der Phantasmen wieder Realität. Was immer die Psychoanalyse an Differenzen von Symbolischem, Imaginärem und Realem hatte entziffern können, wird als Technik männlicher Verstellung decouvriert; »was nach Männermeinung übrig bleibt, ist ein Stückchen Fleisch, wenige Zentimeter lang: der Penis« (Dworkin), der selbst schon Terror ist.

Alle theologischen Figuren passieren hier Revue. Andrea Dworkin hat sich mit Pornographie »infiziert«; ihr Schreiben war ein Opfergang, der unterwegs christologische Züge annahm. »Es ist bösartig individuell. Ich, die Autorin, bestehe darauf, daß ich für uns, die Frauen, einstehe. Indem ich das tue, bestehe ich auf der gesellschaftlichen Bedeutung des Schreibens. Indem ich mich dem Alptraum stelle, will ich es einer anderen Generation von Frauen ermöglichen, die Träume von Freiheit wieder aufzunehmen, die mir die Pornographie genommen hat.« Ihr Buch ist deshalb nicht nur Selbstreinigung; es wird, um dies sein zu können, zum Exorzismus der anderen.

Wie fast immer, so spricht auch hier die Sprache aus, was der Sprechende sich verheimlichen wollte; etwa, wenn sie zwischen dem Subjekt der Aussage und dem Subjekt des Aussagens deliriert. »Frauen glauben nicht, daß Männer glauben, was Pornographie über Frauen sagt. Aber Männer glauben es. Von den schlechtesten bis zu den besten unter ihnen, sie glauben es . « Solche Sätze Andrea Dworkins, die den Texten aller theologisch-politischen Inquisitionen angeähnelt sind, bilden keine Polemik, keine Überhöhung, keine Rhetorik. In ihnen spricht sich das argumentative Zentrum aus, um das die Autorin ihr Material gruppiert. Solche Sätze erlauben nicht einmal die Zustimmung. Sie verlangen Unterwerfung. Als Mann ihnen zuzustimmen hieße, wie im Paradox des lügenden Kreters, sie zu dementieren. Sie verlangen deshalb Sätze folgenden Typs: Ich glaube, daß ich glaube, was ich nie wissen kann, daß ich schuldig bin. Es wäre nun zu einfach, Jan Philipp Reemtsma, der gewiß zu den besten gehört, lediglich auf die Pikanterie seines Dementis hinzuweisen, in dem er als Mann über Dworkins Buch schrieb: »Lesen Sie die Argumentation selber nach; sie ist schlüssig.« Es wäre auch zu einfach, ihm Fragen vorzulegen wie die, weshalb Andrea Dworkin Sades Literatur an dessen Lebenswandel glaubt abfertigen zu können, anstatt etwa die Biografie der Comtesse Erzsébet B□thorys zu diskutieren, die nicht schrieb, wohl aber tat, was Sade zu tun nicht einmal im Traum eingefallen wäre, wohl aber schrieb? Oder die Frage, weshalb die vor Jahren in der Auslage von Dr. Müllers Sex-Shop ausliegende Sade-Ausgabe schon von Dr. Müller zensiert worden war – nämlich um die philosophischen Passagen, die den Pornographie-Konsumenten kaum auf seine Kosten kommen ließen? Oder ihn zu fragen, wie es kommt, daß Georges Bataille, dessen Werke er verboten sehen will, die Werke Walter Benjamins, aus denen er so flüssig zitiert, in der Pariser Nationalbibliothek vor jenen Nazis verbarg, die ihrerseits Pornographie als jüdisch klassifiziert und unter Strafe gestellt hatten? Oder ihn daran zu erinnern, daß in den Folterkammern des Hexenwahns viel Blut fließen mußte, bis jene winzige, aber entscheidende Zäsur zwischen Text und Welt, Phantasie und Wirklichkeit auch strafrechtlich Anerkennung gefunden hatte, die die Folterknechte der Inquisition schließlich delegitimierte.

Es geht nämlich gar nicht vorrangig um jene Vergewaltigung, der Dworkin das Detail unterwerfen muß, wenn sich ihre prophetische Rede seiner bemächtigt. Es geht um den gereizten Verordnungston, den selbst Jan Philipp Reemtsma anzuschlagen sich gezwungen sieht, wenn sich eine hoffnungsvolle Radikale dazu entschließt, die Sache der Linken für tot zu erklären; dann wird dekretiert, als handle es sich um den »Kurzen Lehrgang«: »Schließlich gibt es nicht nur eine Kampagne und einen Gesetzentwurf, sondern auch ein Buch. (...) Keiner der Autoren hat sich die Mühe gemacht, auch nur einen Blick hinein zu tun. Drum schreiben sie daher wie D. R. Fangmeier in den 'Spuren'. (. . .) Hätten die Verfasser das Buch gelesen und würden die, die sich gerade anschicken, das Ihre zur Pornographie-Debatte beizutragen, es lesen, wäre vielleicht klar geworden, worum es nicht geht. (...) Adornos Diktum wie Marcuses Buch gehören zu jenem Reden über Sexualität, das man aufgeben muß, will man Andrea Dworkins Buch verstehen – oder: aufgeben wird, wenn man es gelesen hat.« Welcher Glaube will sich hier denn retten, wenn er auf dem einen Buch besteht, das alle anderen Bücher auslegen, reglementieren, ordnen und ihre Lesart vorschreiben wird? Wäre die Linke gestorben an jenem Ort, an dem die Sadesche Erfahrung ihre Kreuze errichtete, es hätte sie nie gegeben.

Konkret 02/88, S. 46

Wolfgang Schneider

Stalin meets Nietzsche

Als Wolfgang Harich wegen antistalinistischer Umtriebe in Bautzen saß, schrieb Stephan Hermlin Oden auf Stalin. Heute schimpft Hermlin, Harich einen Stalinisten. Anlaß ist die Frage, ob Sozialisten Nietzsche brauchen

»Die wichtigste Eigenschaft der Geschichte liegt darin, daß sie sehr lang ist.«
Stephan Hermlin, 1980

Erst als der Kulturfunktionär Stephan Hermlin seinen Platz neben dem Staatsratsvorsitzenden verließ, zum Pult des X. Schriftstellerkongresses der DDR schritt, die Pfeife aus dem Mund nahm und mit der Beschimpfung des marxistischen Philosophen Wolfgang Harich begann, glaubte der ARD-Korrespondent Claus Richter jenen »leichten Glasnost-Wind« zu spüren, auf den er bis dahin vergeblich gewartet hatte.

Aus persönlichen Briefen des Angegriffenen zitierend, begründete der »Bürge für das schöne Wort« (W. F. Schoeller) seine »Aversion gegen den Briefschreiber« mit einem grundsätzlichen »Widerwillen gegen Demagogie und Erpressung«, nannte daraufhin Harich einen »Amokläufer« und »Scharfrichter«, der »nach dem Staatsanwalt« rufe und ansonsten »Nonsens« und »anachronistischen Müll« produziere, bescheinigte ihm »Fehldenken«, »Hysterie«, »Verfolgungswahn«, »Zwangsvorstellungen von Verbot und Ausmerzen« und »eine reaktionäre Rückwärtswendung in Richtung auf erledigte Positionen, die hunderten von fortschrittlichen Künstlern in vielen Ländern die Beschädigung oder die Auslöschung ihres Werks und selbst den Tod einbrachten und sozialistischen Ländern die Schmach zufügten, mit Faschisten verglichen zu werden«. Harich wolle der DDR »eine ganze Epoche der Weltkunst« entfremden, polterte der »weltläufige Literat« (F. J. Raddatz) und »Feinschmecker der Sprache« (M. Reich-Ranicki); lediglich das Wort »entartet« fehle im »Harich-Elaborat« – »wo sonst hätte dieses Wort seinen Platz gehabt?« Damit hatte Hermlin ein seit der Hochzeit des Kalten Krieges nur mehr selten aufgeführtes und bis dato den Reaktionären der kapitalistischen Welt vorbehaltenes totalitarismustheoretisches Kunststück fertiggebracht: er hatte Harich gleichzeitig zum Faschisten und Stalinisten gestempelt. Was war geschehen?

In der DDR-Kulturzeitschrift »Sinn und Form« (Nr. 5/1987) hatte Harich, einen vor Jahresfrist an gleicher Stelle erschienenen Aufsatz des Philosophen Heinz Pepperle: »Revision des marxistischen Nietzsche-Bildes?« zerpflückend, vor einem Überschwappen der französisch/italienisch/bundesrepublikanischen Nietzsche-Welle auf die DDR gewarnt und für generelle Nichtbefassung mit dem »Schrittmacher, Mitschöpfer und Ideensouffleur des europäischen – , des Welt-Faschismus« (Thomas Mann) plädiert: »Den Mann nicht für zitierfähig zu halten, sollte zu den Grundregeln geistiger Hygiene gehören.« Er fügte hinzu: »Natürlich wäre es falsch, über Nietzsche partout zu schweigen. Doch wo es unumgänglich ist, über ihn zu reden, da müssen die Maßstäbe stimmen, nach denen er beurteilt wird. Es fehlt jeder Anhaltspunkt dafür, daß die nationale wie die Weltkultur ihm irgendeine wertvolle Anregung zu verdanken hätten. In jeder Hinsicht war seine Wirkung schädlich.« Bei Pepperle nun, monierte Harich, seien die Maßstäbe ins Rutschen gekommen.

In der Tat hat Pepperle einen völlig konfusen Aufsatz geschrieben. Es scheint, als habe er versucht, die marxistische Nietzsche-Kritik, punktuell entschärft, mit der Nietzsche-Begeisterung westlicher Ästheten, leicht gebremst, zu versöhnen. Herausgekommen ist dabei ein verquaster Zwar-Aber-Verriß des Begründers »der weltanschaulich orientierten spätbürgerlichen Philosophie« (Pepperle): Zwar böten Nietzsches Texte jede Menge »Biologismus« und »Sozialdarwinismus«, aber »in der ganzen Mannigfaltigkeit Nietzschescher Ausdrucksmöglichkeiten«; zwar lehne Nietzsche »Demokratie, die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit« strikt ab und begründe »bewußt Ausbeutung und Unterdrückung«, aber dabei zeige er eine »beachtliche Begabung, bestimmte Grundanschauungen in immer neuer Gestalt und Form (!) zu beleuchten«; zwar habe sich Nietzsche mit seiner »Sozialismusfeindlichkeit« und »mit seinem Kampf gegen Wahrheit und Geist, seiner Verwerfung der Humanität und der Verherrlichung der Instinkte«, die »für sein ganzes Philosophieren konzeptionsbildend« gewesen seien, »der einzigen Grundlage beraubt, von der aus ohne Spekulation und Metaphysik heute noch vernünftig die Frage nach neuen Werten und dem Sinn menschlichen Handelns gestellt werden kann«, dennoch aber sei »seine Gedankenwelt vielschichtig, schier unauslotbar, man kommt an kein Ende«; zwar wiesen »Nietzsches Weltanschauungslehren« – »angefangen von seinen Ansichten über die Mitleidsmoral, über das Zeugungsverbot der Décadents, die Verherrlichung des Krieges bis hin zur Rechtfertigung einer neuen Sklaverei und einer neuen Herrenrasse« – lediglich den »Ausweg für eine kleine Elite«, dennoch empfehle er, Pepperle, angeregt durch die ebenso verfahrende bürgerliche Nietzsche-Rezeption, der sozialistischen Kultur und Wissenschaft für den Umgang mit diesem »Philosophen von Rang« folgende »völlig legitime Methode«: »Man richte den Blick auf Brauchbares und Positives, von anderen Seiten ist abzusehen, insbesondere lasse man den Gesamtzusammenhang aus dem Auge. Wer nach dieser Methode verfährt (...), der kann bei Nietzsche viel Anziehendes finden.«

Daß nun Pepperle selbst in keiner Zeile seines 35seitigen Aufsatzes wirklich »Brauchbares und Positives« vorzuzeigen vemochte, dessen trotzige Behauptung jedoch notwendigerweise mit einigen sachlich falschen Relativierungen erkaufen

mußte (»So war Nietzsche kein Antisemit ... Rassentheorien im üblichen Sinne (!) lehnte er ebenfalls ab«), hat Harich zum Anlaß genommen, die traditionelle marxistische Nietzsche-Kritik (Mehring, Günther, Lukács) in einigen Punkten zu ergänzen und zu pointieren.

1. Der Philosoph Arthur Schopenhauer (1788-1860), in der DDR bislang als Restaurationsapostel der nachnapoleonischen Ära gleich Nietzsche disqualifiziert, sollte in Zukunft differenzierter bewertet werden, da sein moralischer Anspruch »(auch) das Verhalten des Menschen (...) zur Natur, mindestens zur Tierwelt« einschlösse. Ganz im Gegensatz zum Theoretiker des 'Übermenschen', der »eine moralische Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen nur innerhalb der Herrenkaste bejaht, die er zugleich dazu anspornt, sich zu den Ausgebeuteten und Unterdrückten wie 'frohlockende Ungeheuer' aufzuführen«.

2. Der Einfluß Nietzsches auf die europäische Kunst des frühen 20. Jahrhunderts müsse deutlicher gemacht werden, weil in ihm der Grund für die faschistische Formierung einiger avantgardistischer Strömungen zu finden sei. In diesem Zusammenhang spricht Harich nur ungenau von »Fäulniserscheinungen« und »spätbürgerlicher Kulturzersetzung«, erklärt Lukàcs' Expressionismus-Kritik von 1934 für »im Kern berechtigt«, ohne dies – was 1987 nötig gewesen wäre – genauer auszuführen, konzentriert sich im übrigen aber auf den italienischen Futurismus, der mit »seiner Vorliebe für Kampf und Gefahr, seiner Erhebung der Technik zum Selbstzweck, mit der Verherrlichung der Geschwindigkeit, der Gewalt, des Krieges (...) die ursprüngliche, die authentischste faschistische Kunstrichtung (war). (...) Die expressionistischen Maler sind von ihm zur Mißachtung der Perspektive sowie zu anderweitig bequemer Primitivität ermutigt worden.«

Diese Passage hat »einen der letzten Homme de lettres« (die »FAZ« über Hermlin) so erzürnt, daß er sie lieber entstellt wiedergab: »Ich appelliere an die Schriftsteller, Zeichen wie dieses hier zu beachten, und zu begreifen, daß, wenn gegen Expressionisten und andere Künstler der ersten Jahrhunderthälfte polemisiert wird, auch sie selber gemeint sind.« Wie? Gegen Hanns Johst, den erfolgreichen expressionistischen Dramatiker, späteren Präsidenten der Reichsschrifttumskammer und Verfasser des berüchtigten »Wenn ich das Wort 'Kultur' höre, entsichere ich meinen Revolver«, darf nicht mehr polemisiert werden? Hat der »gebildete Kommunist« (K. Wagenbach) Hermlin tatsächlich vergessen, wie »Deutschlands führender Dichter des Expressionismus« (R. Wistrich), der Faschist Gottfried Benn, am 29.3.1934 auf dem Berliner Bankett der Union nationaler Schriftsteller den Präsidenten des italienischen Schriftstellerverbandes und Führer der Futuristen, Seine »Exzellenz Marinetti«, begrüßte?: »Wir freuen uns, daß Sie nach Deutschland gekommen sind in einer Zeit, in der das neue Reich entsteht, an dem mitzuarbeiten der Führer, den wir alle ausnahmslos bewundern, auch die Schriftsteller berufen hat. (...) Sie waren der Hersteller und Direktor des Futurismus. (...) Wir haben von hier aus verfolgt, wie ihr Futurismus den Faschismus miterschuf (...), wie aus ihrem futuristischen Gedankenkreis, seinem Willen, seinen Kampfstaffeln drei grundlegende Werte des Faschismus aufstiegen: das Schwarzhemd in der Farbe des Schreckens und des Todes, der Kampfruf 'a noi' und das Schlachtenlied, die Giovinezza.«

Aber an Bertolt Brecht wird Hermlin sich doch noch erinnern, der im Literaten-Streit der 30er Jahre ja zusammen mit Ernst Bloch und anderen gegen Lukács und dessen Expressionismus-Kritik Stellung bezogen hatte? Brecht notierte 1938 zum russischen, dem Faschismus also formal wie inhaltlich entfernten Futuristen-Kreis: »Sie setzten auf einen Riesenkubus eine Riesengurke, strichen das Ganze rot an und nannten es: 'Bildnis Lenins'. Was sie wollten, war: Lenin sollte nichts gleichen, was je wo gesehen worden war. Das Bild sollte an nichts erinnern, was man aus den alten, verfluchten Zeiten kannte. Leider erinnerte es auch nicht an Lenin. Das sind schreckliche Vorkommnisse.«

So habe Hermlin, dessen Lyrik – wie die »Süddeutsche Zeitung« am 13.4.85 feststellte – »der Artistik Benns verwandt« sei, das alles nicht gemeint? Dann hätte der »Bürge des Stils als Weltgeste« (Schoeller) es anders sagen, vor allem aber Harich nicht unterstellen sollen, er wolle die Trakl und Heym, die Stadler und Stramm, die Majakowski und Däubler, die Lasker-Schüler und Breton, die Aragon und Lorca noch nachträglich in die Gaskammern schicken.

Zweimal allerdings haben die guten Geister den Harich verlassen: So unsinnig es ist, die DDR-Ausgabe der »Aufsätze, Reden, Essays« Thomas Manns von 1983 »verfassungswidrig« zu nennen, bloß weil sie auch dessen ultrarechte Schrift »Betrachtungen eines Unpolitischen« von 1918 enthält, die Mann 1955 in die Werkausgabe letzter Hand nicht mit aufnehmen wollte, so borniert wirkt Harichs Behauptung, nur »Komplettierungswahn, kein an echtem Bildungsbedürfnis orientierter Service des Verlags für den Leser« sei für die Edition der drei »schwächsten Romane Heinrich Manns« ('Die Göttinnen' – »den elenden Schmarren«) verantwortlich. Selbst wenn sie, wie Harich vermutet, lediglich »zum Staubabwischen im Regal« stünden – er sollte den Eindruck vermeiden, als wünschte er ihre künftige Drucklegung zu verhindern.

3. Daß Nietzsches Frauenverachtung (»Du gehst zu Frauen? Vergiß die Peitsche nicht!«) in der Diskussion seiner Texte bislang keine Rolle spielte, erklärt Harich aus einer simplen Tatsache: »Die marxistische Kritik an Nietzsche haben Männer geschrieben.« Dieses Defizit »setzt die Position, von der aus sie geübt wird, dem Verdacht aus, einer achtlosen, gleichgültigen Haltung zur weiblichen Emanzipation, wenn nicht Vorschub zu leisten, so doch kaum im Wege zu stehen.« Anachronistischer Müll?

4. Ausführlich befaßt sich Harich mit Nietzsches Rassen- und Züchtungstheorien, die zwar auf die Reklamation vermeintlicher Körper- und Blutmerkmale verzichten, dabei jedoch keineswegs weniger grauenvoll ausfallen als der nazistische Arierwahn: Nietzsche träumte davon, durch Kreuzung »adlige(r) Offizier(e) aus der Mark« mit reichen Assimilationsjuden (daher das Gerücht, er habe Antisemiten gehaßt) »die Züchtung einer neuen über Europa regierenden Kaste« zu bewerkstelligen. Im übrigen trägt sein Programm globale, den eurozentrierten Marxisten bislang entgangene Züge. Sklavenimporte sind darin ebenso vorgesehen wie Raubzüge auf fremden Kontinenten.

40 Jahre später hat der faschistische Kulturphilosoph und Hobbyhistoriker Oswald Spengler diese rassistischen Phantasien zeitgemäß konkretisiert: Nietzsches »Herrenmensch« wird bei ihm »zum modernen 'Tatsachenmenschen großen Stils', zu dem über Leichen gehenden Raub- und Profitmenschen, zum Geldmagnaten, Rüstungsindustriellen, zum deutschen Generaldirektor (...), der den Faschismus finanziert« (Th. Mann, 1947).

1980 wäre Spengler 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß legt der C. Beck-Verlag sein Hauptwerk, den »Untergang des Abendlandes«, neu auf. Das bundesdeutsche Feuilleton, auf dem vorläufigen Höhepunkt der Nietzsche-Euphorie gerade prächtig in Stimmung und mit feinem Gespür für geistesgeschichtliche Kontinuitäten ausgestattet, begrüßt Spenglers Wiederentdeckung mit genau jenen Phrasen, die eben noch der Feier Nietzsches galten: »Möglich, daß dieses in seiner Niederschrift vom Pathos des Jugendstils (!) nicht freie Buch junge Leser heute abstößt. Sie sollten diese Abneigung überwinden, weil sie bei weiterer Lektüre ein Gedankengebäude von großer Kühnheit erwartet, das um seiner selbst willen bestehen kann« (»SZ«). Rüdiger Altmann, Mitte der 60er Jahre Trommler für Ludwig Erhards ' formierte Gesellschaft', preist in der »FAZ« (am 24.5.80) Spenglers »künstlerische Sensitivität«, seinen »Stil (...), der expressionistische Qualität besitzt«, »seinen imposanten Charakter«: »Er war ein sensibler und ängstlicher Mann«, »ein Träumer auf der Suche nach seiner Berufung«. Und ein mutiger Antifaschist dazu, wie sich aus seinem Leitsatz ergebe: »Es kommt nicht auf die reine, sondern auf die starke Rasse an.«

5. Im Zeitalter atomarer Massenvernichtungswaffen und der durch sie möglich gewordenen Auslöschung allen irdischen Lebens ist für Harich eine Kunsttheorie, in deren Mittelpunkt die Verherrlichung des Krieges steht, »absolut unerträglich« geworden. »Ihr sagt, die gute Sache sei es, die sogar den Krieg heilige? Ich sage euch: der gute Krieg ist es, der jede Sache heiligt« – predigte Nietzsche, und man versteht, warum beispielsweise Arno Schmidt ihn mit einem kurzen »maulfertiger Schuft« abtat.

6. Die seit einigen Jahren besonders unter linken Nietzsche-Fans grassierende Vorstellung, die komplette und chronologisch geordnete Publikation des Nietzsche-Nachlasses durch Colli/Montinari (1980) zeige, daß allein die Text-Manipulationen der Nietzsche-Schwester Elisabeth Förster für die positive Bewertung des »Erdbebens der Epoche« (Gottfried Benn) durch die Nationalsozialisten verantwortlich gewesen seien, weist Harich als Schutzbehauptung zurück. Zwar habe die frömmelnde Förster tatsächlich in Nietzsches Schriften und Briefen herumgepfuscht, aber keineswegs, um sie faschismuskonform zu brutalisieren. Im Gegenteil, die Neu-Edition belege: »Die Schwester hat damit angefangen, ihren Bruder zu humanisieren.« Und die westeuropäische Nietzsche-Rezeption der 70er und 80er Jahre sei ihr darin lediglich gefolgt.

Mit Stephan Hermlin hat sich nun erstmals ein hoher Funktionär des DDR-Kulturbetriebs öffentlich für die Aufnahme des »geistigen Wegbereiters des Faschismus« (Pepperle) in den Kanon 'kritisch' zu beerbender Kulturgrößen ausgesprochen, den bereits so illustre Gestalten wie Luther (»Reformator und Rebell« heißt der in der DDR, nicht etwa: Judenhasser und Fürstenknecht), Friedrich 11. von Preußen (den Hermlin schlicht »den Großen« nennt) und der Sozialistenverfolger Bismarck zieren: »Nietzsche existiert nicht in der DDR; ich halte das für einen Mangel, weil Sozialisten an keiner wesentlichen Gestalt vorbeigehen kOnnen. (...) Eine Gesellschaft, die der Zukunft zustrebt, (muß) sich ihrer Vergangenheit versichern.«

Hätte der »Rolls Royce unter lauter leicht lädierten Mittelklassewagen« (die »Zeit« über Hermlin) es bei dieser Dummheit belassen, mit der sich auch die Neu-Herausgabe der Reden Joseph Goebbels begründen ließe, ich würde, kopfschüttelnd die Rehabilitierung Oswald Spenglers auch in der DDR erwartend, zwar rasch zum »Mythos des 20. Jahrhunderts« greifen, um ja den Anschluß nicht zu verpassen, ansonsten aber zur Tagesordnung übergehen. »Diese gewaltig zu nennende Polemik Stephan Hermlins gegen Wolfgang Harich«, die »wohl noch lange nachwirken wird« (»FAZ«), enthält jedoch einige Sätze, die die Biographie der beiden Kontrahenten betreffen. Sie zeigen, was da vierfache Nationalpreisträger tatsächlich meint, wenn er dazu auffordert, sich der eigenen Vergangenheit zu versichern.

Harich, der in den letzten 50 Jahren »nichts gelernt und nichts vergessen hat«, habe, »was das Politische angeht, sich unter Sozialismus immer nur eine Art Kriegskommunismus, ein System der Repression vorzustellen vermocht«, berichtet Hermlin. »Glaubt er im Ernst, wir hätten so viele mit unsinnigen Diskussionen vertane Jahre vergessen, Jahre, die uns niemand zurückgibt?« Er schließt mit einer Drohung: »Wo eine solche Stimme sich erhebt, warten andere auf ihren Einsatz.« Ebendas befürchtet auch die »FAZ«: »Wie groß, so muß man fragen, ist die Zahl der Bundesgenossen des Philosophen Wolfgang Harich, der auf stalinistische Positionen zurückfallen will, was aufgeklärte Kommunisten wie

Stephan Hermlin wiederum alarmiert. (. ..) Man wird jetzt herauszufinden suchen, wie groß die Zahl der Anhänger ist, mit denen Harich rechnen kann. Sitzen sie vielleicht gar im Politbüro?« (28.11.87).

An dieser Stelle muß dem Harich, sollte er zufällig das Frankfurter Weltblatt mal in die Hände bekommen haben, ganz schummrig geworden sein. Diese Fragen hatte er doch schon mal gehört? Und wie war das noch gleich mit den »Jahren, die uns niemand zurückgibt«?

1949: Stalin wird 70. Der »Aufbau« veröffentlicht einen Geburtstagsgruß des damaligen Vizepräsidenten des deutschen Schriftstellerverbandes Stephan Hermlin: »Er organisierte die Berge/Und ordnete die Küsten/(.. .)/Der in die Zeiten schaut,/Wußte um das Maß,/Daß man diesem und jenem zumißt,/(...)/Aus dem unendlichen Raunen von Inseln und Ländern/Hebt das Entzücken sich mit seiner Botschaft dahin,/Wo die Verheißungen leben und die Epochen verändern,/Namenlos sich die Zeit endlich selbst nennt: STALIN.«

Währenddessen verteidigt der Theaterkritiker und Lehrbeauftragte für Dialektischen und Historischen Materialismus, Wolfgang Harich, den Schriftsteller Brecht gegen den Vorwurf, er biete »volksfremde Dekadenz«, den Fritz Erpenbeck nach der Premiere der »Mutter Courage« erhoben hatte.

1953: Am 5. März stirbt Stalin. Hermlin, mittlerweile überzeugt, Surrealisten und Expressionisten seien »falsch in der Form« gewesen, »weil sie falsch im Inhalt waren, so revolutionär sie sich auch vorkamen«, nennt die Futuristen eine »durchaus reaktionäre Richtung« und die 17. Juni-Revolte »einen schmutzigen faschistischen Putsch«. Im übrigen trägt er halbmast: »Zwei, drei Tage quälender Sorge, unablässig irrender Gedanken, wie ein Schmerz, den man nicht lokalisieren kann. Von Bulletin zu Bulletin .. . Und dann, früh morgens, ein Anruf. Im Hörer kein Wort. Atem. Ein Schluchzen. Die Welt ist verwaist. Nur einmal habe ich ihn gesehen – aufrecht an der Brüstung des Lenin-Mausoleums, an einem 1. Mai, umblüht von Millionen Menschengesichtern. (...) Er starb für mich, für dich, für uns (...) Für sein Land und für die Zukunft der Menschheit hat er sein Blut, Tropfen für Tropfen gegeben. Für euch, für uns ... Vergiß es nie, Jugend Deutschlands! Du wirst es nie vergessen...« (»Neue Deutsche Literatur«). »Schwer ist es, dieses Bild zu betrachten, das aus Moskau zu uns kommt: Stalin im Sarg. Dieses Bild ist unbegreiflich. An diesem Bild werden wir vielleicht etwas nie verstehen. Stalin war immer das Leben. Stalin lebt immer.« (»Aufbau«).

Zur gleichen Zeit wirft Harich, inzwischen gemeinsam mit Ernst Bloch und anderen Herausgeber und Chefredakteur der »Deutschen Zeitschrift für Philosophie«, stellvertretender Cheflektor des Aufbau-Verlags und Dozent für Geschichte der Philosophie an der Humboldt-Universität/Berlin, den stalinistischen Kulturpolitikern der SED »Hochmut«, »Ignoranz«, »Sektierertum«, »Mangel an Feingefühl«, »Bürokratismus« und »üble Meinungsdiktatur« vor. Seine Attacke gegen die als Zensoren fungierenden Mitglieder der staatlichen Kunstkommission gipfelt in der Feststellung, »daß sie mit ihren Maßnahmen und ihren entehrenden Unterstellungen eine unerträgliche, gisttOtende und herzbeklemmende Atmosphäre erzeugten, die wertvolle, progressiv gesinnte Intellektuelle der Gefahr aussetzte, charakterlos zu werden« (»Berliner Zeitung«, 14.7.53). Kurz darauf setzen Harich, Brecht und andere die Auflösung der Kunstkommission durch.

1956: Enttäuscht von der Weigerung der SED-Spitze, die Entstalinisierungsparolen des XX. Parteitags der KPdSU auch für die DDR zu übernehmen (»da hier solche Fehler überhaupt nicht gemacht worden sind« – Ulbricht), formiert sich um Harich eine Gruppe oppositioneller Parteimitglieder und erarbeitet ein antistalinistisches Reformprogramm. Nach vergeblichen Versuchen, die Führung von der Notwendigkeit innerparteilicher Diskussionen zu überzeugen, und alarmiert durch die Oktoberaufstände in Ungarn und Polen, formuliert die Gruppe schließlich eine politische Plattform, die sämtlichen Kreis- und Bezirksvorsitzenden zugeschickt werden soll. Harich informiert den sowjetischen Botschafter Puschkin über seine Pläne und nimmt Kontakt zur SPD auf, um die Voraussetzungen für ein wiedervereinigtes sozialistisches Deutschland zu erkunden.

Die Plattform beginnt mit den Sätzen: »Wir sind eine Gruppe von SED-Funktionären, die über eine breite bewußte und über eine noch breitere unbewußte Anhängerschaft verfügt. (...) Wir haben nicht die Absicht, einen Bruch mit der kommunistischen Partei herbeizuführen. (. . .) Wir wollen nicht mit dem Marxismus-Leninismus brechen, aber wir wollen ihn vom Stalinismus und vom Dogmatismus befreien und auf seine humanistischen und undogmatischen Gedankengänge zurückführen.« Zu diesem Zweck wolle man sich der Erkenntnisse Trotzkis, Bucharins, Luxemburgs, Kautskys, Sternbergs und der Erfahrungen des jugoslawischen Sonderwegs bedienen. Im einzelnen sieht das Konzept vor: Ausschluß der Stalinisten aus der Partei, innerparteiliche Demokratie, Bildung von Arbeiterräten in den Betrieben, Einführung der Gewinnbeteiligung in Industrie und Handel, Einstellung der Zwangskollektivierungen in der Landwirtschaft, »Geistesfreiheit«, Rechtssicherheit, Auflösung des Staatssicherheitsdienstes, Installierung eines souveränen Parlaments, Einheitslisten mit mehreren Kandidaten unter Wahrung der führenden Rolle der SED, Bündnisse mit den übrigen sozialistischen Staaten auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung. Man sieht: bis auf das unklar 'souveräne' Parlament: ein beinahe reiner Gorbatschow.

Für die damals glücklicherweise längst irreal gewordene 'Wiedervereinigung' stellen Harich und sein Kreis einige Bedingungen, die eine kapitalistische Restauration Gesamtdeutschlands ausschließen sollen: SPD-Mehrheit im Bundestag

(naja, die hatte ihr Godesberg schließlich noch vor sich), konsequente Entmilitarisierung und Entnazifizierung, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, Verteilung des Großgrundbesitzes, Austritt aus der NATO.

Ende 1956 werden Harich und seine Sympathisanten verhaftet.

Im selben Jahr veröffentlicht Stephan Hermlin seinen Lyrik-Band »Dichtungen«. Darin findet sich unter anderem folgender Hymnus auf Stalin: »Dann schritt vom Gebirg herab/Der Rufer, der Lehrer./Aus den Toren der Klüfte/Trat er hervor, der Mann aus Gori./Er raffte den Vorhang der Nebel./Quer über der Stirn/Stand ihm des Wasserfalls Regenbogen./(...)/Halt gebot er den Steppenwinden,/Riß das Unfruchtbare auf/Mit dem dröhnenden Keil der neuen Kraft./Es lauschten die Völker, die dämmernden, hinüber/Auf das Gurren in seinen Händen,/Und redeten untereinander/Von dem Adler,/Der vor den Habichten mächtig/Die Taube schützt.«

Am 7. März 1957 beginnt der Prozeß gegen die Harich-Opposition. Die Anklage lautet auf »Schwächung und Liquidierung der Staatsmacht« und »Sturz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik«: »Die Beschuldigten haben es gemeinsam unternommen, die verfassungsmäßige Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik planmäßig zu untergraben und sie zu beseitigen, indem sie (...) unter Ausnutzung konspirativer Methoden eine staatsfeindliche Gruppe bildeten.«

Am 9. März verurteilt das Oberste Gericht der DDR Wolfgang Harich wegen »Verbrechen gegen den Staat« zu zehn Jahren Zuchthaus. Erst Ende 1964 – nach acht »Jahren, die uns niemand zurückgibt« (Hermlin) – wird er von Ulbricht amnestiert.

Er ist dann beim Akademie-Verlag untergekommen, hat dessen Feuerbach-Ausgabe betreut, sich mit Jean Paul beschäftigt (seine Arbeit über »Jean Pauls Revolutionsdichtung« rückt 1974 das verkitschte Jean Paul-Bild der Germanistik zurecht) und 1970 »eine Abrechnung mit dem alten und dem neuen Anarchismus« vorgelegt, in der beispielsweise Daniel Cohn-Bendit so vorkommt: »Wie man sich innerkapitalistisch nützlich machen kann, kann man sich auch innerkapitalistisch mausig machen – das System bleibt stehen. Während Minister Jahn die Strafgefangenen Voüeyball spielen làßt und für adrette Tischdeckehen in ihren Zellen sorgt, sucht Revolutionär Cohn-Bendit ein neues Verhältnis zu seiner Freundin. Während Minister Leber nein sagt zu den Fernlastern auf der Autobahn, sagt Revolutionär Cohn-Bendit nein zur Familie. (...) Die ganze anarchistische Konzeption, Freiheiten des künftigen herrschaftslosen Zustandes in die Gegenwart hineinzuziehen, nichtautoritäre Verhaltensweisen inmitten der autoritären Gesellschaft vorzuleben, ist im Kern reformistisch. (...) Sie kann praktisch kein anderes Ergebnis haben, als daß der Kapitalismus mit neuer Innenpolsterung nunmehr auch in solchen Ecken und Winkeln ausgestattet wird, die von den sozialdemokratischen Polsterern bislang übersehen wurden.«

Mitte der 70er Jahre zieht Harich als einer der ersten marxistischen Wissenschaftler radikale Konsequenzen aus den Untersuchungsergebnissen des Club of Rome, indem er den »wachstumslosen, homöostatischen Kommunismus« propagiert und sich für ein »umfassendes System rationierter Verteilung« im Weltmaßstab einsetzt – womit er sich prompt den Titel »Ökostalinist« einhandelt (1979 wird der Frühinvalide nach Österreich und in die BRD gehen, sich bei Bürgerinitiativen und Grünen engagieren, um zwei Jahre später frustriert in die DDR zurückzukehren).

Auch sonst mischt er sich immer mal wieder ungefragt ein und provoziert damit merkwürdig stereotype Reaktionen. Im Frühjahr 75 etwa, nachdem er Raddatz' Marx-Biographie in Grund und Boden kritisiert hatte, wirft ihm Günter Grass vor, er habe eine »Exekution des Autors« zelebriert, »mit verbalem Fallbeil, durch brillanten Genickschuß«. Schon im Januar 73 aber, als er die »Macbeth«-Bearbeitung des DDR-Dramatikers Heiner Müller »reaktionär im Inhalt, schlampig in der Form« schimpft, vor »parasitären Tendenzen« in der Literatur warnt und damit (auch) die Dokumentarliteraten und Kompilatoren fremder Texte Peter Weiss, Hans Magnus Enzensberger, Heiner Kipphardt und Erika Runge meint, beschwert sich Stephan Hermlin über die Herablassung gegenüber »meinem guten Freund Enzensberger (...), der möglicherweise gar nichts mehr schreiben wird, weil ihn die Literatur anödet«.

Auch Hartmut Lange, 1965 nach West-Berlin übergesiedelter DDR-Literat, protestiert: Harich administriere Müller »in der gleichen Weise (...), wie Wyschinski (der Ankläger der stalinistischen Schauprozesse, WS) 1938 den armen Bucharin administriert hat. Gott sei Dank hat Harich kein Erschießungskommando zur Hand, denn sein Verständnis von Geschichte stinkt sehr nach dem Atem der stalinistischen Provinz. (...) Er schätzt die Geschichte und ihre Kunstleistungen nur in ihren Höhepunkten, ihren Orgasmen. Für die traurige Schönheit der Demontage« fehle ihm jeder Sinn (»FAZ«, 6.7.73).

Den besitzt Lange schließlich selbst: Am 30.8.75 hat am Hamburger Thalia-Theater sein Stück »Jenseits von Gut und Böse oder Die letzten Stunden der Reichskanzlei« Premiere. Hauptfiguren: Nietzsche, Liszt, Hitler, Eva Braun, Martin Bormann. Im Programmheft, das einen unauffälligen Hinweis enthält: »Der Text des Stücks beruht bis auf wenige Ausnahmen auf tatsächlichen Äußerungen der geschichtlichen Vorbilder«, begründet Lange die zentrale Rolle Nietzsches wie folgt: »Die eigentliche Größe und konsequente Leistung Nietzsches war also – sein Wahnsinn. (. . .) Der Vernunft seiner Zeit konnte Nietzsche nicht mehr folgen, es war die Vernunft der Massenemanzipation. (...) Hier resigniert (. . .) das Genie auf seine Weise vor dem Mittelmaß, ein Vorgang, der auch heute noch in vernünftigen Kreisen andauert.«

Konkret 02/88, S. 50

Wolfgang Pohrt

Figaros Scheidung

Seit Henryk M. Broder sich nach Jerusalem verabschiedet hat, ist er erst richtig hier – auf allen Kanälen. Und ärgert die Leute, die Bösen wie die Guten. Das freut den Rezensenten

Obgleich Broders neuer Band Texte enthält, die unabhängig von der Person des Autors bestehen können, ist das Buch, wie schon der sehr persönlich gefärbte Titel »Ich liebe Karstadt« verrät, zugleich eine Personality-Show, und wenn man die Dramaturgie der Inszenierung goutieren will, kommt man nicht um einige Überlegungen herum, welche die Spannungen und Erwartungen betreffen, unter denen das deutsch-jüdische Verhältnis nach 1945 litt. Ein heikles Thema also, an welches man den Leser am besten heranführt, indem man sich seiner Zustimmung zu einer so unstrittigen und unverfänglichen Überlegung wie der folgenden versichert: Wer nie einem anderen heimlich in den Geldbeutel griff, wird kaum einen Beweis für die eigene moralische Standhaftigkeit in der Tatsache erblicken, daß er dergleichen strafbare Handlungen unterläßt. Ganz anders hingegen verhält es sich bekanntlich beim ehrlich gewordenen Gewohnheitsdieb, dem noch gelegentlich die Finger zucken, und allgemein ist die selbstgefällige bis aufgeblasene Miene von Rauchern bekannt, die das kleine Laster mit großer Willenskraft aufgegeben haben. Analog dazu müßte eigentlich nach 1945 jeder Jude, den sie frei herumlaufen und am Leben ließen, für die zur Enthaltsamkeit verurteilten Deutschen ein moralischer Triumph und ein umso schlagenderer Beweis ihrer Gutmütigkeit gewesen sein, als sie doch, wie zuvor gezeigt, auch ganz andere Saiten aufziehen konnten. So träumten die Deutschen, die ihr neues Verhalten immer noch am alten maßen, sich in die Illusion hinein, sie seien die dicksten Freunde der Juden, und selbstverständlich erwarteten sie auch, daß ihre glaubliche Großherzigkeit angemessen belohnt werde.

Im Klima dieser aufdringlichen, fordernden Judenfreundschaft nun wuchs Henryk Broder auf, und schon früh entwickelte er, wie er jedenfalls rückblickend meint, ein feines Gespür für den lauernden Charakter einer Anhänglichkeit, die möglichst umgehend mit hohen Zinsen zurückgezahlt werden soll: »Ich übte mich, wo immer es ging, im Auffallen und Provozieren. Es war ein ständiges Proben für den Ernstfall, von dem ich nie wußte, wie und wann er eintreten würde, ein Hase-und-lgel-Spiel, bei dem ich natürlich der Igel war, der den Hasen austrickste. Und zugleich war es der in die Praxis des täglichen Lebens umgesetzte Wunsch nach Unterhaltung. Da dies ein Genre ist, das in Deutschland zum weiteren Umkreis von Drogenhandel und Prostitution gerechnet wird, und sich deswegen nur in bestimmten räumlich und zeitlich abgegrenzten Sperrbezirken entfalten darf – im Karneval, beim Blauen Bock und in den Statements, die Helmut Kohl abgibt – da ich in meiner unmitteibaren Umgebung nicht genug Unterhaltung vorfand, stellte ich sie mir selber her. Es war wirklich einfach, aufzufallen und zu provozieren, Leute zu ärgern, die sich dann mit ihren Reaktionen entblößten. Ich mußte mich dabei kaum anstrengen.« Fast mühelos, wie freundlich hingeplaudert, sind daher auch Broders Lobreden zu lesen, die mit einer eher zurückhaltenden Würdigung der Heimat beginnen und mit einer offenen Liebeserklärung an die Karstadt-Kaufhauskette enden.

Angeblich von Winston Churchill stammt die Behauptung, es sei das Unangenehmste an den Deutschen, daß sie einem stets entweder die Füße lecken oder an die Kehle fahren. Wie skeptisch man solchen Verallgemeinerungen auch gegenüberstehen mag, zumal dann, wenn die Verleumdung von einem Kriegsgegner stammt, der selber Partei ist und daher in seinem Urteil befangen, so dürfte es doch eine unbestreitbare Tatsache sein, daß die Landsleute kein sonderlich ausgeglichenes und kein besonders nuancenreiches Gemütsleben besitzen. Nicht nur ist, wie Broder vermerkt, die Unterhaltung auf Sperrbezirke verwiesen, mit dem Resultat, daß der Geist witzlos und der Witz geistlos ist, weshalb man beim Vortrag und beim Bunten Abend oft unter der gleichen Langeweile leidet, sondern analog zur Alternative Spaß oder Ernst gibt es den Gegensatz von Gemütlichkeit und Fanatismus, Apathie und Betroffenheit und meist wenig dazwischen.

Besonders quälend tritt die Unfähigkeit zur disziplinierten Äußerung vielfältig abgestufter Gemütszustände bekanntlich im unverwechselbaren Sound alter UFA-Filme und neudeutscher Theateraufführungen hervor, wo der Hauptdarsteller, wenn er nicht nölt, oft den Eindruck erweckt, als unterzöge er sich gerade einer Urschrei-Therapie und werde gleich in den Teppich beißen, wenn man ihm nicht sofort seinen Schnuller bringt. Weithin unbekannt ist hier jene Form von gehaltener Erregung oder/und gebändigtem Zorn, bei welcher nur die Gesichtsfarbe um eine Spur blasser wird, ohne daß sich deshalb die Züge verkrampften und die Stimme überschlüge. Und vielleicht ist die Überzeugungskraft von Broders Texten in der Tatsache zu suchen, daß sie nie der Gefahr erliegen, in den Blut-Schweiß-und-Tränen-Stil der gängigen engagierten Politprosa zu verfallen, die jedem Erkenntnisgewinn die Form einer orgiastischen Schinderei gibt, nach deren Ende man ermattet zurücksinken darf, im Bewußtsein, wieder mal eine phänomenale Leistung an Reue, Einsicht und Betroffenheit vollbracht zu haben.

Statt vom Leser die finstere Entschlossenheit zu verlangen, daß er sich eines Artikels erbarme, weil das darin behandelte Thema von grundsätzlicher politischer oder moralischer Bedeutung sei, setzt Broder Leute voraus, die bei einer gut erzählten Geschichte einfach nicht lange weghören können. Auch Ereignisse, an die man aus verständlichen Motiven, aber ohne Berechtigung nicht zurückdenken mag, versteht Broder so zu schildern, daß neben dem schlechten Nachgeschmack

auch ein kleiner Rest Freude über den scharfsinnigen, witzigen Artikel bleibt und damit ein Grund, das Ereignis nicht restlos zu verdrängen. Während normalerweise auch der Gutwillige inzwischen einer tüchtigen Portion Selbstüberwindung bedarf, um die täglich aufs Neue verpfuschte Geschichte immer ein paar Jahre später als Vergangenheit wiederaufzuarbeiten und beispielsweise den hundertsten und zum hundertsten Mal folgenlosen Artikel über eine so durchgekaute und abgehangene Sache wie die Bitburger Soldatenfriedhofsbegehung durch Kohl und Reagan im Mai 1985 zu lesen, zumal sich darin in der Regel nur Schande auf Bande reimt: während man normalerweise daher von Themen wie Bitburg nichts mehr hören mag, weil sie längst zum bedingten Reflex dafür geworden sind, noch mal die alte Platte von der »Unfähigkeit zu trauern« und dem »Mangel an politischer Kultur« aufzulegen: während man das übliche Lamento also gründlich satt hat, ist man entzückt und erleichtert zugleich, bei Broder endlich die einzig angemessene publizistische Reaktion auf eine Affaire zu finden, die seinerzeit die Hirne von Befürwortern wie Gegnern stark verknotet hatte.

Broder setzt sich mit dem Argument auseinander, das Friedhofstreffen diene der Völkerverständigung, und er schreibt: »Dabei bedurfte es eigentlich gar keiner deutsch-amerikanischen 'Versöhnung über die Gräber hinweg' (Kohl), die hatte bereits auf anderer Grundlage und breiter Basis stattgefunden. 6.000 deutsch-amerikanische Ehen gab Bürgermeister Hollet – der Bürgermeister von Bittburg – bekannt, seien geschlossen und 16.000 Kinder geboren worden, was natürlich nur die sichtbare Spitze des Versöhnungsberges war, während die dazu notwendige Anzahl deutsch-amerikanischer Versöhnungstreffen der primären Art ein Vielfaches dieser Zahlen betragen haben mußte. Wozu also das Friedhofsspektakel? Weil es sich leichter im Fernsehen übertragen läßt als eine deutsch-amerikanische Hochzeitsnacht? Wozu das Pathos, die Rhetorik und der Rummel? Bürgermeister Hollets Weigerung, sich an einer 'Entnazifizierung' der toten Soldaten zu beteiligen, weist in die Richtung der eigentlichen Intentionen, die offen auszusprechen freilich noch immer schwerfällt. 'Wenn die Brüskierungen und Beleidigungen der Bitburger Bevölkerung unerträglich werden und die Ehre der hier bestatteten deutschen Soldaten noch tiefer in den Dreck gezogen wird', so der Bitburger Bürgermeister, 'rufe ich aus Gründen der Selbstachtung eine Sondersitzung des Stadtrats zusammen. Alle Parteien stehen hinter mir! ' Und dann? Auf die Frage, was die Sitzung bewirken solle, sagte der Bürgermeister einem Reporter: 'Das können Sie sich gut vorstellen.' – Eine Bitburger Stadträtin wurde noch konkreter: 'Wenn Präsident Reagan jetzt kapituliert, dann pfeife ich auf die ganze NATO und werde meinen Sohn überzeugen, den Wehrdienst zu verweigern.' – So tritt, aus einem seriösen Anlaß, jene Komik zutage, die man in den deutschen Lustspielen immer vergeblich sucht.«

Wohltuend hebt sich solcher Witz von den Beschwörungen professioneller linksliberaler Antifaschisten ab, die bei jeder Hakenkreuzschmiererei ihr mehr dräuendes als mahnendes »Wehret den Anfängen« erklingen lassen, als hätte Auschwitz noch gar nicht stattgefunden, und als besäßen die Deutschen noch immer die Macht, möglichen schlechten Absichten Taten bekannten Ausmaßes folgen zu lassen. Gleichwohl werfen gerade die wackersten unter den Nachkriegswiderstandskämpfern Broder maßlose Übertreibung vor: »Wo immer er hinschaut, sieht Broder nichts als Antisemiten«, meint einer, und: »Broder nimmt mehr und mehr die häßlichen Züge des Gegners an, den er bekämpft.« Solcher Mißmut, den Broder immer wieder zu erregen versteht, ist teilweise gewiß in der Tatsache begründet, daß er das Thema »Deutsche Geschichte in Vergangenheit und Gegenwart« nicht mit dem erwarteten feierlichen Ernst behandelt, und schon Hannah Arendt hat die Erfahrung gemacht, daß die Landsleute mit schweren Anschuldigungen und Vorwürfen recht gut leben können, aber bitterböse werden, wenn man sie auslacht. In einem Interview mit Günter Gaus hat sie erklärt: »Es gibt Leute, die nehmen mir eine Sache übel, und das kann ich gewissermaßen verstehen: nämlich, daß ich da noch lachen kann. Aber ich war wirklich der Meinung, daß der Eichmann ein Hanswurst ist, und ich sage Ihnen: Ich habe sein Polizeiverhör, 3.600 Seiten, gelesen, und ich weiß nicht, wie oft ich gelacht habe, aber laut! Diese Reaktion nehmen mir die Leute übel. dagegen kann ich nichts machen.«

Broders Witz, sein Erzähltalent, sein Gespür für Komik, seine Fähigkeit, den Antisemiten als zwar gefährlichen Hanswurst und nicht als Dämon zu zeichnen, – dies alles bildet zusammen zwar bereits einen hinreichenden Grund, das unermüdlich besorgte und ewig schlechtgelaunte westdeutsche Kulturestablishment zu verprellen, aber damit ist noch keineswegs die Intensität der Verbitterung erklärt, die sich mancherorts gegen ihn angesammelt hat. Verständlicher wird sie, wenn man noch einmal auf die Ausgangskonstellation rekurriert, in welcher Deutsche mächtig stolz darauf waren, daß sie Juden frei herumlaufen ließen, und in welcher Dank, Lob, Anerkennung sowie Erwiderung der Zuneigung besonders von jenen besseren Deutschen erwartet wurden, die nach 1945 dem Antisemitismus, wo immer er auftrat, Einhalt geboten, und die noch heute so eifrig bemüht um den Erhalt von Dokumenten jüdischer Kultur sind, daß man das Interesse bisweilen fast ein wenig gespenstisch finden kann. Denn schon 1943 kam eine Londoner Konferenz, welche sich Klarheit über die Absicht der Nazis verschaffen wollte, leicht konsterniert zu dem Befund, daß eben diese Nazis »heutzutage zu den Wenigen gehören, die sich mit jüdischen Forschungen beschäftigen«, und in der Tat richteten die Nazis ein »Museum für Antisemitismus« ein, sie gründeten eine »antisemitische Forschungsstelle« und ein »Institut für die Erforschung der jüdischen Frage«, wo all die andernorts beschlagnahmten Judaica, Hebraica etc. gesammelt wurden.

Als talentierter Schreiber jüdischer Herkunft hätte Broder daher die besten Chancen gehabt, vom Feuilleton bald auf Händen getragen zu werden. Doch statt, wie es von ihm erwartet wurde, mit der Rolle des dankbaren Schützlings zufrieden zu sein und nur die zuwendungsbedürftige Linke in ihrem Zwist mit der Reaktion mehr durch Applaus an der richtigen

Stelle als durch eigene Anstrengungen zu stützen, hat er selber Ermittlungen angestellt. So konnte es ihm kaum verborgen bleiben, daß deutsche Linke im eigenen Land durchaus nicht die Marsmenschen waren, für die sie sich in besseren Zeiten, vor ihrer patriotischen Phase, hielten, sondern Personen, die mit den Eßgewohnheiten auch viele Denkgewohnheiten ihrer Landsleute von der anderen politischen Fraktion teilten. Obgleich es nun gerade die Verfechter von nationaler Identität und kultureller Tradition am wenigsten überraschen sollte, daß viele dieser Denkgewohnheiten latent antisemitischen Inhalts sind, hat die Linke auf Broders Vorwürfe immer so reagiert, wie wenn man den Deutschen wirklich alles nachsagen könne, aber nicht, daß sie Antisemiten seien. Als Broder dann vor rund sechs Jahren obendrein die Gemeinheit beging, seinen Hauptwohnsitz kurzerhand von Köln nach Jerusalem zu verlegen, nicht ohne vorher eine gepfefferte Abrechnung mit den sogenannten besseren Deutschen zu schreiben, da kam bei den Zurückgebliebenen neben der Enttäuschung über den Verrat des Undankbaren auch die Hoffnung auf, nun sei die Sache endlich ausgestanden und Broder werde bald im Jordan-Tal Avocados pflanzen. Stattdessen ist er mehr als zuvor in den hiesigen Medien präsent, und als vergangenes Jahr seine Studie »Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls« für Wirbel sorgte, weil ein schon wieder in Vergessenheit geratener Frankfurter Theaterintendant per Gerichtsbeschluß den Vertrieb des Buches unterbinden ließ, da schrieb kein Geringerer als Walter Boehlich mutlos: »Aus der Absicht, in Israel zu leben, wurde wenig. Mal ist er hier, mal ist er dort, ein bißchen wie der nette Figaro.« Kaum als Kompliment gemeint – denn ein paar Zeilen zuvor war der nette Figaro noch der fanatische Antisemitenfresser, der, dessen Züge immer mehr denen des Gegners ähneln; kaum als Kompliment gemeint, und doch unmißverständlich als solches zu begreifen, insofern man Boehlich einfach nicht unterstellen darf, daß er nichts von der Rolle des Figaro bei Beaumarchais wie bei Lorenzo da Ponte wüßte, nichts von der aufklärerischen Bedeutung auch, welche die Geschichte vom vertrottelten Grafen und vom klugen Friseur am Vorabend der Großen Revolution besaß; kaum also als Kompliment gemeint, trifft Boehlichs Vergleich durchaus Broders Fähigkeit, Witz, kühlen Kopf und die Übersicht zu bewahren inmitten von mageren Almaviva-Imitaten, die zwar nicht mehr beim Stelldichein aus Versehen die als Geliebte verkleidete Gattin umarmen, die dafür aber umso gründlicher irren, wenn sie sich selber am Schreibtisch für antifaschistische Widerstandskämpfer, linke Oppositionelle, Beschützer der Juden, Gönner der Palästinenser, Hüter der Natur, Bewahrer des Weltfriedens und so weiter halten. In solchen Augenblicken, wo die Landsleute in Versuchung sind, sich wieder mal an ihrem eigenen Weltverbesserungswillen zu berauschen, tritt dann Broder aus den Kulissen und erklärt: »Was mir sofort in Auge springt, ist, wie verantwortungsbewußt die meisten Deutschen sind. Wenn sie nicht gerade 'betroffen' sind, tragen sie Verantwortung. Am liebsten für andere.«

Henryk M. Broder: Ich liebe Karstadt. Ölbaumverlag Augsburg, 210 Seiten, 24,80 Mark

Konkret 02/88, S. 52

Dietrich Kuhlbrodt

ich habe gesehen: Die Freddy Kruegers kommen

Mit »Nightmare 3 – Freddy Krueger lebt!« kommt der Filmheld endgültig in die Kinocharts. Ihm ist das zu gönnen, denn er ist schon ein toller Typ; ein Gruftiefreak; umso stärker als er ekliger ist. Wenn er grinst, überlappen sich die 18 Schaumlatexteile der Gesichtsmaske. Seine Haut ist total verbrannt. Das hat ihm die Bürgerwehr der Elm Street angetan. Freddy Krueger war Opfer einer mittelständischen Lynchaktion. Jetzt schlägt er wieder zurück, fast allmächtig. Freddy Krueger lebt in einem Tagtraum allererster Güte; das macht allen Hoffnung, die aktiv werden möchten, maskiert oder vermummt, gewalttätig.

Ein Film ist es, der dazu etwas zu sagen hat – und keineswegs ein dafür zuständiges Gremium. »Nightmare 3« ist ein Horrorfilm und ein herausragendes Exempel seiner Gattung. Nichts weiter. Aber grade deswegen gucken wir uns denjenigen etwas genauer an, von dem mit drohendem Unterton gesagt wird, daß er lebe. Der Film lebt seinerseits. Man spürt es, daß einer frisch und unbefangen im Horror-Eilmgenre herumfuhrwerkt und sich seine eigenen Spielregeln macht (»Nightmare 3« ist Chuck Russels Regiedebüt). Also gibt es in »Nightmare 3« trotz des Titels – nicht nur die branchenüblichen Regressionen des Alptraums. Denn Freddy Krueger ist clever. Hinter seiner Bürgerschreckvisage arbeiten die grauen Zellen, und die haben es rausgekriegt, wie man problemlos im Innersten der Mittelklassenschicht herumwüten kann, nämlich in den Nachtträumen der Kinder und Jugendlichen, die in ihren sauberen Bettchen schlafen. Wieder muß ein Krueger-Opfer zwecks stationärer Versorgung in die jugendpsychiatrische Abteilung der städtischen Klinik gebracht werden. Die Kinder der Lynch-Eltern sind samt und sonders des Wahnsinns, d. h. Kruegers fette Beute. Suizidgefährdet nennt man das.

Freddy Krueger schiebt sich mit seiner Kunstkralle (Klingenlänge ca. 10 cm) den breitkrempigen Hut aus der Stirn und grinst sich eins. Meist sehen wir ihn in dem alten Pullover mit den dicken Querstreifen, an den Rändern ausgefranst. Wenns sein muß, arbeitet er aber auch im Schrittbandslip. Die sexy Krankenschwester holt sich den jugendlichen Patienten, der bislang im Elternhaus sexuell behütet war, in den Behandlungsraum; schon turnt sie im besagten Slip auf dem ratlosen bis geschockten, jedenfalls ziemlich passiven Jungen herum; schließlich hat sie seine Zunge im Mund. Das ist selbstredend eine Großaufnahme. Man sieht nur noch Zunge, und die wird von Freddy Krueger – denn er ist es, wer denn sonst – aus dem Mund gerissen, Stück für Stück; meterlang scheint das Ding, und es sieht sehr organisch aus.

Die Kamera, die aus ein paar Zentimetern Entfernung draufguckt, nimmt die Perspektive unseres Helden Freddy Krueger ein. Das ist eine eindeutig lustbesetzte Blickrichtung. Man kann gar nicht anders, als sich mit ihr zu identifizieren. Andererseits ist der Junge Opfer einer bösen Vergewaltigung. Die Schockmontage, mit der die Zungen-Großaufnahme eingeführt wird, ist aus der Opfer-Perspektive gemacht. Beides soll zur selben Zeit genossen werden: Lust und Leid, und Freddy Krueger ist der perfekt ambivalente Held. Er macht aus den gemischten Gefühlen, mit dem das jugendliche Publikum, bang und erwartungsvoll zugleich, dem ersten organischen Sexualakt entgegensieht/sah, ein böses Spiel. Wehrlos auf dem Bett, Hände und Füße von sich sehr fleischlich windenden Riesenregenwürmern an die Pfosten gefesselt, von einer Spirale in den roten Schlund gezogen zu werden – , der Film läßt dieses regressive Bild nicht stehen. Wie also wehrt man Kruegers lähmende Traumwaffen?

Der Film entwickelt dazu, und das ist sein Thema, eine Strategie. Krueger muß in den Träumen selbst bekämpft werden (»Dream Warriors« ist der originale Zweittitel). Und das geht nur solidarisch und unter Auflehnung gegen die Erwachsenenautorität. In der Psychiatrie muß zunächst die unerträglich fiese Oberärztin bekämpft werden, die die jungen Patienten am liebsten in den diversen Beruhigungszellen isolieren möchte: hilflose Beute für Kruegers Alptraumorgien. Also werden im Gruppenraum konspirative Sitzungen abgehalten und Verhaltensmaßregeln erarbeitet, um sich dem autoritären Zugriff zu entziehen, nämlich dem von Krueger einerseits, dem der Ärzte, Pfleger und so weiter andererseits. Die Jugendlichen gelangen, dramatisch gestört durch eben diese Autoritäten, zu folgenden Erkenntnissen: Nämlich erstens, daß sie sich von Eltern- und Krankenhaus keine Hilfe versprechen dürfen, sondern sich als Betroffene selbst organisieren müssen und selbst aktiv werden müssen. Zweitens, daß sie nicht eigene Schuld, sondern Schuld ihrer Väter abzuarbeiten haben, die einen Lynchmord auf dem Gewissen haben. Drittens, daß sie die Koalitionsfrage und die Gewaltfrage lösen müssen.

Um jetzt langsam zu dem Punkt vorzudringen, warum ich das hier alles so ausführlich ausbreite, sei an dieser Stelle laut gesagt, daß es sich bei der Gruppensitzung im Gesprächstherapieraum mitnichten um eine Podiumsdiskussion handelt, sondern um eine Veranstaltung, in der alles, was sonst nur mit dürren Worten gesagt werden kann, prall erlebt wird, da Freddy Krueger, wie es der Titel sagt, lebt, und das Kinopublikum so wenig pädagogisch wird, wie die Altersgenossen im Film therapiert werden wollen. Aber zu erfahren ist, daß die Eltern nichts taugen. Zwar läßt sich das Mittelstandsmädchen von Mutti brav zudecken, doch schon muß diese schnell runter in den Livingroom, »Where do you keep the Bourbon?«,

fragt eine total unbekannte männliche Stimme, das Töchterchen bleibt allein im Bett, kläglich, da hilft nur noch Freddy Krueger, gegen Ende des Films reißt er der lieben Mutter endlich den Kopf ab und hält ihn an den Haaren vors Objektiv der Kamera, Mama redet unaufhörlich weiter. Oh Freddy, was hast Du gemacht? Jedenfalls hat Freddy sich viel zu spät die Mutter vorgenommen, denn vorher schlitzte er mit seinen Rasiermesserkrallen die Arme des Mädchens auf, was die Erwachsenen nur als Selbstmordversuch zu deuten vermochten.

Ein Bild für die Aussage, daß die Kinder (jedenfalls in »Nightmare 3«) nicht mit der späten Geburt begnadet sind: Auf dem Schrottplatz hat Papa eine Leiche im Auto liegen, ziemlich verwest im Kofferraum. Zu erfahren ist, daß die Kinder davon nicht loskommen. Vater muß ran, ob er will oder nicht (er will nicht), und den Deckel lüften.

Was die Fragen der Koalition und der Gewalt betrifft, so sagen die Bilder des Films eindeutig: ja! Mit der Psychologin können die Kinder ein Bündnis eingehen, weil auch die es raushat, sich mit Schwung in einen Sessel zu setzen und mit Rolle rückwärts im Alptraumhaus aufzustehen, obzwar das für andere Erwachsene nur ein niedliches Puppenhaus ist. Das ist auch inhaltlich logisch, weil Nancy Thompson (Meather Langenkamp) in »Nightmare I« selbst Freddy-Opfer war und daher weiß, daß er kein wegtherapierbares Hirngespinst ist; der Film begnügt sich jedoch noch damit, sie nur als Betroffene vorzustellen, welche in ebensolcher Funktion koalitionsfähig sein dürfe. Er zeigt sie uns als ganzen Menschen, und der ist schwer in Ordnung.

Ja, die Gewalt. Die läßt man, mehr oder minder klammheimlich freudig erregt, von Freddy machen, denn immerhin ist ja auch er, ohne daß auch dies noch gesagt werden müßte, Opfer der Lynchjustiz, das heißt Betroffener, das heißt potentieller Bündnispartner. Das funktioniert immer nur einerseits. Wenn in einer TV-Life-Show Dick Cavett die originale Tsa Tsa Gabor interviewt und dann Kruegers Schlabber- und Grinsefratze aufs Grauenvollste dazwischenfährt, dann, oh Mann, ist das irre.

Doch wenn Krueger damit nur bezweckt, das junge Mädchen vor die Glotze zu holen, es zu packen und in die Szene zu ziehen, daß sie mit dem Kopf in der Röhre steckt, entsetzlich zugerichtet, – ja dann hört der Spaß auf. Und jetzt wird Freddy Gewalt angetan. Jeder kennt die Regeln: Weihwasser ins Gesicht, ein Kreuz vor die Fresse und ein Pflock ins Herz.

Die Gewalt dieses Films ist gleichzeitig Aggressionsgebärde und rituelles Spiel. Freddys Ende hat den dekorativen Wert der gängigen Punk & Pop-Accessoires. Ketten, Kreuze, Totenköpfe vom Punkshop bis zur Jugendabteilung bei Hertie: kleine und immer winzigere Verweise aufs Aggressionspotential. Einem wie Freddy Krueger wird gestattet, die Energien zu aktivieren. Zu einem Zweikampf mit ihm tritt im Film ein mit den nötigen Utensilien ausgestattete Punk an. – Die Szene ist im Film nicht eben stark. Es geht nicht ernsthaft um Leben und Tod. Die Accessoires wollen gezeigt und vorgeführt werden. Mit der Gewalt wird gespielt. Wer »Nightmare 3« im Kino sieht, erfährt, wie dumm der ist, der nicht geübt hat, mit Gewalt umzugehen. Dann nämlich kommt der Freddy Krueger, schlitzt dir Füße und Arme auf und läßt dich an deinen eigenen Sehnen als Marionette rumhampeln. Die andern lachen sich kaputt und geben Dir anschließend die Schuld: Mein Lieber, das war Selbstmordversuch! – Eine zynische, deftige Lektion. Nach dem Erfolg zu urteilen, den der Film hat, müssen wir mit vielen neuen Freddy Kruegers rechnen.

Konkret 02/88, S. 54

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Neues vom Nürnberger Schlagertribunal

Wieder einmal, diesmal am 11. Jänner, hieß es, morgens in der Früh um neun, fleißig den Kopf hinhalten beim Nürnberger Schlagertribunal. Mancher wird sagen: Nein, nicht schon wieder, darüber stand doch schon drei Mal was in diesem werten Blatte, das ist ja allmählich langweilig, dieses Umspringen der großen, mächtigen Bundesrepublik Deutschland mit dem Kleinschriftsteller T. wegen vermeintlicher Beleidigung des lieblingsliedes der Klägerin (§ 90 a StGB). Ja und? Ich muß mich doch auch von Instanz zu Instanz, diesmal vom Landgericht, abwatschen lassen, wieder zu dreißig Tagessätzen a fünfzig Mark.

Vergeblich war meine aus ehrlichem Herzen gehobne Versicherung, nicht im Schlaf den Vorsatz zur Schmähschändung der vom 3. Reich übrig gelassnen 3. Strofe gefaßt, sondern lediglich, dies freilich mit feuerschweifigen Treibsätzen, den mir von einem Anonymus zugeschickten Text »Deutschlandlied '86« im Rahmen meiner »Deutschen Hitparade«, in welcher für gewöhnlich U-Liedgut ala Vicky Leandros, Roland Kaiser, Herbert Grönemeyer und so fort mit dem Mittel der literarischen Hochkritik auf soziokulturelle Rosinen abgeklopft wird, einer Rezension unterzogen zu haben. Vergeblich mein Verweis auf den nur ein ganz klein bißchen hinkenden Vergleich des Satirikers mit dem Putzerfisch im Rachen dieser Hai-Gesellschaft, der sich bei seinem hygienischen Tun schon mal die Flossen einschmutze, aber doch nicht selber Dreck mache. Vergeblich meine mit Erbitterung vorgetragene Erinnerung des Gerichtes an das vom Standpunkt der Moral mitten in die Optik stechende Mißverhältnis zwischen der von der Justiz betriebnen Sakrosanktifizierung des Lieblingsliedes des Staates und der Uneinklagbarkeit (!) des einkommenssteuerpflichtigen (!!) Hurenlohns von vierhunderttausend (!!!) aus Not und wg. Luxus ihren Leib prostituierenden Mädchen, Frauen und Mütter in diesem Vaterland und Männerstaate. Zum Ohre hinein und zum Ohre hinaus meine Kritik an einem Staat, dessen ordnungspolitische Leidenschaften eher bei der Atommülltouristik aufgehoben sein sollten, denn daß er dem Hetzen, Stellen und Fangabschießen von literarischem Niederwild sei es der Frechdachs, sei es der Mistkäfer im Alfabeet, ja, sagen wirs mit diesem Worte: »fröne«. Vergeblich schließlich das Zitat einer Äußerung des EG-Präsidenten J. Delors, wonach es »in Europa 1992 keine Grenzen und keinen Zoll mehr geben«, mithin also auch eine »National«hymne zum obsoleten Eisen, vulgo historischen Schrott gehören werde. Vergeblich, alles vergeblich. Ja, wenn der anonyme Dichter nicht in der Metrik geschlampt, also nicht »Von Beethoven bis Bergen Belsen/Von Wackersdorf bis Asylantenzelt« gedichtet, sondern streng auf die von Hoffmann von Fallersleben vorgegebnen acht Silben draufgesattelt hätte, dann, ja dann, dann hätte der Richter womöglich mit sich reden lassen. Aber so, wo die textliche Streckenführung mit der Haydnschen Melodie nicht ganz harmonierte - nix zu machen. Daß ich gewiß zehn Mal versicherte, für des anonymen Dichters normale Unzulänglichkeiten weder zu können noch zu wollen - was halfs.

Nun dauerts bis zur zweiten Urteilsbegründung und dann gehts mit frischen aufgewärmten Argumenten schnurstracks nach München, zum Obersten Bayerischen Gerichte. Anschließend nach Karlsruhe. Dann zur UNO-Menschenrechtskommission. Schließlich zum Papst. Ich will mein Recht, und keine Geldstrafe. Freilich, wir leben in der Wendezeit und da kann der Kapitaldiplomat Strauß noch so oft auf dem Roten Platz landen, daheim gehts folgendermaßen zu:

[Zeitungsausschnitt »Marientragen - künftig neuer Brauch in Schöngeising?]

[Abdruck Gedicht »Rheinhausen« von Richard Limpert]

»Geh erst einmal körperlich arbeiten, dann kannst der Literatur der Arbeitswelt reinreden«, schimpfte mich unlängst Udo K., als ich ihm, kleinbürgerlich schmunzelnd, die »UZ« mit dem Gedicht »Rheinhausen« über den Biertisch geschoben. Wieso? Darf man sich nicht mehr kratzen, wenns einen juckt? Und dann ist man ja auch Gewerkschaftsmitglied. Und von der politischen Justiz verfolgt, hoho! Also, warum nicht einmal rein unverbindlich fragen, ob es nicht besser beziehungsweise richtig wäre, wenn die Arbeiterklasse, die nicht mehr schweigen wollnden Fraun als Bündnispartner an ihrer Seite, statt der Schrumpfgefahr die Fäuste zu zeigen und statt ein Spiel der Schurken, ja gar d a s Spiel der genug beschissen habenden Schurken sattzuham, a) die Machtfrage stellen, b) die Machtfrage beantworten würde, wenigstens im Gedicht, wo es womöglich auch kein Beinbruch wäre, die auf dem glimmenden Ofen der großen Herrn stehende Kasse »wegen« und nicht »trotz Arbeitslosigkeit« stimmen zu lassen.

Konkret 02/88, S. 56

Mathias Bröckers

ich habe gelesen

Lassen wir den statt in Fäßern zwischen zwei Buchdeckeln verklappten Müll, den die Verlage permanent verschieben, beiseite und loben lieber die Perlen, die auf dem Schrottplatz – dem Schreibtisch des bezahlten Viellesers – immer wieder ankommen.

In einem Rutsch verschlungen habe ich einen 20 Jahre alten Schmöker, der nach 30 Auflagen in USA endlich auch auf deutsch erschienen ist: »The Electric Kool-Aid Acid Test« von Tom Wolfe – »Unter Strom«, so der deutsche Titel, erzählt die legendäre Reise von Ken Kesey und der Chaoten-Truppe »Merry Pranksters«, eine Reportage über die Urbewegung dessen, was als Hippie-Kultur Kreise geschlagen hat. Als Wolfe 1966 eine Story über den Schriftsteller Ken Kesey plante, wußte er nicht viel mehr, als daß der 31jährige nach zwei Romanen (»Einer flog übers Kuckucksnest«, 1962, »Manchmal ein großes Verlangen«, 1964) hochangesehen, jetzt aber vor einer drohenden Verurteilung wegen Marihuana-Besitzes untergetaucht war. Nach zwei Jahren Recherchen war aus der geplanten Story ein 450-Seiten-Buch geworden, basierend auf Fakten, aber gestaltet mit Techniken der Literatur, geschrieben in jenem zwischen Hip-Slang und Fach-Jargon, Comic-Blase und Bildungsgut oszillierenden Sound, der Tom Wolfe zum vielkopierten »King of Cool Write« gemacht hat. Er beschreibt den Weg des Landburschen Kesey von seiner ersten Begegnung mit LSD als Versuchskaninchen Ende der 50er, über seine »Erfindung« der psychedelischen Bewegung, bis zu seiner Rolle als Guru und »Papst« derselben und Keseys freiwilligem Rückzug aus dieser Führer-Rolle. Wolfe schildert auch die subjektive Realität, die Empfindungen und Gefühle der Beteiligten, bleibt dabei aber, und das macht dies Buch so lesenswert, immer der distanzierte Beobachter, einer der mitgeht auf die Trips und Flips dieser verrückten Bande, der ihre mystischen und ko(s)mischen Erlebnisse mit der machtvollen Bewußtseinsstimulanz LSD nachvollziehbar macht, aber immer wieder ironisch bricht, mit schrägen Vergleichen, sarkastischen Einschüben und viel Witz. Der Mensch ist ein geistiges Gefäß? O.k. – aber die meisten haben einen Sprung in der Schüssel. Man kann dieses Buch als Roman lesen, als zeitgeschichtliche Dokumentation, als kulturhistorische Spurenlese oder als schrille Komödie, es ist eine pharmakologische Fall-Studie, eine pop-philosophische Stilgeschichte, ein Polizei- und Geheimdienst-Thriller und, neben alle dem, eine Reportage über die Kulturrevolution der 60er Jahre, wie es sie hierzulande bis heute nicht zu lesen gab.

Der Mensch ist ein geistiges Gefäß, die meisten haben einen Sprung in der Schüssel, und diesen zu kitten, darin liegt die »Logik der Rettung« – mit diesem in seinem Unernst unangemessenen Übergang möchte ich auf Rudolf Bahros »Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik« zu sprechen kommen, mit dem er sich, zehn Jahre nach der »Alternative«, nun auch im Westen als Ketzer etablieren wird – spätestens dann, wenn grüne Realos und andere Tropfen auf die heiße globale Kaputtindustrialisierung den »Retter« Bahro verreißen. Das wird nicht schwerfallen, denn Bahros Antwort auf die selbstgestellte Frage »Wer kann die Apokalypse aufhalten?« mündet in nichts anderem als der Vision eines spirituellen Kommunismus, und gegen Heilslehren aller Art läßt sich bekanntlich gut wettern. Vor allem wenn sie, und davor ist St. Rudi nicht ganz gefeit, im Verkünderton einherkommen, und auch schon nicht mehr nur als bloße Lehre, sondern gleich als *Logik* des Heils, des Glücks, der Rettung.

Das ist, logo, erstmal suspekt, und Schautafeln, auf denen »Axiome eines Rettungswegs« den Weg in eine bessre Zukunft vorzeichnen, tun ihr übriges. Doch davon sollte sich niemand abschrecken lassen. In den Thesen, die Bahro auf über 500 Seiten in der »Edition Weitbrecht« angeschlagen hat, werden nämlich die Entwürfe dessen, was man als »Linke Theorie« und »New Age« bezeichnen könnte, erstmals, so weit ich sehe, auf grundlegende Weise zusammengedacht, mit einer einleuchtenden Logik: Wenn wir, wie Bahro im ersten Teil des Buchs entwickelt, der »Logik der Selbstausrottung« folgen und »Glück« weiter auf Konsum (= Industrie – Wachstum – globale Zerstörung) gründen, bedeutet dies Selbstmord. Als Alternative dazu gibt es nur eins: den Absprung von der »Todesspirale« durch eine politische Reformation auf spiritueller Basis: »Rettung ist möglich, indem wir aufhören, uns das Glück, das gute Leben, illusorischerweise industrieabhängig vorzustellen.«

Im zweiten Teil des Buchs entwirft Bahro Umriße einer »Rettungspolitik« als deren »logischen Ort« er das Subjekt ausmacht, denn die Ursache der Misere ist nicht das »Industriesystem«, auch nicht »Kapitalismus« und »Patriarchat«, sondern das Bewußtsein selbst, das sich nicht erkennt und daher versucht, sich in der Welt, im Handeln, im unermüdlichen Machen, zu finden: »Indem wir Umwelt sagen, wollen wir außen etwas ändern, wollen dem Außen, etwas Verursachendes zuschieben, das in Wirklichkeit in uns liegt.« Der Rettungsweg kann also, so Bahro, nur in einer »individuellen Transformation«, dem Sprung in eine »neue Bewußtseinsstruktur« liegen, der Besinnung auf die »implizite Ordnung« der in uns entfalteten Gesamtnatur. Deshalb ist »Selbsterfahrung der wichtigste soziale Prozeß« und Voraussetzung der Transformation, reicht aber als »unpolitische Spiritualität« nicht aus, die »Neue Ordnung« zu errichten. Hier bringt Bahro die »Unsichtbare Kirche« und charismatische Führungsgestalten ins Spiel, die die im Volk aufkommende

»Umkehrbereitschaft« aufnehmen und die Energien zum »Neubau der Kultur« bündeln – kein Ort scheint ihm als Ausgangspunkt zur Wiederversöhnung mit der Erde, der »ökologischen Wende«, geeigneter als Deutschland. »Die Ökopax-Bewegung ist die erste deutsche Volksbewegung seit der Nazibewegung. Sie muß Hitler miterlösen, wie Rußland jetzt Stalin erlöst, ohne Verteufelung, ohne Beschönigung, mit aller Ehrfurcht für die Opfer.«

Ja ja, das treibt dem braven Antifa die Nackenhaare zu Berge – doch es ist einer der längst überfälligen Gedanken und richtigen Analysen, derentwegen ich Bahros Buch breite, unvoreingenommene Aufmerksamkeit wünsche, keine leichtfertige Vorverurteilung, sondern strenge Meditation.

Zu den Lehrmeistern der neuen Religion, die Rudolf Bahro als Rettungsanker vorschlägt, zählen neben Laotse, Buddha, Gorbatschow und anderen auch die Vertreter des deutschen Idealismus und der Romantik. Einer indessen fehlt, paßt auch nicht so recht zu einem apokalyptischen Rettungs-Optimismus, denn für ihn war Leben unverrückbar mit Leiden verknüpft: »Unserem moralischen Charakter ist das Leiden so nötig als unserem Körper der Druck der Luft. Ohne diesen platzt der Leib auseinander: Ohne Leiden versinkt unser Charakter in Wollüsten und Suchten aller Art.« Zum 200. Geburtstag des Philosophen hat Rüdiger Safranski eine spannende Biographie geschrieben: »Arthur Schopenhauer und die wilden Jahre der Philosophie«. Eingebettet in sieben Scenarien des kultur- und philosophiegeschichtlichen Umfelds erzählt Safranski das Leben dieses kauzigen Kaufmanns-Sohns und radikalen Selbstdenkers, der unbeachtet von der akademischen Zunft eine Kosmologie in Heimarbeit entwarf, die heute, vor allen seinen etablierten Zeitgenossen, auf der Höhe der Zeit ist.

Für Schopenhauer ist Leben Existenzkampf, Schmerz und Entbehrung, Lust nur die flüchtige Aufhebung einer Unlust, der neues »Haben-Wollen« auf dem Fuße folgt. Damit nicht genug: sind wir aus der materiellen Not heraus, verfallen wir zwangsläufig dem anderen Pol der Leiden, der Langeweile. Einen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es nicht, es sei denn in Momenten der Kontemplation, in der wir, im Zustand eines »besseren Bewußtseins«, heraustreten aus dem Lebensrad von Entbehrung und Langeweile, uns sozusagen als Zuschauer unseres eigenen Welttheaters halluzinieren. Schopenhauer, so Safranski, empfiehlt ein »Leben als ob«: »Wenn man schon mitspielen muß und will in der Tragödie und Komödie des Lebens, dann sollte man doch wenigstens dafür sorgen, daß man »Zuschauer und Schauspieler zugleich« ist. Kein verstaubter Biedermeier-Pessimismus, eine Lebensphilosophie der Simulation ist mit Safranskis Schopenhauer-Buch (wieder) zu entdecken. Seit zwei Jahren lese ich immer wieder in den Notizen und Aufzeichnungen des »Handschriftlichen Nachlaß« (1985 bei dtv erschienen) – Schopenhauers letzte Eintragung: »Die Welt *ist*, und ist, wie Figura zeigt. Ich möchte nur wissen, wer etwas davon hat.«

Konkret 02/88, S. 58

Jörg Lang

□ Kann ich Ihnen leider nicht dienen...□

Am 3. Dezember 1987 meldete die □ Bild□ -Zeitung □ Einer der Väter unseres Wirtschaftswunders ist tot.□ Gemeint war Helmu Horten, der seinen Reichtum der□ Arisierung□ jüdischer Geschäfte zur Hitlerzeit verdankte □ wie viele □ Väter□ unseres Wirtschaftswunders (Flick, Neckermann, Schickedanz). Horten hinterließ ein Vermögen von vier Milliarden Mark. Aber auch viele Unbekannte sind beim □ Arisieren□ reich geworden und schamlos geblieben

In Berlin lebte einst der angesehene jüdische Werbe-Verleger und Journalist Max Rudolf Lang mit seiner Frau Jenny und seinen zwei Söhnen Fred und Curt. Max Rudolf war Mitbegründer, Hauptgesellschafter und alleiniger Geschäftsführer der 1900 in Köln gegründeten »Firma Francken & Lang«, die 1910 in eine GmbH mit Sitz in Berlin umgewandelt worden war. Das Kapital der Gesellschaft betrug 240.000 Reichsmark, von denen Max Rudolf Lang 40 Prozent eingebracht hatte. Die anderen Gesellschafter waren Max Francken, Sigmund Levi (im Osten »verschollen«), Richard Kellermann und S. Bukofzer.

Die Firma betrieb zunächst einen Lesezirkel in etwa 20 deutschen Städten, und 1910 wurde daraus ein größeres Verlagsgeschäft aufgebaut. Die »Francken & Lang GmbH« verlegte u. a. »Die Reklame« (eine Werbezeitschrift mit Ausgaben in Leipzig, München und Berlin), »Sperrholz« und die »Deutsche Metallindustrie-Zeitung« in Elberfeld. Der Verlag Langs war auch Pächter des Anzeigenteils der Zeitschriften »Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer« von Berlin, Düsseldorf, Elberfeld, Remscheid-Solingen, der Kursbücher der Deutschen Reichsbahn und einer Bäckereizeitung. Die Firma betrieb darüber hinaus einen Buchverlag mit Schwerpunkt Werbung. Dort erschien z. B. das heute von Sammlern gesuchte Standardwerk »Die deutsche Werbegrafik«.

Die Familie Lang war im Berlin der 20er Jahre hochgeschätzt. Max Rudolf betätigte sich in unzähligen karitativen Institutionen, christlichen und jüdischen, hatte links und rechts Freunde, Erich Mühsam war in der Badenschen Straße ein gerngesehener Gast, auch Walther Rathenau und Kurt Tucholsky pflegten den Umgang mit dem jovialen und hilfsbereiten Verleger. Seine Frau Jenny, geborene Oppenheimer und mit dem späteren Kernphysiker gleichen Namens verwandt. unterstützte literarische Salons, war ebenso mit Vickie Baum befreundet wie mit dem 1943 in Auschwitz ermordeten Literaten Georg Hermann (»Jettchen Gebert« und »Henriette Jacoby«).

Der älteste Sohn, Fred, war 1927 nach seiner Heirat mit der Tochter des Lokalchefs der »Vossischen Zeitung«, Fritz Goetz, ins väterliche Geschäft eingestiegen und schrieb regelmäßig Feuilletons für die republikanische Zeitung »Lachen Links« und auch für die »Tante Voß«, wie das Flaggschiff des Ullstein-Verlages von ihren Kritikern damals ironisch genannt wurde. Der Junior, Curt Leo, studierte Rechtswissenschaft und war gerade Referendar geworden, als Hitler 1933 an die Macht kam. Die bis dahin harmonisch verlaufene Geschichte der Langs, der Goetz', der Oppenheimers geriet aus den Fugen. Fred Lang, der die »Unvorsichtigkeit« begangen hatte, sich vor der »Machtübernahme« publizistisch mit den Nazis anzulegen, stand, ebenso wie sein Bruder Curt, auf der schwarzen Liste der Gestapo. Anfang März 1933 flüchteten Fred, seine Frau Erica, der Sohn Peter und Curt Leo nach Paris. Max Rudolf und seine Frau Jenny blieben in Berlin.

Auch Fritz Goetz und seine Frau, die »rote Alice«, eine frühere Stadtverordnete der SPD in Berlin-Halensee, blieben zunächst. Ihre Jüngste, Renate, Mitglied der jüdisch-sozialistischen Partei »Hashomer Hatzair«, war schon 1932 nach Palästina ausgewandert.

Max Rudolf Lang hielt sich nicht mehr sehr lange in Hitler-Deutschland. Zuerst wanderten seine Partner aus, dann seine Freunde, schließlich waren er und seine Frau völlig isoliert. Seine Bemühungen, den Verlag zu einem halbwegs annehmbaren Preis zu verkaufen, schlugen fehl. Wer zahlte in diesen Zeiten schon reelle Preise für Geschäfte von Juden? Es war einfacher, auf ihre Verhaftung oder auf ihre Flucht zu warten.

Ullstein-Redakteur Fritz Goetz wurde im Juni 1933 von der Kochstraße verjagt. Der »Berliner Herold« triumphierte am 1. Juli: »32 Ullstein-Redakteure ausgeschieden!« Gemeinsam mit seiner Frau landete er danach in Dachau. Der DDR-Schauspieler Erwin Geschonneck erinnert sich noch heute an die »rote Alice«: »Eene dufte Frau, die Alice, det war vielleicht een Kerl. Sogar die Heinis von der SA hatten Schiss vor ihr!« Aber auch der »Respekt« der SA vor Alice und ihrem Mann half ihnen nicht lange. Nachdem sie der bayerischen SA ihr ganzes Vermögen zum »Geschenk« gemacht hatten, mußten auch sie ihre Heimat auf nimmerwiedersehen verlassen. 1936 bestiegen sie in Hamburg ein Schiff der Hapag-Lloyd, das sie nach Palästina brachte.

Im selben Jahr mußte Max Rudolf Lang einen »arischen« Geschäftsführer engagieren, der zunächst 200 Reichsmark für die Zeit der Einarbeit in den Betrieb bekam. Dieser »Ehrenarier«, Werner Menzel, zahlte dem jüdischen Unternehmer 6.000 Mark für seine Anteile, wurde alleiniger Geschäftsführer der »Francken & Lang GmbH« und schmiß Max Rudolf Lang kurzerhand aus dem Verlag. Da die verschärften Judengesetze immer härter und gemeiner wurden, entschloß sich Max Rudolf mit seiner Frau nach England auszuwandern.

Im April 1940, die Nazis standen kurz vor Paris, nahmen sich Max Rudolf Lang und seine Frau Jenny in London das Leben. In dem Abschiedsbrief an Sohn Fred heißt es an einer Stelle: »(...) Nun wir allen Stolz und alles Selbstbewußtsein opfern und in die Armut gehen würden, wir würden uns nicht wiedersehen; denn ich glaube an kein Ende des Krieges und was würde nachher für uns kommen? Wir würden nur eine Last für unsere Kinder sein, die, sei es geklagt, dann erst recht für sich selbst zu sorgen haben werden. So gehen wir lieber, solange wir die Nerven dazu haben, den Weg, den wir uns schon lange und mit Überlegung ersehnt haben.« Da niemand für die Kosten der Bestattung einstehen wollte, wurden Max Rudolf und Jenny an einem unbekannten Ort in London verscharrt. Ihre Gräber blieben bis heute unauffindbar.

»Arisierer« Werner Menzel baute das Unternehmen nach dem Willen seiner braunen Förderer aus. Zuerst wurde »Die Werbung« in »Die deutsche Werbung« umbenannt, anschließend bekam die »Francken & Lang GmbH« ebenfalls einen neuen, einen »arischen« Namen verpaßt: Die »Bergische Verlagsgesellschaft/Menzel KG«. Als 1941 die ersten Bomben auf Berlin fielen, verlegten Werner Menzel und Frau Lieselotte das Geschäft nach Wuppertal. Dort steht es heute noch. Während die Familie Menzel glücklich und zufrieden an der Wupper lebte und das vormals jüdische Unternehmen florierte, ging es bei den Familien Lang und Goetz nicht ganz so rosig zu.

Max Rudolf Langs Ältester, Fred, schlug sich als Zeitschriftenvertreter in Paris durch, der Jüngste, Curt Leo, fand bei einer jüdischen Hilfsorganisation Unterschlupf. Als das Münchener Abkommen von 1938 beschlossen wurde, war Fred Lang klar geworden, daß dieser schändliche Vertrag zwischen Nazi-Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich auf kurz oder lang nur den Krieg in Europa bedeuten konnte. Er zog sich mit seiner Frau und mit seinem Sohn nach Südfrankreich zurück, weil er im Kriegsfall lieber den Italienern in die Hände fallen wollte als der Gestapo. Sein Bruder Curt ging nach Korsika.

Am 1. September 1939 überfielen deutsche Truppen Polen. England und Frankreich erklärten Hitler den Krieg. Vier Wochen nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Paris brachte Erica Lang, die Tochter von Fritz Goetz, noch einen Jungen auf die Welt: Michel Roger, den Autor dieses Artikels.

Sofort nach Kriegsausbruch hatte Fred Lang sich freiwillig zur französischen Armee gemeldet. Er wurde das, was man damals einen »Prestataure« nannte. Als deutscher Jude durfte er zwar eine französische Uniform tragen, aber keine Waffen, nur einen Spaten. Denn die »Boches«, Juden und Nicht-Juden, wurden verdächtigt, GestapoAgenten zu sein.

Als Frankreichs Armee zusammenbrach und Philippe Pétain die Macht in Frankreich übernahm, schlossen sich Fred und Erica Lang der französischen Résistance an. Fortan kämpften sie gemeinsam mit den Partisanen der »Armée Juive« gegen die Nazis in der besetzten Zone Frankreichs und gegen die Pétain-Miliz im unbesetzten Süden des Landes. Die Mehrheit der französischen Bevölkerung war in dieser Zeit noch damit beschäftigt, andächtig den Parolen zu lauschen, die der frühere »Sieger von Verdun« in Hitlers Auftrag ausgab. Erst als die Nazis die Sowjetunion überfielen, erhielt der französische Widerstand Zuwachs. Die »Jüdische Armee« stand eng in Verbindung mit London, überfiel deutsche Transporte, sprengte Züge, verteilte Waffen an das »Maquis« in der Umgebung von N□mes und erschoß Kollaborateure.

Anfang Mai 1943 wurden Fred und Erica Lang in Lyon von der Gestapo mit einem Sender und Sprengstoff verhaftet. Beide kamen ins Militärgefängnis, in die »Obhut« von SS-Hauptsturmführer Klaus Barbie, Eichmanns rechter Hand in Südfrankreich. Fred Lang wurde gefoltert, seine Frau kam mit einer Ohrfeige vorerst glimpflich davon. Dann kam Fred Lang ins KZ Drancy (bei Paris), das von SS-Hauptsturmführer Alois Brunner geleitet wurde (er lebt heute in Damaskus), seine Frau wurde nach Deutschland deportiert. Nach Ravensbrück, nahe bei Berlin. Sowjetische Truppen befreiten sie im April 1945. Ihr Mann war bereits im August 1944 von der 2. Panzerdivision des Generals Leclercq aus Drancy herausgeholt worden.

Während ihre Eltern in deutscher Haft saßen, waren Peter und der kleine Michel zuerst mit falschen Ausweispapieren auf Wanderschaft gegangen und hatten sich dann in mehreren katholischen Kinderheimen versteckt, bis sie von den US-Truppen befreit wurden . Erst Ende 1945 war die Familie in Paris wieder vereint. Freds Bruder, Curt, hatte in Korsika überlebt.

Aber der Krieg hatte furchtbare Spuren hinterlassen. Alle neun Frankfurter Langs waren im »Osten« verschwunden, von den ca. zwölf Hamburger Israels meldete sich keiner mehr, fast allen Oppenheimers war die Flucht in die Vereinigten Staaten geglückt und die Goetz' hatten in Palästina/lsrael überlebt, wenn auch unter äußerst harten Bedingungen.

Nach der Befreiung 1944 ging aber für Fred Lang der Krieg gegen die Nazis erst einmal weiter. Der erste Pariser Präfekt der provisorischen Republik, Henri Jourdan, ernannte Fred Lang zum Chefredakteur des deutschsprachigen Propagandasenders »Radio Paris«, der bis 1948 nach Deutschland sendete. Danach begann er wieder als freiberuflicher Journalist und Schriftsteller zu arbeiten. 1948 erhielten die Langs als Dank für ihre Arbeit im Widerstand während der nazistischen Okkupation die französische Staatsbürgerschaft zuerkannt.

Achtzehn Jahre nach der »Arisierung« des Verlages ihres Vaters erfuhren Fred und Curt Lang zufällig von der Existenz der »Bergischen Verlagsanstalt/Menzel KG« in Wuppertal. 1955 setzten sie sich mit der mittlerweile verwitweten Frau des »Arisierers« in Verbindung. Frau Liselotte schrieb ihnen am 20.3.1955 voller Entrüstung: »Bei Francken & Lang bezog

Werner ein Geschäftsführergehalt von 200 RM, was ja wirklich nur eine Nebeneinnahme bedeuten konnte. Für die Anteile hatten wir an Ihren Vater mehr als 6.000 RM bezahlt; ich weiß die genaue Summe nicht mehr, aber es war ziemlich schwierig für uns, den Betrag zusammenzubringen, und wir haben es manchmal bereut.«

Als die Langs um präzisere Angaben über die altneue Firma baten, antwortete Witwe Menzel knapp und bündig: »Abgesehen davon fühle ich mich moralisch oder auf Grund unserer Freundschaft absolut nicht verpflichtet, mich irgendwie mit Ihnen oder Ihrem Herrn Bruder geschäftlich auseinanderzusetzen. Sicherlich werden Sie dafür Verständnis haben, und können das vielleicht auch Ihrem Bruder sagen.«

Abgeschreckt durch die widerlichen Praktiken der bundesdeutschen Behörden bei ihren eigenen Entschädigungsangelegenheiten begruben die Brüder Lang die Geschichte. 1963 starb Fred an den Folgen der Gestapo- und KZ-Haft, zehn Jahre später folgte ihm sein Bruder Curt. Fred Langs Witwe Erica, geborene Goetz, klagte in Berlin auf Wiedergutmachung. Am 10. Dezember 1970 bekam sie eine Nachricht vom Entschädigungsamt Berlin. Das Amt teilte ihr mit, daß das Land Berlin in dieser Angelegenheit einem Vergleich zugestimmt habe. Wegen »Schaden an Eigentum, Vermögen und durch Zahlung von Sonderabgaben, Geldstrafen, Bußen und Kosten einschließlich Nutzungsschaden (§§ 51-63 BEG)« würden den Erben 2.040 Mark überwiesen werden.

Dreieinhalb Jahre nach dem Tod von Erica Lang in Berlin, sie starb am 17. Mai 1984, entdeckte ich die verschnürte Akte »Lang/Menzel« auf dem Wohnungsboden. Ich setzte mich mit der »Bergischen Verlagsanstalt« in Wuppertal in Verbindung. Der neue Besitzer des Verlages, Herr Friedel Weinheimer, unterrichtete mich darüber, »daß er das Geschäft vor knapp 20 Jahren von der Familie Menzel erworben habe« und er daher als »Gesprächspartner nicht zur Verfügung stehen« könne.

Noch einmal gebeten, mir doch Näheres über diese Transaktion mitzuteilen, antwortete der neue Besitzer des einst »arisierten« Verlages äußerst zuvorkommend: »Mir ist bekannt geworden, daß Frau Menzel 1971 in Mönchengladbach verstorben ist, über den Wohnsitz ihrer Töchter gibt es hier keine Anhaltspunkte. Mit weiteren Einzelheiten, die Ihnen u. a. für die beabsichtigte journalistische Auswertung nützlich sein könnten, kann ich leider nicht dienen.«

Konkret 02/88, S. 64

Otto Köhler

Auf die Bäume, ihr Historiker!

Im Feuilleton ist der »Historikerstreit« bloß ein Kampf feiner Wissenschaftler, an den historischen Forschungsinstituten wird mit härteren Bandagen zugeschlagen: Das Kommando Nolte/Hildebrand/Stürmer erobert freie Stellen für den eigenen Nachwuchs und schaltet angesehene Kritiker aus. In einem Institut steht die Aufsicht über die Forschung bereits unter dem Kommando eines Viersterne-Generals, der immer sein Geld wert ist

Das Dekret der Geheimen Zensurkommission kam am 24. April 1986 aus der Batzenbergstraße in Bad Krozingen. Sie empfahl »einstimmig, dem Manuskript das Imprimatur« – die Druckerlaubnis – »nicht zu erteilen«. Die Wertungen des Verfassers seien »vielfach einseitig und unausgewogen«. Dazu komme, daß sein Manuskript »Noske lediglich kritisiert und abqualifiziert«. Als unsichtbares Motto stehe über dem Manuskript »der zynische englische Spruch: 'We shall give him a fair trial, an then hang him'«.

Die Zensoren hatten da einiges durcheinandergebracht – verständlicherweise: Gustav Noske, jener unvergessene sozialdemokratische Reichswehrminister, der die deutsche Revolution den Kaiserlichen Militärs überantwortete, der gern »Bluthund« sein wollte, wenn es galt, Deutschland vor dem Bolschewismus zu retten – er wurde nie gehenkt. Erhängen, erschießen, ertränken ließ er seine Gegner. Wolfram Wette dagegen, der kritisierte Verfasser, hat lediglich eine Biographie über Noske geschrieben, die freilich der Zensur-Kommission so wenig gefiel, daß sie immer nur an Kopf-ab dachte:

»Das Manuskript ist voller Soupçon, z. B. Iese man das Kapitel über Noskes 'unterschwelligen Rassismus', das Noske durch Halbwahrheiten und Unterstellungen schlicht und einfach hinrichtet.«

Eine »gewisse Quellenseligkeit«, so tadelte die Zensurkommission die allzu tiefgehenden Recherchen des Historikers Wette, stehe »unverbunden neben erstaunlicher Unfähigkeit, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen«.

Wichtig war: die Räte an die Wand! Ob die nun alle Kommunisten waren, unwichtig, es herrschte Bürgerkrieg und der ist auch heute nicht vorbei. Die Kommission wörtlich:

»Daß die Räte so kommunistisch nicht waren, – was gleichwohl als historisches Faktum ernstzunehmen bleibt – das hat die Wissenschaft inzwischen erhellt. Bedeutet das aber, daß die roten Bürgerkriegsgruppen in Berlin, Dresden, München, Hamburg, im Ruhrgebiet nur spaßten? Daß Ebert, Braun und Noske nur Gespenster sahen? Der Autor will dem Leser eben dies suggerieren. Umso gewisser ist es dann, wie sein Urteil über Noske zu lauten hat: nicht wesentlich anders, als es damals bei der KPD lautete.« Strafverschärfend kommt hinzu, daß der Autor die – unter Fachhistorikern schon lange bekannte – Lehre des alleinseligmachenden Ernst Nolte ignoriert: »Ist es dem Verfasser wirklich entgangen, daß der Bürgerkrieg von 1919 bis heute die historischen Urteile prägt? Warum hat der Verfasser nicht dies – Vorbilder dafür gäbe es ja genug – zum Thema gemacht? Das ist die eigentliche Literaturfrage, die der Studie voranzugehen hätte!«

Auf Grund der »vorgenannten Schwächen«, so urteilten die Zensoren, sei dieses Buch »eine Schrift gegen Noske und nicht über Noske« geworden. Damit war das Buch erledigt, denn: »Dies dürfte kaum dem Sinn des vor 10 Jahren erteilten Auftrages des Bundesverteidigungsministers Lebers entsprechen.«

Als Wolfram Wette 1976 den Auftrag bekam, eine Noske-Biographie zu schreiben, da konnte er noch nicht ahnen, daß seine Geschichtswissenschaft unter dem militärischen Oberbefehl eines ausgedienten Viersterne-Generals stehen sollte, wenn er zehn Jahre später sein 1200-Seiten-Manuskript abliefert.

Wolfram Wette ist seit vielen Jahren im Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Freiburg tätig. Dieses Forschungsamt untersteht formal dem Bundesverteidigungsministerium, doch bis zu Manfred Wörners Aufstieg auf die Bonner Hardthöhe, war dies kein großes Problem für die in Freiburg forschenden Wissenschaftler. Wie frei und unabhängig sie arbeiten konnten, das beweist neben vielen anderen Veröffentlichungen – mit einer bestimmten Ausnahme – »Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg«. Oder jedenfalls die ersten vier bisher in der Deutschen Verlagsanstalt erschienenen des auf zehn Bände angelegten Mammutwerkes, das vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt herausgegeben wird. Die enge Zuammenarbeit der Wehrmacht mit den SS-Mordskommandos wird hier so ungeschminkt geschildert, daß die Traditionsverbände das MGFA stürmen würden, gäbe es in ihren Reihen Leute, die des Lesens solch komplizierter historischer Literatur fähig sind.

Die Ausnahme heißt Joachim Hoffmann. Im Forschungsamt hat er hinter sich nur eine kleine radikale Minderheit. Doch in der Republik verfügt er über einen mächtigen Lautsprecher: die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«.

Im Frankfurter Kampfblatt, das Geschichte wendet bis sie paßt, verkündete Hoffmann zum Entsetzen seiner seriösen MGFA-Kollegen die Lehre, daß »im Sommer 1941 der eine Aggressor, Hitler, die letzte Gelegenheit hatte, dem anderen Aggressor zuvorzukommen«. Das heißt: Der Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion sei lediglich ein Präventivkrieg gewesen.

»Goebbels-Propaganda« und »Lügengespinst« nennt der renommierte Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler diese »FAZ«-verstärkte Hoffmann-Lehre im besten und kenntnisreichsten Buch, das bisher über die Säuberungsaktionen bundesdeutscher Geschichtsprofessoren erschienen ist: »Entsorgung der deutschen Vergangenheit – Ein polemischer Essay zum 'Historikerstreit'« (Verlag C. H. Beck München, 250 Seiten, 14,80 Mark). Das vorletzte Kapitel – »Ein Beispiel für Konsequenzen: Von der Diskussion zur wissenschaftspolitischen Praxis« – zeigt, wie die Wendehistoriker mit Hauen und Treten an der Vereinnahmung des Wissenschaftsbetriebes arbeiten.

Hoffmanns Präventivkriegstollheiten erschütterten, wie Wehler schildert, »den internen Betrieb des MGFA, führten zu unerträglichen Spannungen und in Band IV der Weltkriegsreihe zu einem Parallelabdruck diametral entgegengesetzter Interpretationen.« Diese Situation nutzte Wörners Ministerium und setzte unter dem Namen »wissenschaftlicher Beirat« die ministerielle Zensurkommission ein, die alle wissenschaftlichen Manuskripte des MGFA vor dem Druck lesen soll.

Im Fall von Wettes Noske-Biographie wurden die Zensoren abgeschlagen, die einstimmig empfohlen haben, »das Imprimatur nicht zu erteilen«. Obwohl der Beirat den Wissenschaftlern damit gedroht hatte, daß das Militärgeschichtliche Forschungsamt »nun einmal keine freischwebende Forschungseinrichtung« sei, sondern »im Dienst der Bundeswehr« stehe, nahm die Leitung des Hauses den Zensurakt nicht hin. Immerhin hatte doch selbst ein deutschnationaler Christdemokrat wie Karl Carstens 1969 als Verteidigungs-Staatssekretär erklärt, daß das MGFA »frei von politischen Weisungen jeder Art bleiben« müsse.

Das Haus holte Gutachten unabhängiger Historiker ein und die fielen so positiv aus, daß das Manuskript umgehend zum Druck freigegeben wurde. Es erschien im November mit dem Imprimatur des MGFA im Düsseldorfer Droste Verlag (Wolfram Wette: Gustav Noske. 824 Seiten, 98 Mark).

Doch der Zensur-Beirat besteht weiter. Mit ihm hat sich Manfred Wörner einen alten Traum übererfüllt. Schon 1978 auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß der CDU in Kiel forderte er, kein Schulbuch zuzulassen, in dem nicht »sachliche Aufklärung« über »Verteidigung« enthalten sei. Als wehrkraftzersetzend und verfassungsfeindlich betrachtete er damals Enzensberger Bericht über das US-Massaker im vietnamesischen Mylai ebenso wie Remarques »Im Westen nichts Neues« – eine Abneigung, die er mit Goebbels teilt.

Mit dem Zugriff auf das Militärgeschichtliche Forschungsamt hat Wörner einen Kampfgefährten beauftragt, mit dem ihn gewisse verfassungsferne Aktivitäten vereinen: den pensionierten Viersterne-General Johann Adolf Graf Kielmansegg, den Wehler wiederum – auch er kann irren – großzügig für einen »hochangesehenen« Mann hält. Doch beide, der Minister und der General, sind durch die Weikersheimer Akademie des erfolgreichen Marinerichters Hans Filbinger innig miteinander verbunden. Während Wörner dort 1983 sein völliges Unverständnis äußerte über »eine Verabsolutierung des Überlebens«, mit der er sich draußen in den christlichen Gemeinden »herumschlagen« muß, bejahte 1980 Kielmansegg auf einer Gemeinschaftstagung von Filbinger-Akademie und Rüstungskonzern Dornier die selbstgestellte Frage: »Ist der Dritte Weltkrieg möglich?« so zackig, wie er konnte: Krieg sei nun einmal »seit Anbeginn der Geschichte« ein »fact of life«, ein »Vorgang, der zum menschlichen Leben gehört«, und damit sei auch ein Dritter Weltkrieg möglich. Bedauerlich fand er nur, daß man »für große Teile der westeuropäischen Bevölkerung und ihrer Repräsentanten die Bereitschaft zu kämpfen bezweifeln« muß.

Dieser Mann ist ansteckend wie eine Seuche: vier Jahre später bejaht General Johann Adolf Graf Kielmansegg auf einer gemeinsamen Bundeswehr-Tagung von Filbinger-Akademie und Rüstungskonzern Krauss-Maffei das »ius ad bellum«, das »Recht zum Krieg«, doch diesmal ist es nicht der 1906 geborene Vater, sondern der gleichnamige 1935 geborene Sohn. Unterschied: der eine ist Viersterne-, der andere nur Brigadegeneral.

Immerhin, der in Bad Kroizingen residierende 81jährige General außer und Oberzensor im Dienst ist kein reiner Stiefelknecht. Der Welt der Literatur ist er seit 46 Jahren durch ein mit kundiger Hand geschriebenes Sachbuch verbunden. Er weiß, wie man es besser macht. Einen Vorwurf, wie er ihn gegen Wette erhob: »Es sei noch hinzugesetzt, daß der Gebrauch der Metaphern durchweg schief und unglücklich ist« – solch einen Vorwurf kann man gegen ihn selbst nicht erheben. »Was die Krone des Sieges auf dem Schlachtfeld, ist der Marsch ins Herz des Feindes, bis es nicht mehr schlägt«, schreibt er stilbewußt in seinem 1941 erschienenen Buch »Panzer zwischen Warschau und Atlantik«. Nie geht dem pflichtbewußten Offizier die treffende Metapher aus, durch die er einfache Erklärung und höhere Sinnstiftung mit tödlicher Sicherheit zu verbinden weiß: »Die Häuser starrten vor Schmutz. Die Luft war kaum zu atmen. Erklärlich wurde das, wenn man die fast durchweg jüdischen Einwohner sah.«

Gewiß, so und kaum anders muß unter Wörner der Chef einer Zensurkommission gestaltet sein. Und andererseits kann man von einem General durchaus erwarten, daß er sich für ein solch anrüchiges Amt zur Verfügung stellt. Der eigentliche Skandal aber ist, daß sich auch ordentliche Universitäts-Professoren als hilfswillige Mini-Metterniche betätigen. In dem Zensur-Beirat, der unter Kielmanseggs Vorsitz einstimmig gegen eine Druckerlaubnis für Wette votiert hat, sitzen noch, das enthüllte Wehler, die Professoren: Klaus Hildebrand, Thomas Nipperdey und Michael Stürmer.

Michael Stürmer, na klar. Reisehistoriker mit festem Lehrstuhl in Erlangen, Kohl-Berater und -Redenschreiber, »FAZ«Leitartikler, Prediger eines einheitlichen Geschichtsbilds mit eingebauter Sinnstiftung für alle, und jetzt für seine ganz besonderen Verdienste energisch den hundert Mitarbeitern der renommierten, aber aus Bundesmitteln finanzierten »Stiftung Wissenschaft und Politik« als Direktor aufgezwungen – so einer macht alles, auch soetwas.

Thomas Nipperdey dagegen – der hatte als solider konservativer Historiker einen Namen zu verlieren, und das gelang. Er wollte im Historikerstreit Liberalität wahren und das hieß für ihn: bloß nicht streiten: »Ich halte die von Habermas eröffnete Debatte für ein Unglück... Gräben werden aufgerissen, die Historikerzunft wie die Öffentlichkeit werden polarisiert. Der Boden, auf dem die Wissenschaft wie die liberale Kultur leben«, so war er für klagloses Schlucken des Nolte-Estrakts, »ist dünn genug.« Wehler hält dem »Großwesir des angeblich entpolitisierten Historismus« entgegen: »Wer so einseitig für den Primat des Konsenses plädiert«, verrate die »Bindung an eine illiberale Tradition der deutschen Staatsmetaphysik, derzufolge sich eine das Gemeinwohl vertretende Obrigkeit über die irritierende Auseinandersetzung der Interessengruppen hinwegsetzen oder dieselben sogar ersticken durfte.« Treffender kann man den Befähigungsnachweis für Nipperdeys Zensorenamt nicht formulieren.

Und schließlich Klaus Hildebrand, der in Bonn lehrt, weil er dort dem wichtigsten Körperteil des Kanzlers am nächsten ist. Der »Großmeister der tönenden Suada« (Wehler) hat für den letzten SS-Kampfkommandanten von Prag (KONKRET /87) Eigentumsvorbehalte an der deutschen Geschichte angemeldet. So jedenfalls kann man den von Hildebrand mitorganisierten Kongreß der Hanns Martin Schleyer-Stiftung verstehen, der unter dem besitzheischenden Titel stand: »Wem gehört die deutsche Geschichte?«. Mitredner waren selbstverständlich – man bleibt gern beieinander – seine beiden Mitzensoren Stürmer und Nipperdey. Hildebrand ist nicht nur begeisterter Gutachter für Kohls »Haus der Geschichte«, er hat noch eine ganz besondere Funktion, die viel mit dem zu tun hat, was er für, d. h. gegen das Militärgeschichtliche Forschungsamt leistet.

Denn aus dem Bundesetat wird nicht nur das MGFA unterhalten, Geld aus Bonn bekommen auch die vier bisher sehr angesehenen Deutschen Historischen Institute (DHI) in Rom, Paris, London und seit 1986 in Washington. Auch diese Institute haben einen Beirat, der allerdings – bisher ist jedenfalls derartiges nicht bekannt – nicht ihre Publikationen zensiert. Er bestimmt das Personal und das sehr gründlich. Und Hildebrand und Stürmer sind wieder dabei. In London war der Vertrag mit Wolfgang J. Mommsen ausgelaufen, der sieben Jahre mit großen Erfolg das Deutsche Historische Institut geleitet hatte. Mommsen war bereit weiterzumachen, die englischen Mitglieder wünschten einhellig seine Wiederwahl. Doch Mommsen hatte sich Hildebrand vergrätzt, weil er und Hillgruber im Mai 1979 bei einer internationalen DHI-Konferenz über die Herrschaftsstruktur im Dritten Reich mit ihren Hitler-Thesen eine Schlappe erlitten. Jetzt sitzt der Bayreuther Jungordinarius Adolf M. Birke auf Mommsens Stuhl. Den kennt zwar keiner, aber er hat Vorzüge. Er habilitierte sich bei seinem Doktorvater Nipperdey und hatte dabei den Beistand von Ernst Nolte und von – auf den kommen wir noch – Hörst Möller. Er qualifizierte sich 1980 mit dem Fachbeitrag: »Ämterkäuflichkeit unter den frühen Stuarts«. Außerdem genießt er noch den Vorzug, bei Siedler, dem Zentralverlag der Wendehistoriker, für die Reihe »Die Deutschen und ihre Nation« den Band mit dem traurigschönen Titel »Nation ohne Haus. Deutschland seit 1945« schreiben zu dürfen.

Für das neugegründete DHI in Washington war der Bielefelder Historiker Jürgen Kocka vorgesehen, an dessen Wahl von den interessierten US-Historikern keiner zweifelte, zumal er international als kompetenter Kenner der nordamerikanischen Geschichte anerkannt ist. Doch Hildebrand befand, Kocka sei nicht »repräsentativ« für die Zunft. Bei einer schlecht besetzten Sitzung wurde der kaum bekannte Kieler Neuzeithistoriker Hartmut Lehmann durchgeboxt, der zwar keine Zeile über US-Geschichte, aber seit dreißig Jahren verdienstvolle Spezialstudien über Pietismus und Gottesgnadentum geschrieben hat.

Und als schließlich in Paris die Direktorenstelle des DHI vakant wurde, da war eigentlich allen beteiligten Deutschen und Franzosen klar: in Frage kommt nur der Göttinger Historiker Rudolf von Thadden. »Unter den beruflich aktiven deutschen Historikern ist von Thadden hier der mit Abstand bekannteste und anerkannteste«, schrieb noch im Juni 1987 die bundesdeutsche Botschaft in Paris. Seine regelmäßigen Gastvorlesungen seien überlaufen und die beiden wichtigsten Autoritäten im Bereich der Zeitgeschichte, die Professoren Marc Augé und François Furet, wünschten in Gesprächen mit der Botschaft ausdrücklich, daß Thadden die Leitung des Instituts anvertraut werde. Thadden sei mit der Ehrenlegion ausgezeichnet, er habe beste Beziehungen zu den französischen Medien und, so fügt die Botschaft hinzu: »Professor von Thadden ist der ganz seltene Fall eines deutschen Gelehrten, der nicht nur Frankreich in jeder Hinsicht durch und durch kennt, sondern auch die französische Sprache meisterhaft und akzentfrei beherrscht.«

Das war ein überdeutlicher Hieb gegen einen anderen Kandidaten, der unvermutet die stärkeren Bataillone – nämlich Stürmer und Hildebrand – hinter sich hatte und auf Platz I der Bewerber kam: Horst Möller. Der Erlanger Neuhistoriker kann zwar keine einzige Veröffentlichung zur französischen Geschichte vorweisen, aber er hat wichtigere Vorzüge. Er hat bei Nipperdey promoviert, sich bei Nolte habilitiert und aktiv am Kampfkongreß der Schleyer-Stiftung teilgenommen, der ein für allemal die Eigentumsverhältnisse an der deutschen Geschichte klären sollte. Und in der Siedler-Reihe »Die

Deutschen und ihre Nation« – ein Mitgliedsausweis für Wendehistoriker – schreibt er den Band »Fürstenstaat oder Bürgernation? Deutschland 1763-1815« . Möllers beste Qualifikation: Er ist kein Sozialdemokrat. Thadden ist zwar eher auf dem rechten SPD-Flügel angesiedelt, aber: Soz bleibt Soz, sagt die Kanzlerweisheit.

Gewiß, die wütenden Franzosen wollen inzwischen eine Stiftungs-Professur für Thadden einrichten, um Möller ihre geballte Verachtung zu zeigen. Den kümmert das nicht. Er erfreut sich Noltes Gnadensonne (»vom wissenschaftlichen Geist erfüllt«), weil er in einem »Plädoyer für die Versachlichung der Kontroverse über die Zeitgeschichte« Habermas vorwarf, der habe – wie denn? was denn? – »das grundgesetzliche Gebot der Wissenschaftsfreiheit« verletzt.

Damit sind wir – Möller sieht das sicher anders – wieder beim Viersterne-General von der geheimen Zensurkommission und seiner professoralen Geschichtsreinigertruppe Hildebrand, Stürmer, Nipperdey im Angriff auf das Militärgeschichtliche Forschungsamt. »Der Traum des Gerechten«, stöhnt Hans-Ulrich Wehler auf: »ein Manuskript über Hitlers 'Präventivkrieg' 1941 muß von diesem Beirat als nächste Studie begutachtet werden!«. No problem. Vorsitzender Kielmansegg hat sich in seinem Panzer-Buch bereits 1941 autoritativ geäußert: »Wir hielten den Atem an, als wir des Führers letztes Angebot an Polen hörten... Und wir wären keine deutschen Soldaten gewesen, wenn wir nicht gewünscht hätten, daß Polen nicht annähme... Ich zünde mir eine Zigarette an – wenn sie verlischt, wird Krieg sein.« Freilich, aus dem Krieg, in den er – Kampfruf: »Über Gräber vorwärts ! « – freudig hineinströmte, sind dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt noch einige Forschungsaufgaben geblieben. Da wäre beispielsweise noch zu klären, in welchem Verhältnis 1944 der damalige Generalstabsoffizier Johann Adolf Graf Kielmansegg zu einigen von ihm abgezeichneten »Geheimen Kommandosachen« aus dem Jahr 1944 steht, in denen es (laut DDR-Braunbuch, 1965) heißt: »80 Einwohner erschossen, 20 festgenommen.. . 19 Terroristen erschossen... Sühneerschießungen von 40 Kommunisten.«

Und man müßte endlich einmal wissen, was der Chef des Kommandostabes des Reichsführers SS Ernst Rode mit seiner Aussage im Nürnberger Prozeß meinte, nämlich: er habe in Fragen der »Bandenbekämpfung« – so nannte man die Massenerschießungen von jüdischen Männern, Frauen und Kindern – auch mit Johann Adolf Graf Kielmansegg zusammengearbeitet. Und wie 1967 die Polnische Hauptkommission zur Verfolgung der Naziverbrechen auf die Idee kam, den ehemaligen Ic der 1.Panzerdivision Johann Adolf Graf Kielmansegg für die Tötung von mindestens 443 Zivilpersonen verantwortlich zu machen.

Ja, auch das ist eine Forschungsaufgabe, die sich dem MGFA vielleicht noch stellt: Wie konnte eigentlich Oberst Graf Stauffenberg, zu dessen »Widerstandskreis« sich der »Freund« Kielmansegg 1966 im »Spiegel« zählen ließ, die Anweisung geben, seinen ihm nur allzu gut bekannten Kriegsschulkameraden aus allen Planungen auszuschalten. Und ist es wirklich wahr, daß – wie Stauffenberg-Biograph Kurt Finker schreibt – »der hitlertreue Kielmansegg« am 20. Juli die Anweisungen des Generaloberſten Beck annullieren ließ?

Doch mit Kielmansegg als Chef ihrer geheimen Zensurkommission können sich die MGFA-Leute ihre Forscher-Mühe sparen. Er sagt: So war es und so war es nicht. Und sie müssen daran glauben. Wissenschaft aus erster Hand.

Konkret 02/88, S. 68

Klaus Hübotter; Hermann L. Gremliza

Zur Feier einer Niederlage?

Gremlizas Kolumne zur Reaktion der bundesdeutschen Friedensbewegung auf den INF-Vertrag hat scharfe Reaktionen ausgelöst. Auch bei Klaus Hübotter, dem Gründer des "Studentenkuriers" - Vorläufer von KONKRET. Hübotter (geb. 1930, KPD-Mitglied 1950, 18 Monate Gefängnis wegen FDJ-Rädelsführerschaft 1955, Mitinhaber des alten KONKRET-Verlags 1973, einer der ersten Unterzeichner des Krefelder Appels 1979) liest Gremliza die Leviten, der antwortet - und so fort:

Was ist los, Hermann? Verweist die ganze, »sog.« Friedensbewegung in Bausch und Bogen an den Irrenarzt, machst die Randfigur P. Kelly zu ihrem Oberhaupt, läßt die sowjetische Führung mühsam und gebeugten Hauptes »die Höhe ihrer eigenen (und natürlich Deiner eigenen) Erkenntnis erklimmen«, und schließlich den ganzen Haufen »blind«, »taub«, »stumm« und »händchenhaltend« die »gründlichste Niederlage« und die totale »Pleite« als Triumph bestaunen – den Erpressungsvertrag von Washington. Sind Dir die vielen Ehrungen anläßlich der Waffraff-Chose so zu Kopf gestiegen.

Waren bislang Deine Leitartikel das Beste in KONKRET, mit dem letzten trittst Du über den Rand in den Sumpf. Und wenn Du rauskommst, bist Du braun, nicht rot, nicht grün – unübersehbar schwarzbraun. Ob Du's willst oder nicht, ob Deine Aufschreie links-oder rechtsradikalistisch motiviert sind, kommt aufs gleiche raus, ihre Tendenz ist erzreaktionär. Da nützt auch die kleine Verbeugung vor Gorbatschow nichts. Ehrlicherweise hättest Du ihn mit in die Pfanne hauen müssen. Aber wer traut sich schon.

Kommt es Dir noch auf den Frieden an oder nur noch auf den Sensationswert paradoxer Argumente? Hast Du es nötig amokzulaufen? Bescheinigst der gesamten Friedensbewegung »Absenz politischer Denkfähigkeit«, »multiplen Geistesschwund«, siehst aber selbst den Wald vor Bäumen nicht mehr, begreifst nicht, daß hier weder Gorbatschow noch die weltweite Friedensbewegung nach Washington-Canossa ging, sondern den ungezügeltsten und hartnäckigsten Wettrüstern den ersten ernsthaften Abrüstungsvertrag abrang und abhandelte, auf einem wichtigen Teilgebiet weiteres Aufrüsten stoppte, Vertrauenschancen bot und Wege eröffnete, die wir sowieso alle gehen müssen, wenn es denn überhaupt noch ein Zurück vor dem Chaos geben sollte.

Mag sein, daß auch jetzt wieder die Sowjetunion Vorleistungen erbrachte, nach der Uraltweisheit »Der Klügere gibt nach«. Das tut dem Erfolg keinen Abbruch. Der Umgang mit bissigen Tieren ist schwierig. Gorbatschow und die Friedensbewegung haben sich ersteinmal als gute Dompteure erwiesen.

Und zum Schluß bittest Du darum, aus der Friedensbewegung, »aus diesem schönen Verein«, austreten zu dürfen. Die Bitte sollte abgelehnt werden. Leichtfertig auf Dich zu verzichten, können wir uns nicht leisten.

Herzlich

Dein Klaus

Nein, Klaus, so verkommen kann doch die von mir geschmähte Friedensbewegung nicht sein, daß Du ihr die Aufnahme eines »braunen, schwarzbraunen, links- oder rechtsradikalistischen Erzreaktionärs«empfehlen solltest. Gewiß, viel ist von dem, was einst in Krefeld gedacht und in den Appell geschrieben wurde, nicht mehr da, und aus damaligen »Randfiguren« wie P. Kelly sind tatsächlich inzwischen »Oberhäupter« geworden, welche den Karren lenken, den Leute wie Du damals angeschoben haben, und die Bedingungen formulieren, unter denen Ihr noch nebenherlaufen dürft. (Ich bin nicht auf dem Nebenher-Laufenden. Sind Solidaritätsadressen an Eppelmann in den Basisgruppen schon obligatorisch?)

Was läßt Dich so wüten? Daß ich recht habe? Meiner Darstellung der Fakten widersprichst Du in keinem Punkt: Die Sowjetunion hat den INF-Vertrag abgeschlossen, ohne dafür mehr zu bekommen, als Reagan ihr vor sechs oder acht Jahren angeboten hatte; sie hat sich einem Diktat unterworfen, das die Friedensbewegung damals für völlig inakzeptabel erklärt hatte. Du hast ganz recht (und widersprichst Dir selbst): der Klügere hat nachgegeben. Er mußte es, weil die Friedensbewegung die andern nicht zum Nachgeben bewegen konnte.

Und nun bleibt nur die Frage, wie man mit dieser Erkenntnis »umgeht«: Ob man sie ernst nimmt oder mit Schampus wegfeiert, auf daß nicht Selbstkritik die zarten Bündnisbande sprenge. Dann sucht man sich so schöne Wörtchen wie »Vertrauenschancen« – ja wer wem? Die USA hatten niemals Angst vor einem sowjetischen Angriff, und die Sowjets werden ihre Furcht vor einem us-amerikanischen hoffentlich nie verlieren. So liegen die Dinge – alles andere ist Schmus.

Herzlich

Dein Hermann

Lieber Hermann!

"Wer etwas Großes will, der muß sich zu beschränken wissen; wer dagegen alles will, der will in der Tat nichts und bringt es zu nichts.« (Hegel)

Außerdem »wüte« ich nicht, oder meinetwegen: wir beide wüten, Du wütest gegen die Friedensbewegung und ich wüte gegen Dich, weil Du gegen die Friedensbewegung wütest. Nicht, weil Du recht hast. Deine Voraussetzungen sind falsch: Es wird nicht erst seit 6 bis 8 Jahren verhandelt, sondern seit zig Jahren, und ein seriöses, verbindliches und exaktes Null-Lösungsangebot hat es von amerikanischer Seite nie gegeben, es gab nur konkrete Planungen, weitere Mittelstreckenraketen aufzustellen, unabhängig von SS 20, Vorbereitungen, in jedem, also auch in diesem kritischen Erstschlagsbereich, immer weiter und weiter aufzurüsten, einschließlich westdeutscher Beteiligung. Vergleiche nur mal die Zehn-Punkte-Erklärung der CSU (FAZ 2.9.87): »Die Null-Lösung II ist falsch«! Allgemeine Sonntagsreden zählen nicht bzw. sind so viel Wert wie die Beteuerungen von Kohl, er sei ein Freund der Vollbeschäftigung.

Der jetzige *Vertrag* hat eine entscheidend andere Qualität. Daß es nach jahrelangen härtesten Verhandlungen und Demonstrationen gelang, den Verhandlungspartner bei ein paar bloßen Worten zu nehmen und zur Tat zu bewegen, ist kein Sieg auf der ganzen Linie (wer behauptet das?), aber ein Erfolg, der nur unterschätzt werden kann. Die Friedensbewegung ist nicht allmächtig, weiß Gott nicht, und kann nicht ihrerseits diktieren, sowenig wie die Sowjetunion. Aber was ist das Ergebnis: Zum ersten Mal in der bekannten Kriegsgeschichte wird – egal wie viel, egal wie wenig – beidseitig modernstes Kriegsmaterial verschrottet. Das hat es meines Wissens noch nie gegeben. Bislang war so etwas nur Wunschtraum. Kriegsphilosophen und Schwachgläubige hielten das partout für unmöglich. Dafür lohnen sich schon ein paar Konzessionen, die der Klügere nicht machen mußte, sondern machen konnte.

Man tritt nicht aus der Gewerkschaft aus, wenn trotz millionenfacher Forderung aus 35 Stunden im ersten Anlauf nur 39 werden. Man bleibt drin, verliert die 35 nicht aus den Augen und holt beim zweiten Mal 38 raus. Es bleibt (noch) dabei: Den INF-Vertrag sehen als Pleite an, als reinen Erfolg der jeweils anderen Seite: die rechtesten (Sena-) Toren in USA/und in Deutschland der linkeste Gremliza. Kann ja sein, daß man den Abschluß dieses Vertrages nicht unbedingt mit Sekt begießen muß – ich selber, bescheidener als Du und unbescheidener zugleich, habe übrigens nichts dagegen – aber warum sollen eigentlich die armen Genossen, die schwitzenden und frierenden Friedensdemonstrierer, nicht auch mal einen Schluck aus der Pulle nehmen, warum immer nur die anderen?

Was die »Führer« und die »Masse« in der Bewegung angeht, unterscheide bitte zwischen Bier und Schaum. Es ist sehr schön, wenn ein General, der 1956 in die Bundeswehr eintrat (als wir gerade aus dem Kittchen kamen, eingesteckt wegen illegalen Friedenskampfes), kein Vierteljahrhundert später schließlich auf den richtigen Trichter kommt. aber mit solchen Erscheinungen geht die Bewegung nicht los, und damit hört sie nicht auf.

Schütte nicht mit ein paar Kindern das ganze Bad aus, schlag nicht weiter um Dich, sondern schlag was vor (und schlag vorher noch schnell in der Schrift des alten Sozialdemokraten Wladimir Iljitsch Lenin nach: Der »Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus). Du hast eine Zeitschrift, und damit läßt sich was Vernünftiges machen.

Gruß! Klaus

PS: Wer ist Eppelmann?

Lieber Klaus, Lenin konnte nur die Kinderkrankheiten des Kommunismus kennen, Gorbatschow hat es mit den Alterserscheinungen zu tun. Sollten sie unser Thema sein, dem wir uns nun doch nähern?

Ich habe nicht behauptet, die Unterzeichnung des INF-Vertrags sei falsch oder eine Niederlage der Sowjetunion gewesen. Im Gegenteil: Obwohl er einseitige Abrüstung bedeutet, ja gerade weil er das tut, zeigt er die politische Führung der Sowjetunion auf der Höhe der Erkenntnis, daß anders der imperialistischen Totrüstungs-Strategie nicht zu entkommen ist.

Ob die USA ihren Vorschlag einer »Null-Lösung« damals zurückgenommen hätten oder hätten zurücknehmen können, wenn die Sowjetunion »topp« gesagt hätte, weiß ich nicht (und Du auch nicht). Wir wissen bloß, daß Moskau nein gesagt und die Friedensbewegung das US-Angebot nach gründlicher Analyse und Diskussion als unzumutbar abgelehnt hat. Nun könnte es ja sein, daß sich die Verhältnisse so geändert haben, daß das einst Unzumutbare heute ein Segen ist. Aber dann wäre, bevor Sekt ausgeschenkt wurde, diese Veränderung zu erklären gewesen, hätte dargelegt werden müssen, warum Hunderttausende etwas gefördert haben und nun feiern sollen, was sie ausdrücklich nicht gewollt haben. Wem solche Aufklärung versagt wind, dem müssen Reagan und Gorbatschow als Friedensstifter erscheinen, denen man weitere Abrüstung getrost überlassen kann, während man (sehr viel Schaum auf immer weniger Bier)sich nun um die Rechristianisierung der DDR bemüht.

Einen schönen Gruß

Hermann

Lieber Hermann!

Damit wir nicht selber ins Schaumschlagen kommen, schlage ich folgenden vorläufigen »Abrüstungsvertrag« zwischen Dir und mir vor:

1. Alter schützt vor Torheit nicht, weder Dich noch mich, noch die Kommunisten allgemein. Nur, der Kommunismus ist nicht alt, sondern jung, in seinem ersten Jahrhundert. Gezeugt im 19., geboren im 20., erwachsen im ... Der Kapitalismus ist ein paar hundert Jahre älter.

2. Sag Du: »Der INF-Vertrag ist nicht falsch.« Laß mich sagen: »Er ist richtig.« Sag Du: Klugerweise wird einseitig abgerüstet. Laß mich sagen: Es wird nicht nur beidseitig abgerüstet, sondern vielseitig. Selbst die immer beleidigte, aufgeplusterte Regierung in Paris und Margret Thatcher geraten unter Druck, und: Kommt man übers Maul, kommt man übern Gaul.

3. »Totrüstungsstrategie« ist Selbstmordstrategie, zumal gegenüber der Sowjetunion (der Selbstmord der USA würde jedoch der SU nichts bringen, da alle dabei draufgingen). Unter anderem diesc Erkenntnis findet im INF-Vertrag Ausdruck.

4. Auf keinen Fall wollen und können wir Reagan und Kohl und Gorbatschow und Honecker die Bestimmung der Weltgeschichte allein überlassen, auf gar keinen Fall frömmelnd sich vordrängelnden Missionaren und Missionarinnen.

Es ist wohl zu verstehen, daß ich die als ein Sprachrohr der Friedensbewegung an der Hamburger Universität 1955 unter abenteuerlichen Umständen maßgeblich von mir gegründete Zeitschrift bis heute engagierter lese als den »Spiegel« und sensibel reagiere, wenn ihre hervorragende Ursprungstendenz – von Röhl + Co. in den 60er Jahren verbogen, u. a. von Dir und mir mit ungewöhnlichem Einsatz 1973/74 hervorragend wieder aufgenommen – sich plötzlich gegen die Friedensbewegung wendet, zu wenden scheint. Und deshalb bitte ich Dich, jetzt großmütig auf jedes, allzu leicht denkbare, Wort der Wider- und Weiterrede erstmal zu verzichten.

Danke, alles Gute!

Klaus

Konkret 02/88, S. 70

Erwin Koch

Gewitter über dem Elsass (südl. Abschnitt)

Wie eine Gruppe ewigverschonter Schweizer ihr Musterland verließ, um in 14 Stunden die Schrecken der Weltkriege zu erfahren. Bei einer Kaffeefahrt ins Französische, einer Busfahrt in den Krieg, bewaffnet mit Reisepaß, Feldstecher und Fotoapparat. Geboten wurde allerhand. Geröstete Rippchen, zerschossene Bunker, elsässischer Gewürztraminer, wunde Ärsche, Infanteriewetter, 68.000 Tote und ein echter elsässer Soldatenfuß

In Welti-Furrers, des berühmten helvetischen Transportunternehmens ~ extra schlankem Reisebus, damit die Maschine in Elsassens engen Dörfern ungehindertes Fortkommen finde, reisten an einem nassen Samstag vier Ehefrauen und 42 Männer an die Front, zu erfahren, wie's der Deutsche und der Franzmann hielten, damals, vierzehnachtzehn, neununddreißig-fünfundvierzig. Abfahrt war um 0700 Uhr in Zürich unter dem Zeichen der Schweizerischen Gesellschaft für militärhistorische Studienreisen (GMS), dem Schwert und der Feder, das hinter die Frontscheibe gesteckt war. Das Vorhaben hieß »Gewitter über dem Elsaß (südlicher Abschnitt)« und kostete jede Person hundert Franken. Eine Süßspeise und Kaffee auf der Hinfahrt, das Mittagessen in Soultzeren und ein Sandwich auf dem Rücktransport waren inbegriffen, der Reisepaß erforderlich, der Feldstecher und die Carte Michelin 87 oder 242 lediglich empfohlen.

»Mit Ihnen hoffe ich, daß wir einen interessanten und erinnerungswürdigen Tag erleben werden«, sprach der Referent, Ernst Herzig aus Basel, ins Mikrofon, »wir reisen mit typischem Infanteriewetter. Unser Bestreben ist es, hautnah mit der jüngsten Geschichte Bekanntschaft zu machen. Im Gelände wollen wir feststellen, was geschah in den Weltkriegen. Wir werden erkennen, daß der Krieg noch nie ein Problem gelöst hat, sondern immer nur neue schuf. Ich heiße Sie herzlich willkommen.«

Ich war unter den 46, saß stumm, notierte ab und zu Merkenswertes. Der ältere Herr neben mir, ein friedfertiger und lieber Aargauer, der in den letzten zehn Jahren fünf Kontinente bereist und dabei manch Interessantes vor die Linse gekriegt hatte, hoffte, die Schützengräben und Granattrichter dort unten gäben fotomäßig etwas her.

»Man hat uns schon zum Vorwurf gemacht«, sagte Referent Herzig, »wir betrieben Kriegstourismus. Das stimmt nicht. Denn nur der, der die Geschichte kennt, meistert die Gegenwart.«

Hinten im Fahrzeug erkannten sich, dieser Zufall, ein ehemaliger Professor an der Technischen Hochschule zu Zürich und sein Schüler, nun selber zum Dozenten an der Handelshochschule in St. Gallen gereift, wieder. Die mannigfachen Schwierigkeiten bei der Fertigung von Sichtbeton waren ihr Thema bis zum Übertritt nach Frankreich. Beide hatten sich, von Profession um Präzises und Konkretes ringend, mit geeignetem Kartenmaterial auf die Tour eingestimmt. Der alte Professor würde nächstens mit der GMS nach Verdun reisen, und der schnittige Dozent, bis aufs geländetaugliche Schuhwerk, dieses Grellgelb, das so gar nicht mit dem Rest der Kleider korrespondieren wollte, vollständig in tarnendem Olivgrün gehalten, war bereits vor vier Wochen dort gewesen und letztes Jahr sogar im Sinai, hatte auch die Maginotlinie in ihrem nördlichen Abschnitt schon gesehen, dank GMS, welches letzteres, leider, vom Nützlich-militärischen her nicht sehr ergiebig gewesen war. Endlich schwiegen auch die Akademiker im Bus. Regen tropfte.

In Welti-Furrers luftgefedertem Wagen fuhren 46 schläfrige Schweizer an die Front, zu fotografieren, zu diskutieren, zu phantasieren und sich zu delektieren. Um 0945 Uhr, nachdem die Schar sich verfahren hatte, weil die Franzosen den Weg umleiteten, geschah die Auffahrt zum Hartmannsweilerkopf durch einen lauschigen, jungen Wald.

Da – plötzlich neben mir ein harter Knall, Blut spritzt mir ins Gesicht. Mein Nebenmann hat von hinten einen Kopfschuß erhalten, aus seiner Stirn bricht ein Schwall Blut, mit weißem Gehirn gemischt, als sein Körper haltlos vornüber zu Boden klatscht, beschreibt ein gewisser Hans Killian, weiland Leutnant der Reserve im deutschen Feldartillerieregiment 76 und später Führer der Minenwerferkompanie 312 in seinem Buch »Totentanz auf dem Hartmannsweilerkopf« das Ende eines Soldaten annodazumal, 1915. Referent Herzig bat, als der weite Parkplatz neben dem Schlachtfeld bezogen war, zu Kaffee und Gugelhopf, der ortsüblichen Leckerei, in die Auberge »Silberloch«.

68 000 französische und deutsche Zwanzigjährige brachten sich im Verlauf des Ersten Weltkrieges auf dem Hartmannsweilerkopf ums Leben. Der Hartmannsweilerkopf, 965 Meter hoch, lagert als Höhenzug, von dem sich weit in die Rheinebene hinabblicken läßt, dem Hauptgebirge der elsässischen Vogesen vor. Er ist ein schöner Berg, ein Sonntagsspaziergangsbuckel. Seine militärisch-strategische Bedeutung war gering, er war höchstens gut für einen, wie man sagt, Nebenkriegsschauplatz. Am 30. Dezember 1914 starb der erste Soldat, ein Deutscher, in diesem grünen Wald. Man weiß seinen Namen, Ott. Die Schlacht war angezählt.

Allein der vermutete Wille des Deutschen oder des Franzosen, diesen Felsen zu besetzen, war dem andern, teilt man die Verbrechen arithmetisch durch zwei, 34 000faches Mordmotiv. (Jeder Gesunde im Kopf nennt das doch *Mord,* wenn man kalte, kluge Anstalten trifft, jemanden zu erschießen oder zu erstechen oder zu erschlagen oder in die Luft zu jagen, nicht wahr?)

Ein kleiner französischer Vorposten war zuerst dagewesen. Die Deutschen rannten bergwärts, die Franzosen schossen talwärts. Täglich starben hunderte. Der Schuß in den Kopf war epochenüblich. Die jungen Deutschen rannten, bis sie tot waren. Andere gruben sich dann dreißig, zwanzig, fünf Meter vor den Löchern der Franzosen in die Erde.

Die Studienreisenden traten aus dem Bus, der Chauffeur war sehr hilfreich dabei. Sie zogen Jacken und Mäntel über, gähnten und streckten die Glieder. Ungewöhnlich die Strapaze. Es war frisch auf dem Hartmannsweilerkopf, zehn Uhr.

Todmüd sinken die Leute, wo sie stehen, zu Boden. Doch dieser Schlaf ist gefährlich, denn die Temperatur ist bis auf zehn Grad unter den Gefrierpunkt gefallen. Die Schläfer müssen nach einiger Zeit immer wieder hochgerüttelt werden, um sie vor der Gefahr des Erfrierens zu bewahren. Vor Frost klappernd, von Hunger und Durst geplagt, trabt man zehn Meter vor, zehn Meter zurück. Endlos dehnen sich die Stunden in den Gräben, erinnert sich ein gewisser Gustav Goes, Archivrat im deutschen Reichsarchiv und Hauptmann a.D., in seinem Buch »H.K., Das Schicksal eines Berges im Weltkriege«, endlos die Stunden, bis im fernen Osten das erste Morgenrot aufflammt.

»Eine mittlere Katastrophe«, rief Referent Herzig aus, der während 32 langen Jahren Redaktor der Zeitschrift »Der Schweizer Soldat« gewesen war, »wir müssen auf den Gugelhopf verzichten. Der Wirt liegt im Spital. Ich entschuldige mich im Namen des Vorstandes der Gesellschaft für militärhistorische Studienreisen«, und dann wurde er lustig: »Im Krieg gibt es immer Friktionen.«

Krieg, behauptet der französische Ethnologe Raymond Décary, der über die Kriegsbräuche der Bewohner im alten Madagaskar zwei Bände verfaßte, Krieg sei ein universelles Phänomen. Seine Erklärung müsse in den Bedingungen des Lebens an sich gefunden werden. Der Krieg stelle eine Form des Existenzkampfes dar, eine Auseinandersetzung, die nicht individuell, sondern durch Gruppen geführt werde. Der Krieg sei mehr oder weniger oft eine direkte Folge des Bevölkerungswachstums. Manchmal sei es einfach die pure Konkurrenz zwischen menschlichen Gemeinschaften. In jeder Gruppe entwickle sich ein Egozentrismus, der die natürliche Tendenz habe, übertrieben zu werden. Jeder Stamm betrachte sich als über seinem Nachbar stehend. Daraus resultierten vorerst abschätzige Übernamen. Einst hätte die madegassische Gruppe der Antandroy die Gruppe der Antanosy »Schildkrötenesser« genannt, und die Antanosy hätten den Antandroy »Dreckwassertrinker« erwidert.

Im Vorfeld und während des Ersten Weltkrieges hießen die Franzosen die Deutschen »Barbaren« und die Deutschen riefen die Franzosen »Schmutzkerle«, nachzulesen beispielsweise in »Reise zur deutschen Front 1915«, einem Büchlein von Ludwig Ganghofer, dem bayerischen Erzkomödianten und Kriegshetzer, der erwähntes Werk so einleitet: »Ich soll das Gesicht dieser großen Zeit mit eigenen Augen sehen. Die Erwartung brennt in mir wie ein Höhenfeuer.«

Der olivgrüne Hochschullehrer zog alleine los, querte den gepflegten Rasen mit den vielen hübschen weißen Kreuzlein, unter denen, wie Referent Herzig verriet, garantiert mindestens je ein Franzose liege, strebte der Kuppe zu, auf der groß das Zeichen des christlichen Gottes steht, liebe deinen Nächsten. Im Sinai letztes Jahr, hatte er noch Skelette gesehen von ägyptischen Panzerfahrern, hatte, auf einer Düne stehend, mit einem Blick über sechzig zerstörte Tanks gezählt, und regelrecht gefährlich war es auch gewesen, Minen und Blindgänger steckten im heißen Sand, aber vor allen Dingen war es gegenwärtiger gewesen als nun auf dem Hartmannsweilerkopf, wo Stacheldraht langsam rostet und Schützengräben zerfallen.

Der liebe, aber schießwütige Aargauer nahm trotz seiner Leibesfülle manchen Bunker flink, eroberte manches Lob und schoß den ersten Film leer.

Kamerad, frage ich ihn, was bedeutet dieser Riesentrichter? Das sei der Offiziersstand gewesen, meint er, eine Mine habe ihn getroffen.

Und wo sind Eure Offiziere?

Oh, monsieur, là haut, und er zeigt mit bitter ironischer Geste auf die hohen zersplitterten Tannen. Tatsächlich liegen ringsum Teile zerrissener Menschen, blutige Fetzen hängen an den Bäumen, schreibt Hans Killian, der am 21. Januar 1915 als 23jähriger mit seinem Minenwerfer die eingeschlossenen französischen Offiziere in Stücke fetzte, und, als der Krieg aus war, berühmter Freiburger Spezialist für Wiederherstellungs- und Schönheitschirurgie sowie Anästhesie wurde und in seiner freien Zeit manch packenden Arztroman zu Papier brachte (»Hinter uns steht nur der Herrgott«). Erst 1971, 56 Jahre nach seinem Volltreffer, der, wie er darstellt, die Kuppe des Hartmannsweilerkopfes erstmals in deutsche Hand brachte, schrieb Killian, inzwischen achtzig Jahre alt, mit grauenmachender Sorgfalt über sein Wirken als junger Leutnant. »Nun zeigt sich«, steht auf der Umschlagklappe seines Werkes, »daß dies Tagebuch in erstaunlicher Weise auch militärische Erfahrungen vermittelt, die durchaus nicht überholt sind. Der Kampf im Mittelgebirge hat ganz eigene Ausprägungen, die zeitlos gültig sind«, zeitlos gültig sind.

68 000 Zwanzigjährige verbluteten an diesem Berg, und der Arzt, der ohne Leid aus dem Blutbad stieg, läßt es 1971 zu, daß man auf der Umschlagklappe seines Buches von zeitloser Gültigkeit gewisser militärischer Taktiken faselt.

Ein langer Ostschweizer, der neben mir im Bus gelitten hatte, weil sein Bein sich ob der ungewohnten Anstrengung zu verkrampfen begann, hockte im zerschossenen Beton auf dem Hartmannsweilerkopf, den Gehstock in eine Schießscharte gesteckt, und pickte, bevor er sich an die Mandeln machte, die dürren Zwetschgen aus dem Tuttifrutti. »Eindrücklich he?«, sprach er und stand auf, ins Gebüsch zu bieseln. Es regnete. Nebel zog vom Silberloch herauf.

Am 21. Januar 1915 eroberten die Deutschen den Hartmannsweilerkopf. Im Silberloch, einer Senke, verscharrten sie 800 tote Franzosen, sogenannte Alpenjäger, chasseurs alpins. Nun war es an den Franzosen, den Berg in Feuer zu packen. Man beschoß sich mit Kanonen und Mörsern. Bis auf die Höhe von 600 Meter hinunter wurde die Erde aufgewühlt, alles war Angst, Blut und Schmutz. Der Wald war nicht mehr. Der Hartmannsweilerkopf veränderte sein Aussehen von Woche zu Woche. Am 26. März 1915 erstürmten die Franzosen (unten) die deutschen Stellungen (oben), die gefüllt waren mit toten Menschen. Einen Monat später war Deutschland wieder auf dem Gipfel. Der Krieg am Hartmannsweilerkopf war den Generälen entglitten und längst zur Prestigesache minderprächtiger Regimentskommandanten geworden. Denn Kriegszeit ist Ordenszeit.

Mein Ostschweizer, angehender Prostatiker, wie er schamlos gestand, aber glücklich leergebrunzt, bot mir Schutz unter seinem Schirm. Eindrücklich, dieses Schlachtfeld. Wenn man denke. So viele seien hier gestorben. Eigentlich Wahnsinn. Und er war stolz auf seine 567 eidgenössischen Truppen, die solches, was er hier erfuhr, im Schweizerland verhindert hätten. Wir spazierten langsam durch Blaubeergesträuch. Der Regen wurde stärker.

Aus dem Niemandsland zwischen den Stellungen dringen jetzt die Klagen und das Stöhnen der Verwundeten, die sich im nassen Schnee wälzen. Kann man ihnen helfen? Ein junger Alpenjäger – Mazet ist sein Name – kriecht vor. Er will versuchen, einem jammernden Schwerverwundeten Hilfe und Linderung zu bringen. Wer weiß das schon? Tödlich getroffen sinkt er zu Boden. Unserem Sanitäter Nagel, einem baumlangen Burschen, geht es nicht anders. Er kriecht zwischen den Linien herum, da – ein harter Knall – Kopfschuß. Die Schädeldecke ist zersprengt, berichtet der Wiederherstellungschirurg in seinem Greisenwerk.

Der Olivgrüne half einer Dame in Turnschuhen über das Brücklein aus Eisenbahnschienen, das man, den zahlreichen Besuchern zur Bequemlichkeit, über einen Schützengraben gelegt hatte, der mit sauberen, weißen Buchstaben »Weihnachtsgraben« gezeichnet ist. Die Löcher haben frohe Namen. Himmelsleiter, Blindsack, Krottenloch.

Neunzehn Tage und neunzehn Nächte dauerte der letzte große Angriff der Franzosen (unten), vom 21. Dezember 1915 bis zum 8. Januar 1916. Es war 15 Grad kalt. Der Berg erzitterte, und die Franzosen steckten danach in denselben Gräben wie zuvor.

10 000 Tote dazwischen. Dann geriet der Hartmannsweilerkopf bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zu einem, wie die Dokumentation der GMS ausführt, »ruhigen Nebenkriegsschauplatz«. Am 4. November 1918 starb der letzte Soldat hieroben, abermals ein Deutscher, dem ein Franzose, den er im Nebel nicht gesehen hatte, aus einem halben Meter Entfernung in den Kopf schoß. Der Tote hieß Weckerle. Sieben Tage später, am I 1 . November 1918, 1200 Uhr, war der Krieg aus.

Ein Berner erzählte mir beim Abstieg ins Silberloch von einem, mit dem er kürzlich eine Woche lang in die Normandie verreist gewesen sei. Dieser, ein Basler, habe, vor Jahren an einem frühen Morgen zu Verdun mit Spaten und Pickel unterwegs, den Absatz eines Stiefels aus der feuchten Erde lugen sehen und dann angefangen, das Leder freizuschaufeln und so, Stück für Stück, einen Deutschen ausgegraben, skelettiert natürlich, aber mit Pickelhaube und Trompete und Lederzeug und Patronentasche, welche so vorzüglich in ihrer Art erhalten, daß er sich zu Hause in der Schweiz eine Schaufensterpuppe in den Bastelraum gestellt und dieser, die fehlenden Stücke nach und nach andersweitig erwerbend, das Aussehen eines echten württembergischen Trompeters gegeben habe. Das sei ihm, dem Berner, allerdings etwas übertrieben vorgekommen, aber wahr. Leere Getränkebüchsen, Sprite light, lagen in den Schützengräben. Dicke Schnecken krochen über geborstenen Stahl. Ansichtskarten am Kiosk. Grüße vom Hartmannsweilerkopf. Wir Studienreisende waren vom Regen feucht geworden und flohen mit Kaffee im Plastikbecher und Gipfeli aus der Heimat ins wohltemperierte Fahrzeug. Der alte, krawattierte Professor fragte seinen olivgrünen Schüler: »Haben Sie den Beton studiert?«

Die Fahrt über die Vogesenhöhenstraße war den Schweizern eine Enttäuschung. Der Nebel nahm der Gesellschaft die Sicht in Auen und Wälder. Hinten im Bus stritten zwei junge Menschen, Offiziere der Schweizer Armee, über den Wirkungsradius von Personenminen, dann beruhigten sie sich, die Straße war eng und kurvenreich. Der Aargauer begann zu schnarchen. Referent Herzig griff, sobald er etwas mitzuteilen für würdig hielt, ohne Scham zum Mikrofon, schwafelte, kaum den Ruinen entwischt, aber Auerhähne und Gemsen, die in diesen Höhen ausgesetzt worden seien, nachdem der Krieg fertig gewesen war, schwärmte von elsässischem Gewürztraminer. So schritt die Studienschar um 1315 Uhr mit halbstündiger Verspätung auf die Marschtabelle in Soultzeren zu Zwiebelkuchen und Rippchen. »Kompaniezeit«, sprach der Referent, »ist 1317 Uhr. Abfahrt 1430.«

Das Mahl geriet recht ungeniert. Nur kurz drohte die Unterhaltung politisch zu werden. Der eine der beiden Offiziere, vorgeschobener Unterkiefer, versprach dem andern, daß er, sollte die Initiative zur Abschaffung der Schweizer Armee vom

Volk je angenommen werden, in Frankreich um politisches Asyl nachsuchen werde. Keiner lachte. Solcher Geist wogte tischauf, tischab. Hie gab ein Zürcher dem Nazimenschen Göring Gestalt, über den er gerade ein Buch gelesen hatte, ohne natürlich den Nationalsozialismus total beschönigen zu wollen, dort versicherte ein Innerschweizer seinem Tischnachbarn, mit dem richtigen Pfupf an der richtigen Stelle, vornehmlich zwischen dem Bunkerdach und der stählernen Beobachtungskuppel, könne jeder Bunker erwadelt werden.

Das Rippchen war so zart.

In Alaska und Grönland, behauptet der Ethnologe Peter Farb, würden alle Streitigkeiten außer Mord durch einen Sängerwettbewerb ausgetragen. In diesen Gebieten werde ein Eskimo oft wegen seiner Schmählieder ebenso sehr bewundert wie wegen seiner Fähigkeit bei der Jagd. Der Sängerwettstreit bestehe aus Beleidigungen, Schmähungen und Obszönitäten, die die Streitenden einanderzusängen, natürlich zum Ergötzen der Zuhörer. Die Verse seien derb und treffend. Ihre Absicht sei es, zu verhöhnen, und keine körperliche Mißbildung, keine persönliche Schande, kein dunkler Punkt in der Familie werde geschont. Während von den Gegnern dn Vers nach dem andern gesungen werde, beginne das Publikum Partei zu ergreifen. Es applaudiere dem einen Sänger ein wenig länger, es belache seine Spottverse ein wenig lauter. Schließlich bekomme nur noch er Beifall und werde so zum Sieger in diesem unblutigen Kampf.

Ein eskimotischer Sängerwettstreit, in seinem Spott sich bis ins menschlich Unzumutbare steigernd, tönt, muß ich also vermuten, so:

Du Robbennäsiger

Du Fischäugiger

Du Barbar

Du Schmutzkerl

Du Verächter unser Kultur

Du Kriegstreiber

Du Bauchaufschlitzer

Du Granatenschmeißer

Du Bombenleger

Du Napoleon

Du Bismarck

Du Wilhelm von Deutschland

Du Franz Joseph von Österreich

Du Nikolaus von Rußland

Du Adolf

Du Stalin

Du Schauspieler in B-Filmen

Du Charmeur mit Hintergedanken

Du Runzelfratze

Du Fleckengrind

Du Präsident

Du Generalsekretär

Du Reagan

Du Gorbatschow

Du Politiker

Selber Politiker

Nach dem Kaffe brach die Studiengesellschaft auf, das frisch hergerichtete Schlachtfeld auf dem Lingekopf zu erkunden. Auf diesem Berg, 983 Meter hoch, 500 Meter lang und ohne die kleinste strategische Bedeutung, weil es weder den Blick freigibt in irgendein Tiefland, noch ein Riegel ist gegen irgendein Eindringen von irgendwo, starben zwischen Februar und Oktober 1915, je für ihr Vaterland, 30 000 junge Menschen. Mehr noch als die Schlächterei am Hartmannsweilerkopf war das Geschehen am Lingekopf Ausdruck jener Eigengesetzlichkeit, die der Krieg, aus jeder Kontrolle entlassen, annimmt.

»Ich bitte Sie dringend«, warnte Referent Herzig durch die Lautsprecher, »auf dem Lingekopf, den die Franzosen übrigens *le tombeau des chausseurs* nennen, den vorgeschriebenen, mit Pfeilen gekennzeichneten Pfad durch die Anlage nicht zu verlassen, denn links und rechts im Gebüsch lauern Blindgänger und Fußangeln, die heute noch jede Sohle durchtrennen.«

Und tatsächlich hatten die Schlachtfeldgestalter schöne, schwarze Tafeln ins Erdreich gesetzt, »Zone dangereuse«, die dem Besucher, ganz eigenartig, erst jenes innere Kribbeln bdbringen, daß dies, so seltsam sauber es auch aus dem Waldboden gestochen und wiedererrichtet, aufgepflastert und in Form gebastelt ist, wahr ist.

Echte Elsässer Kriegsruine. Disneyland der Schlachtenbummler. Geisterbahn im Blaubeerland.

Der junge Schweizer Offizier mit der kräftigen Kinnlade kroch als erster ins System und gelobte, leise zwar, am nächsten Montag schon mit Kamerad und Spaten frühmorgens, wenn die Franzosen noch schliefen, zurückzukehren, um den Krieg aus der Erde zu graben.

Da wühlt sich ein blutender Arm hervor. Schnell rennen die andern herbei und räumen den Schutt auseinander. Ein Bein sitzt fest und will sich nicht lockern lassen. Aber die Granaten mahnen zur Eile. Der junge Bayer beißt auf die Zähne. Und mit einem plötzlichen Ruck reißt er sein Bein heraus. Als er sich aufrichten will, merkt er, daß ihm der linke Unterschenkel fehlt,

schreibt ein gewisser Fritz Droop in seinem Buch »Aus dem Vogesenkriege«, in einer Fußnote frustriert anmerkend, daß – wörtlich – der Verfasser die Kämpfe am Hartmannsweiler- und am Lingekopf nicht persönlich mitmachen, sondern nur aus der Nähe beobachten durfte.

Allein am 9. September 1915 starben am Lingekopf 900 französische Alpenjäger und 170 Offiziere in Feuer, Gas und Stahl. Wenn, was hie und da geschieht, am Lingekopf ein Baum umstürzt und das Wurzelwerk einen Leichnam freigibt – und es hat noch hunderte davon – , setzt man ein Kreuz an die Stelle, ein weißes für einen Franzosen, ein schwarzes für einen Deutschen. Der Vertrag von Versailles (1918) will es so.

Neben dem Schlachtfeld haben die Gestalter ein Museum errichtet und darinnen großen Puppen Uniformen angelegt und Waffen und Helme und tödliches Gerümpel in Vitrinen gesetzt und, gleich beim Eingang, die Knochen eines abgerissenen Menschenfußes im passenden Leder.

Echter Elsässer Soldatenfuß.

Und ein Modell haben sie gekleistert, ein Tag- und ein Nachtmodell des Schlachtfeldes, im Maßstab getreu, rote Schwachstromlämpchen mimen Splittergranaten. Arme Schweine von damals erzählen auf Kassette à 55 Francs von ihrem Unglück. Und die Studienreisenden aus der Schweiz ahnten von der Kraft der Bomben und Patronen.

In Welti-Furrers gepolstertem Bus zog es an einem Samstag einen Haufen biederen helvetischen Durchschnitts ins Französische, um in 14 Stunden zu lernen, wie schrecklich Krieg ist. Der Arsch tat zwar weh, doch der Körper war willig. Allein der Geist war zu dnfach, sich soviel Leben vorzustellen, das hier sinnlos ein Ende fand und soviel Liebe, die in Schmerz aufging.

Kurz nach 1700 Uhr bekam der junge, begeisterungsfähige Offizier endlich einen richtigen Panzer zu sehen, als sich die militärhistorische Runde – wenn schon im Elsaß, dann richtig – im gleichen Aufwisch auch die Schrecken des Zweiten Weltkrieges vor Augen führte und in die Rheinebene hinabstieß, um sich eine Festung der Maginotlinie, die Casemate 35/3, eine erbeutete Kanone aus Brest-Litowsk, zwei gepanzerte Raupenfahrzeuge und eben einen echten Elsässer Panzer, der auf einen betonierten Sockel gebahrt war, vorzunehmen. Wenn er, der Offizier und Panzerfreund, das gewußt hätte, hätte er natürlich den Fotoapparat mitgenommen.

Danach rüstete die harmlose Schar aus der Schweiz zur Rückkehr in die sichere Heimat. Referent Herzig dankte für Disziplin, Kooperation und Kameradschaft. Ein letztes Mal entschuldigte er sich für die morgendliche Gugelhopffriktion. »Hoffen wir«, sprach er, »daß es in Zukunft nur noch Friktionen mit Elsässer Gugelhopf gibt. Dann wäre die Welt angenehm.«

Worauf Stucky, der Fotograf, zu diesem Aufsatz gleichsam die Konklusion, nervös maulte: »Dann werden sich Ihre Pilger halt an leeren Tellern aufgeilen.«

Konkret 02/88, S. 74

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

Aus dem brennenden Scheiterhaufen beschwört der Magier den Dämon: »Sad theg hcod sella ni eid Esoh!« »Ehcawre, renöhcs!« ruft die Hexe dem Monster zu. »Eniem eraronoh dnis leiv uz girdein,« enträtselt Forscher Lee Majors die alte assyrische Papyrusrolle, während sich die Mumie hinter ihm schon auswickelt. Und auf Seite 8 antwortet ihm aus der Sprechblase seine treulose Verlobte: »Chua eniem, Ojah!« Was liest man nicht alles, wo – mit Habermas zu blödeln – die Resource Sinn knapper wird! Seit sie erscheinen, lese ich sie jetzt, die 'Gespenster'-und 'Spuk'-Comics aus dem Bastei-Verlag. O holde Kunst, in wieviel trüben Stunden!...

Und wie ihr von hinten gelesen erst putzt, ihr Beschwörungsformeln, Zaubersprüche!... Äh?

*

Von Paulus Böhmer las ich 'Darwingrad' (Anabas Verlag, Gießen). Das heißt, ich versuchte es zu lesen – und legte das Buch nach einer Woche wieder aus der Hand, um mich zu freuen auf das kommende Jahr mit ihm. »Seit wann denken Farne?/Seit wann lügen Käfer/Was hält die Gabelweihe vom Klassenkampf?« Da wäre sie denn also, die Antwort auf Brinkmanns späte Lyrik. Und wer das nicht glauben will, der gehe nur hinein in diese Verse und bewege sich darin solange und verstört, bis ihm zumute ist wie einem Orinoko-lndianer bei Karstadt. Denn sie sind so einladend wie Beethovens späte Sonaten oder Bartoks 'Mikrokosmos'; üppig, vielstimmig, artenreich wie der tropische Regenwald.

Böhmer, von dem man sagen könnte, blödsinnigerweise, daß er, nach einem Studium, als »Industriekaufmann, Staudenund Ziergraszüchter, Lektor, Reizwarenlieferant und Werbetexter« gearbeitet habe, wie von andern, daß sie Arbeiterkind, Dissident, schwul, Kommunist, Jude, Frauenheld oder Workoholic seien, als ob das irgendetwas zur Sache täte, zum Stück, zum Werkstück, zu diesem ruinösesten, zornwütigsten und untröstlichsten Iyrischen LangzeitLeckerbissen, der mir bekannt geworden ist seit, ich sagte es, Brinkmanns 'Westwärts 1&2', – Böhmer ist ein bilderwütiger Schlinger und Kotzer; und daß er dabei auch immer mal wieder den Mund zu voll nimmt, und das mit manchmal garzuviel Attitüde: was soll's? Hier ist ein sanftes Ungeheuer von ungeheurem Kunstsinn.

*

Über den Wolken muß die Freiheit wohl grenzenlos sein, hat einmal ein Vollidiot gedichtet. Grenzenlos ist nicht mal meine Geduld, zum Beispiel mit dem Kollegen Bodo Kirchhoff. Aber nein doch, das *kann* er einfach nicht gesagt haben, was ihm der »Stern« da, nach einem Interview, zuschreibt, eine 'Filippina' betreffend, in die er, Kirchhoff, sich verliebt habe, einst in Fernost. Nein, und wenn ich mich schlagen lasse: ich bring's nicht zu Papier. . . diesen kolonialistischen Kitsch... Wie? Also dann: »Sie hatte soviel Wärme, das hat hier keine!« Rhrrr. . .

*

»Menschen sind zwischen 0 und 10 erträglich – und dann erst wieder ab 28 aufwärts. Was dazwischenliegt... verdient nur einen Namen: Mistkrüppel.« (Eckhard Henscheid: 'Sudelblätter'.)

Je nun – mit Müller-Schubert zu reden – : erst mit dem Deutschlandlied auf den Lippen nach Flandern gerockt. Dann war die SA d e r Knaller. Heidegger in den 50er Jahren das absolute must. Und heute, wenn old Oldie so bei seinem Haschpfeifchen in 'Tempo' und 'Wiener' blättert..., nein, kein Wort. Friede dieser Asche. Denn so sind wir nun mal, in der Regel, zwischen 20 und 30. Und etwas darunter oder darüber: ein bißchen dusselig. Aber d a s intensiv. Und waren wir denn Ende der 60er Jahre so anders? Nie werde ich vergessen den Blick, mit dem damals, auf einem Plenum des Hamburger VS, dieser zierliche, Ieise, alte Herr mich angeschaut hatte: aufmerksam, neugierig, freundlich. Kantorowicz, Alfred, ach ja, das also war er, von dem hatte man gehört... Spanien, und später 'drüben'... Aber bitte, was sollte uns nun *der?* Bei der Revoljuschn, die wir selbst gerade am Kochen hatten?

Kantorowicz – Schriftsteller und Publizist, Mitglied, der KPD seit 1931, 1933 Flucht nach Frankreich, Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, Rückkehr, nach dem 2. Weltkrieg, aus den USA in die DDR – Kantorowicz bittet 1957 in Westberlin um politisches Asyl; und hat damit das Kunststück fertiggebracht, in drei deutschen Staaten Unperson gewesen zu sein: Im NS-Staat, in der DDR nach seiner Flucht in den Westen – und eben da, wo ihm als Juden und antifaschistischen Spanienkämpfer von bayerischen Politikern und Ministerialbeamten die Anerkennung als politischer Flüchtling verweigert wird mit der Begründung, er habe »der Unmenschlichkeit Vorschub geleistet«, folglich auch keine Ansprüche auf Entschädigung als Verfolgter des NS-Regimes. (nach Fritz Polde).

Kantorowicz: von seinen Schriften fliegt Vergriffenes herum. Im Konkret Literatur Verlag erschien 1979 sein 'Spanisches Tagebuch'. Von einer Gesamtausgabe seiner Schriften hört man, sie werde seit vielen Jahren in Hamburg vorbereitet. Ward Tied, Leute, daß ihr endlich damit überkommt. Man will ja schließlich nicht doof wie mit dreißig sterben...

*

Es hat eine feudale, eine bürgerliche und eine proletarische Kultur gegeben. Sozialdemokratische Kultur beschrieb Goethe vorweg so: »Das Gemeine lockt jeden. Siehst Du *in Kürze von vielen etwas* geschehn, sogleich denke nur: dies ist gemein.«

*

Was tut eine normale Frau, die nachts von ihrem Geliebten nachhause kommt und ihre Kinder von ihrem Ehemann aus Rache getötet vorfindet? Sie wird sich Vorwürfe machen, ihn soweit getrieben zu haben, und versuchen, gemeinsam mit ihm die Tat zu vertuschen, um ihn nicht noch schlimmer für ihre Pflichtvergessenheit büßen zu lassen.

Was tut ein normaler Mann in der Parallelsituation? Er wird umgehend die Einweisung seiner Frau in eine Heilanstalt veranlassen; denn jemand, der wegen einer Lappalie eine solche Tat begeht, kann nur verrückt sein.

So sind sie nun mal, die herrschenden Sitten. Herr Mauz vom »Spiegel« scheint damit ebensowenig vertraut zu sein wie Gerichte in Landstrichen, wo man vor 250 Jahren noch Frauen als Hexen verbrannte.

Warum Monika Weimar (»Ich hielt ihn für dringend tatverdächtig« – »Spiegel« 2/42) nicht sofort ihre in der Nachbarschaft wohnenden leiblichen Verwandten vom Tod der Kinder unterrichtet habe, versteht er nicht. Schließlich sei das nicht Feindesland gewesen.

Als ob da unten irgendwo *nicht* Feindesland wäre für eine Frau!

*

Beim Blättern in dem kostbar gemachten Band über die Malerin Tamara de Lempicka, die es mit beachtlichem Kunstsinn schaffte, den Kubismus für die Salons zuzurichten, fällt mir auf, daß sich die Künstlerin fast immer nur von schräg unten, also »hochnäsig« hat fotografisch porträtieren lassen. Überhaupt findet sich bei ihr wie bei ihrem greisen Verehrer D'Annunzio, bei Marinetti und andern Zeitgenossen bereits ausgeprägt jener dumpf haushälterische Sinn dafür, daß dort, wo ein künstlerisches Talent begrenzt ist, ein wesentlicher Teil davon auf die Darstellung der eigenen Person in der Öffentlichkeit verwendet werden muß, will man sich unvergeßlich machen. D'Annunzio, immerhin, wurde noch von Brecht attestiert, daß dieser Scharlatan Hirtengedichte geschrieben habe, die kaum untergehen würden. Bei Beuys ist es dann nur noch der Hut; oder es sind die schweren genagelten Schnürstiefel – oder der imperiale Gestus, mit dem im Fernsehen ein Mann aus verschiedenen Farbeimern Farbe auf eine Leinwand klatscht, der Lüpertz heißt und dessen Gedichte auf sein eigenes Genie in mir die Hoffnung aufkeimen lassen, AIDS könne, wenn es denn schon – was kein Schwein bedauern würde – die Menschheit einmal wegräumen sollte, auch das Problem Lüpertz lösen.

Konkret 02/88, S. 78

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Wenn man noch zu Lebzeiten so gerühmt wird:

In seinen Büchern nimmt sich Gremliza, der vermeintliche »Geisterschreiber« von Wallraff, die Stilblüten seiner schreibenden Kollegen vor. Scharfsinnig und schulmeisternd hinterfragt er das feuilletonistische Wortgeklingel im deutschen Zeitungswald. Radikal deckt er die sprachlichen Mängel der Journalisten auf und entlarvt bekannte Kolumnisten beim falschen Zitieren.

ja, wenn man sich von der »Pinneberger Zeitung« so verstanden fühlen darf, geht man doch mit ganz anderer Verve ans Vornehmen, Entlarven, Schulmeistern und Hinterfragen. Also, her mit dem feuilletonistischen Wortgeklingel im Zeitungswald!

Und da sind auch schon die Waldmeister von der »Frankfurter Allgemeinen«:

Vom Altmeister der deutschen Politik, Franz Josef Strauß, stammt der Hinweis, daß sich auch die verworrensten und verwirrendsten Sachen in der Politik mittels einer einzigen Frage auflösen lassen: »Cui bono?« So ist es bei der Affaire Transnuklear. Auch hier empfiehlt es sich zu fragen: »Wem nützt das?«

Und schon sind sie wieder beim falschen Zitieren entlarvt: Wem nützt das? heißt bekanntlich: Quo vadis?

Wie schade es ist, daß es »Das Reich« nicht mehr gibt und unsere Besten sich deshalb bei der »FAZ« durchbringen müssen, läßt uns keiner so schmerzlich empfinden wie der Friedrich Karl Fromme, der die Frage nach den Verantwortlichen für den strahlenden Abfall beantwortet, als ginge es um die Schuld der Juden an der Syphilis:

Was mit »Atommüll« – also mit nicht nur lästigem, sondern möglicherweise gefährlichem Abfall – geschehen soll, ist ungeklärt. Das liegt auch an denen, die ihre Ablehnung der friedlichen Nutzung der Kernenergie mit vielen feinen Gulliverfäden ausgespannt haben,

in denen die LKW der Transnuklear sich verhedderten, bis die Fahrer vor Wut platzten und leider die Ladung kontaminierten.

Mariae Gloria von Thurn und Taxis, die als Beruf »Hausfrau und Mutter« angibt, wurde gefragt: Wer oder was hätten Sie sein mögen? Da sie schlecht antworten konnte: Alles, bloß nicht Mariae Gloria von Thurn und Taxis, aber auch nicht »Maozetung« sagen konnte, weil sie den noch für die Rubrik »Welche geschichtlichen Gestalten verachten sie am meisten?« brauchte, damit ihr morganatischer Stiefzwilling, Daniel Prinz Cohn zu Bendit, noch einmal hauchen darf: »Durchlaucht sind so erfrischend ordinär«, deshalb formulierte die Fürstin den bescheidenen Wunsch:

Alice im Wunderland oder Mickey Mouse.

Weil aber der Teufel immer auf den größten Haufen scheißt, ist der Milliardärsgattin auch dieser Wunsch noch in Erfüllung gegangen, oder?

Es geht voran. Zwei Schlagzeilen vom 8. Januar, aus der »TAZ« und aus der »Welt«:

Aids marschiert

Bangemann sieht Konjunktur weiter auf Wachstumspfad

Für sich genommen: zwei Langweiler. Zusammen: eine aufregende Nachricht über den Lauf der Dinge.

Ich weiß, was Theos Kinder zu Weihnachten gekriegt haben:

Zuweilen enthüllt sich in Banalitäten die Signatur eines Zeitalters.

Nein, nicht daß Papa ihnen einen aufschreibt, sondern:

»Heavy Metal«">Einstürzende Neubauten«, »Erste Allgemeine Verunsicherung« – diese Namen kurrenter Rock- und Popgruppen spiegeln ein gehöriges Stück heutigen Lebensgefühls wider.

Damit aber das Geld für die Platten nicht rausgeschmissen sei, fängt das neue Jahr in der »Zeit« so an:

Wenn all unsere Fundamente zerbrechen/Ein Jahr voller Fragen: Was tun, um wieder festen Grund zu finden?

Und schon geht der Pogo aber sowas von ab, daß »Heavy Metal« die Ohren abfallen:

Vor 340 Jahren schrieb Blaise Pascal: »Das ist ein furchtbar Ding – zu spüren, wie alles entgleitet, was man besitzt.« Viele Heutige bedrückt ähnliche Sorge.

Yeah, man!

Entgleitet dem Menschen die Herrschaft über die Schöpfung, die ihm einst heil anvertraut wurde und jene neue Welt, die seines Geistes und seiner Hände Werk ist? ... Darf der entfesselte Prometheus hoffen – oder muß er sich ängstigen b s ans Ende seiner Tage? Das alte Jahr hat vielerlei Anlaßgeboten, solch bohrenden Fragen nachzusinnen.

Soweit die Vorprogramm-Gruppe »Boring Questions«, mit Blaise »Prometheus« Pascal an den Drums. Und nun folgt – wie heißt das? – harter Punk:

Der erste Keulenschlag kam gleich zu Beginn: Aids auf allen Titelseiten, allen Kanälen... Der zweite Keulenschlag kam aus Kiel. Die Barschel-Affäre hat das Vertrauen der Bürger schwer erschüttert.

Zwei Seuchen des klassischen Mittelaltertums hätten wir also: Pest und Unglaube. Fehlt nur noch die Theuerung. Daissija:

Im Ökonomischen hat sich 1987 erwiesen, daß die »unsichtbare Hand« bisweilen kräftig zuschlagen muß, damit Realität und selbstsüchtiges Interesse nicht allzuweit auseinanderklaffen. Der New Yorker Börsenkrach markierte das Ende einer Ara. Ein Markt brach zusammen. Das Beben pflanzte sich im Nu um die Welt fort.

Now you've got it, babe! Come on!

Schließlich, im Jahre 2 nach Tschernobyl, niederschmetternde Nachrichten aus der Welt der Technik: die Entschwefelungs-Scharade in Buschhaus...die Enthüllung des Transnuklear-Skandals..., der Wald stirbt weiter; Luft, Wasser und Boden werden von der Industrie und den Bauern verseucht; Ozonloch und Kohlendioxidglocke bedrohen unser Klima. . .

Also da hätt' ich einen Vorschlag: Einfach die Dioxidglocke übers Ozonloch. dann is' wieder zu. Zu solchen Scherzen ist Theo freilich nicht aufgelegt, ihn treibt's weiter, zum letzten Keulenschlag:

Und die Politiker? Sie sind nur Menschen – doch wie könnte es anders sein.

Es kommt halt immer darauf an, worin einer mit seinen Fragen bohrt. Je nach dem findet seines Geistes und seiner Hände Werk nichts als Popel.

Weil ihr Vorgänger Glotz, dem schon vorm Frühstück mehr einfällt als ein geistiger Müllcontainer von – sagen wir mal: – der Größenordnung des »Spiegel« faßt, immer eine Seite der Mitgliederzeitschrift mit »Tagebuch«-Notizen gefüllt hat, und Anke Fuchs sich alles geben will bloß keine Blöße, wird an den 900.000 beitragspflichtigen Sozialdemokraten politische Bildung auch auf diese Weise vollzogen:

Sonntag, 6. Dezember:

Zweiter Advent und Nikolaus. Familientag. Wir schlafen aus und gehen spazieren, alles ist grau und kalt. Aber man hört auch überall Weihnachtsmusik, und das tröstet ein bißchen über das trübe Wetter hinweg.

Eure Anke Fuchs

Laßt man: Glotz hat auch nichts anderes erzählt. Freilich, mit welchem Geräusch!

Wenn im »Stern«-Chefredakteur Michael Jürgs der alte 68er durchbricht, dann ist es Weihnachten und draußen frieren die Obdachlosen:

Aber wird einer davon satt, daß wir recht haben ? Der Staat – das ist nicht irgendein unbekanntes Wesen und schon gar nicht jene feste Burg, die Politiker so gern beschwören.

Das war zwar vielleicht Luther (und die feste Burg sein Gott), aber:

Der Staat, das sind wir.

Ich wußte immer, daß er's mal zu was bringen würde, der Jürgs, aber daß er einmal der Staat sein würde – alle Achtung! Da kann man natürlich auf die andern runtergucken:

Viele Schwätzer haben den Begriff Solidarität tot geredet, zur Sprechblase degeneriert.

Lieber Chefredakteur Jürgs, dafür haben Sie einen Orden verdient. Ich degeneriere Sie hiermit feierlich zum Intransitiv des Jahres.